attac Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung (29. 01. 2016)

Sand im Getriebe 118

PDF-Version: http://www.attac.de/bildungsangebot/sig   Online Fassung: http://sandimgetriebe.attac.at   Mail: sig@attac.de

Wer Wind sät....



Willkommen!

Fluchtursache: Kriege

Fluchtursache: Keine Entwicklung / Armut

Fluchtursache: Klimaveränderungen

Ein Europa des Willkommens schaffen!

Vorwort

In einer gemeinsamen Erklärung von **attac.de und anderen linken Organisationen** wird die Willkommenskultur in unserem Land begrüßt und gleichzeitig auf Ursachen der Flüchtlingsströme wie Rüstungsexporte, Regimechange-Kriege, Armut und ungezügelter Freihandel hingewiesen. Diese Ursachen *„sind das Ergebnis einer globalen Politik, die bewusst ökonomische Interessen über die Interessen der Menschen stellt“*. Es müsste eigentlich heißen, eine falsche, eben nicht an Armutsbeseitigung orientierte ökonomische Politik führt zu dem Chaos. Entwicklung, im Sinne der neuen SDGs (Sustainable Development Goals (SiG 117)) ist gefragt **(M.Khor)**, damit die Ressourcen hergestellt werden und dadurch *„niemand mehr aufgrund von Krieg und sozialer Entwurzelung zur Flucht gezwungen wird*.“ Der **DGB** fordert: *„Parallel zum Asylrecht bedarf es legaler Einreisemöglichkeiten für Erwerbstätige und Arbeitssuchende, orientiert an der langfristigen Arbeitsmarktentwicklung“*. **Ver.di** warnt: *„Flüchtlinge dürfen nicht als Vorwand missbraucht werden, Arbeitnehmerrechte und soziale Standards abzusenken oder zu unterlaufen. Wir brauchen insgesamt eine Abkehr von der Kürzungspolitik. Deshalb brauchen vor allem die Kommunen massive finanzielle Unterstützung.“*
Gegen die Verschärfung des Asylrechts und die Anpassung an rechtsextremen Positionen (**Mathias Mittergeber** über Österreich) wenden sich Menschen ganz praktisch (sie helfen den Flüchtlingen) und politisch (**Pro Asyl).**

In diesem Heft gehen mehrere Beiträge auch auf politische und kulturelle Hintergründe der *„bereits aus den Fugen geratenen Welt“* ein. Der italienische Philosoph **Domenico Losurdo** ordnet die vielen Kriege seit 1989 in einen größeren Zusammenhang ein: *„Die Versuche, mit Gewalt von außen Regierungen zu stürzen, die sich nicht dem Westen unterwerfen, haben den Zweck, die antikoloniale Weltrevolution des 20. Jahrhunderts in Frage zu stellen*. (…) *Heute streben die Länder, die das politische Joch des Kolonialismus abgeschüttelt haben, danach, sich auch von der wirtschaftlichen und technologischen Abhängigkeit zu befreien; sonst würde ihre politische Unabhängigkeit nur formell bleiben*“. **Michael Lüders** rechnet mit den fatalen Folgen der westlichen Bomben-Politik im arabischen Raum ab unter dem Titel seines Bestsellers „Wer den Wind sät“: „*Angefangen mit dem Sturz Mossadeghs im Iran 1953, dem Sündenfall schlechthin…hat sich das Grundmuster westlicher Interventionen in der arabisch-islamischen Welt über Jahrzehnte hinweg kaum verändert . (...) In erster Linie geht es darum, geopolitische Widersacher auszuschalten, zu schwächen oder kleinzuhalten*.“
Ulla Jelpke und **Karin Leukefeld** kritisieren die deutsche Politik gegenüber der Türkei und Syrien.

Die kulturelle Ebene analysiert **Bernd Ulrich in der ZEIT** „Muslime: *Das Ende der Arroganz“* und fragt: *„Wäre es nicht vielmehr an der Zeit (…) sich die tief beunruhigende Frage zu stellen, warum so viele Muslime sich vom Westen verletzt und gedemütigt fühlen und warum es für den Terrorismus infolgedessen ein offenbar unerschöpfliches Reservoir an Menschen gibt?...*“Aber an Selbstkritik denkt der Westen auch nach den Anschlägen von Paris nicht. Stattdessen werden weitere Kriege geführt. „**Gegen Aufrüstung und Krieg – NATO abschaffen“** lautet das Motto der Demonstration in München am 13. Februar.

Das Zustandekommen des Klimavertrags von Paris hat doch viele Menschen überrascht. Gleichwohl ist er umstritten: So sieht **Attac Österreich** in ihm keinen Grund zum Feiern. **Oxfam**-Klimaexperte Jan Kowalzig nannte hingegen das Klima-Abkommen einen "*Meilenstein im Kampf gegen den Klimawandel“*, warnte jedoch: *„Für Millionen Menschen in den ärmsten Ländern gibt es deswegen aber noch keine Entwarnung. Das Abkommen ist ein wichtiger Anfang, aber die eigentliche Arbeit beginnt erst danach*.“
Eine Arbeit, die nicht nur soziale Bewegungen, sondern auch **Gewerkschaftsverbände** aufgenommen haben.

Eine neue Studie von **Oxfam** weist auf die zunehmende Ungleichheit weltweit; der **IGB** bekämpft Ausbeutung und Missachtung der Menschenrechte in den Zuliefererbetrieben der großen Konzerne; **Gewerkschaftsrechte und Tarifautonomie** müssen verteidigt werden.
Nach wie vor gilt auch: Schulden müssen in **Griechenland** gestrichen werden, damit die Ressourcen nicht abfließen, sondern für Aufbau und Entwicklung genutzt werden können.



Der Rundbrief ”Sand im Getriebe” ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.
Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org
Gedruckte Exemplare** von ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis (1,50 €). **Bestellung** in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de. Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft* ***Bis zur Nr. 112: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften ***Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.***

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Sabine Gondro, Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Tips, Anregungen gegeben haben. Danke an Mathias Mittergeber und Barbara Waschmann (Attac Österreich) für die online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann
*In eigener Sache: Seit Anfang des Jahres gibt es unsere **„SiG-Werkstatt“**: Hier erscheinen Zusatzmaterialien zu den SiG-Themen, aktuelle Meldungen und Artikel, die später in SiG veröffentlicht werden. **SiG-Werkstatt für Nr.118***

Willkommen!

Attac Deutschland, Institut Solidarische Moderne, medico international, Publik Forum u.a.m.

Flüchtende aufnehmen und Fluchtursachen beseitigen

Für eine zivilgesellschaftliche Plattform wider Abschottung und Fremdenfeindlichkeit

Flüchtlinge, die an europäischen Bahnhöfen stranden; eilig hochgezogene Stacheldrahtzäune an den Grenzen; extreme soziale Ungleichheit und steigende Gewalt – was hierzulande wie ein Ausnahmezustand erscheint, ist für einen Großteil der Weltbevölkerung längst bittere Normalität. Neu ist, dass Terror und andere Schrecken, denen Menschen im Süden zu entkommen versuchen, mehr und mehr auch mitten in Europa spürbar werden. Wir bekommen eine Ahnung davon, wie sehr die Welt bereits aus den Fugen geraten ist.
Die voranschreitende Zerstörung von Lebensbedingungen, der Hass und die Gewalt fallen nicht vom Himmel. Sie sind das Ergebnis einer globalen Politik, die bewusst ökonomische Interessen über die Interessen der Menschen stellt. Die dabei in Kauf genommene Ausgrenzung von großen Teilen der Weltbevölkerung zwingt Menschen zur Flucht und heizt die Gewalt an.
Sowohl zwischen als auch innerhalb der Länder hat die soziale Ungleichheit dramatisch zugenommen - als Folge eines ungebremsten Freihandels zu Lasten der Armen, einer die Umwelt zerstörenden Wirtschaftspolitik, durch Rüstungsexporte in Krisengebiete und an diktatorische Regime.
Krisen erzeugen Angst; Angst, die sich rechtspopulistische Bewegungen wie Pegida und die AfD zunutze machen. Mit ihrer dumpfen Hetze gegen Flüchtlinge, Medien und gegen ein offenes Europa bedienen sie die Sehnsucht nach nationalen Lösungen, die angeblich Ordnung und Stabilität garantieren könnten.

Doch in Krisen zeigt sich auch Solidarität: Getragen von Mitgefühl und Hilfsbereitschaft ist es Millionen von engagierten Bürgerinnen und Bürgern gelungen, ein authentisches Zeichen gegen Rassismus und Gewalt zu setzen.
Globalisierung darf keine Einbahnstraße sein. Globalisierung und Migration sind zwei Seiten einer Medaille. Wir sollten uns der Herausforderung stellen, dafür zu sorgen, dass aus der Begegnung mit fremden Kulturen auch die Chance auf die Herausbildung neuer weltgesellschaftlicher Verhältnisse erwächst. Dazu bedarf es der Vision einer anderen Gesellschaft, die allen Menschen an allen Orten der Welt Zugang zu adäquaten Lebensbedingungen sichert. Notwendig sind Alternativen zur herrschenden profit- und wachstumsorientierten Ökonomie ebenso wie die Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge hier und über alle Grenzen hinweg. Nur so wird dem doppelten Recht, dem Recht zu bleiben und dem Recht zu gehen, zum Durchbruch verholfen. Nur dort, wo ein würdevolles Leben möglich ist, wo niemand mehr aufgrund von Krieg und sozialer Entwurzelung zur Flucht gezwungen wird, ist auch das Recht auf Freizügigkeit vollkommen.
Wir setzen uns für eine starke Willkommenskultur ein und lehnen Lösungen ab, die auf nationale Ausgrenzung und eine gewalttätige Abschottung an den Grenzen Europas setzen.
Wir unterstützen das Recht von Menschen zu gehen - ohne Unterscheidung, ob sie vor Krieg, Umweltzerstörung oder Armut fliehen.
Wir fordern eine Stärkung des Asylrechts und seine Ergänzung durch ein Migrationsrecht, das sich an den Menschenrechten und nicht am wirtschaftlichen Nutzen orientiert.
Wir drängen auf eine Abkehr von der herrschenden Zerstörungsdynamik und engagieren uns für ein solidarisches Europa.
Wir sind viele.
https://www.recht-auf-willkommen.de/startseite.html

Fluchtursachen: Die Regime-Change - Kriege des Westens und seines militärisch-industriellen Komplexes in **SiG 117** ,
Medico: Migration als Antwort
Flüchtende aufnehmen – Fluchtursachen beseitigen, von Thomas Eberhardt-Köster und **Zur Asylpolitik Deutschlands und der EU, von** Wolf-Dieter Just, beide Beiträge im attac-Theorie-Blog
Wider die Asyllügen und Vorurteile, ISW-München
IMI-Analyse : FRONTEX 2.0. – Auf dem Weg zur (Grenz-)Polizei der EU



Bundesweit engagieren sich viele Menschen für Flüchtlinge

http://www.proasyl.de/de/ueber-uns/foerderverein/mitmachen/

http://www.fluechtlinge-willkommen.de/

Brief aus Lesbos

Liebe Freunde,
(…) So folgen nun viele Migranten – symbolisch aus meiner Sicht – der Spur ihres Öls oder – von der afrikanischen Küste kommend, u.a. der Spur ihrer von den Schleppnetzen der ausländischen Fangflotten rücksichtslos und massenhaft weggefischten Lebensgrundlage. Sie machen sich auf den Weg nach Norden nach dem Motto „Etwas Besseres als Hunger, Elend und Tod finde ich überall“. Mit Hilfswilligen aus aller Welt kehren wir ehrenamtlich Helfenden die Scherben gescheiterter Politik zusammen, kümmern uns um die Versorgung der vor den veränderten Verhältnissen Flüchtenden. Aufgaben, um die sich Regierungen herumdrücken mit Ausreden, auch ängstlich fixiert auf Wählerumfragen. Hin und wieder zeigt sich ein Politiker vor den Kameras, lobt die Arbeit der Freiwilligen und verschwindet nach salbungsvollen Worten ohne Folgen – etwa wenn ihn der Bürgermeister der Hauptstadt von Lesbos fragt, warum die Flüchtenden mit ihren Kindern nicht sicher über die Fähren von der Türkei übersetzen dürfen in Anbetracht der vielen Ertrunkenen, unter denen auch sehr viele Kinder sind.
Auch hier auf Lesbos sind in den ersten Tagen des neuen Jahres 2016 zahlreiche Schlauchboote aus der Türkei angekommen – bei null Grad, die Menschen durchgefroren, durchnässt, krank, nach lebensgefährlicher Überfahrt bei Wind und Wellen aufgelöst weinend, schockiert schweigend, traumatisiert. (…)
Was würden AFDler und Pegidas denn tun, wenn sie am Strand der Inseln mit dieser Notsituation konfrontiert würden? Wo bleibt die hohe Politik in ihrer humanitären Verantwortung? Was wäre ohne die freiwilligen Helfer aus aller Welt?
(…) Claus Kittsteiner
http://blog.attac.de/als-helfer-auf-lesbos-attac-aktivist-claus-kittsteiner-berichtet/

Hinschauen!

Pro Asyl: 2015: Dramatischer Anstieg von Gewalt gegen Flüchtlinge in Deutschland

Mitunter fühlte man sich 2015 an die schrecklichen Ereignisse in den Jahren 1990 – 1993 erinnert: Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte rasant gestiegen. Die Täter werden häufig nicht ermittelt.

Jeden dritten Tag brennt in Deutschland eine Flüchtlingsunterkunft. 528 Übergriffe auf Unterkünfte im Jahr 2015 - das ist die traurige Bilanz der Chronik, die die Amadeu Antonio-Stiftung und PRO ASYL führen. In 126 Fällen handelte es sich dabei um Brandanschläge: Im Durchschnitt brennt also in Deutschland jeden dritten Tag eine Flüchtlingsunterkunft – viele davon waren bereits bewohnt.

Und auch außerhalb der Unterkünfte kommt es vermehrt zu Attacken: In der Chronik sind 141 tätliche Angriffe auf Flüchtlinge vermerkt, dabei kam es zu insgesamt 205 Körperverletzungen durch rechte Gewalttäter.

BKA: Zahl der Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte hat sich mehr als verviertfacht. Das Bundeskriminalamt zählte sogar insgesamt 924 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte – mehr als viermal so viele wie die 199 erfassten Straftaten in 2014, bis dato in diesem Jahrtausend das Jahr mit den meisten fremdenfeindlichen Angriffen in Deutschland.

Die Bundesregierung führt diese Zahl auch auf die zunehmende Verwendung ausländerfeindlicher Parolen und die massive Agitation gegen Flüchtlinge zurück, wie aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag hervorgeht (S.21). (...)

In der Chronik der Amadeu Antonio – Stiftung werden insgesamt 283 flüchtlingsfeindliche Demonstrationen gezählt. (...)

In einer ausführlichen Recherche hat die ZEIT die vom BKA erfassten Vorfälle ausgewertet und festgestellt: Bei 222 der Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte bestand eine direkte Gefahr für Menschen, insgesamt gab es dabei 104 Verletzte (Stand: 30.11.2015). (...)

Besonders erschreckend: In nicht einmal 25 Prozent der Fälle wurden die Täter überhaupt gefasst, bislang gab es erst vier Verurteilungen (Stand 30.11.2015) – die Aufklärungsquote bei sonstigen Brandstiftungen liegt deutlich höher, wie die ZEIT-Recherche ergab. (...)

Mehr: www.proasyl.de, Artikel v.13.1.2016

Lästige Lebensretter: Flüchtlingshelfer unter Druck

An der EU-Außengrenze spitzt sich die Lage für Flüchtlingshelfer zu: Auflagen und Schikanen der Behörden sollen offenbar den Aktionsradius von Seenotrettern beschneiden. *Panorama-Bericht (NDR) vom 28.01.2016*



Foto: Proasyl

Griechischer Außenminister Nikos Kotzias: “Dann müssten wir die Flüchtlinge bombardieren!”

24.1.2016 - “Wenn wir die Flüchtlinge stoppen wollten, müssten wir Krieg gegen sie führen. Wir müssten sie bombardieren, ihre Boote versenken und die Menschen ertrinken lassen. Das widerspricht sowohl der Menschlichkeit wie auch dem EU-Recht und den internationalen Konventionen. Das ist ausgeschlossen. Auf den offiziellen Sitzungen der EU-Außenminister schweigen deswegen genau die Politiker, die ihren Medien zu Hause erzählen, die Griechen würden „ihre Hausaufgaben nicht machen“. Das ganze Interview in der taz vom 22.1.2016

Ertrunken

Die letzten Wochen haben gezeigt: selbst das kalte Wetter hindert die Flüchtlinge nicht, weiterhin enorme Risiken auf sich zu nehmen, um Schutz in Europa zu suchen. Über 44.000 Menschen erreichten seit Jahresbeginn die griechischen Küsten. Die verstärkte Abwehr an Europas Außengrenzen wird zu weiteren Todesfällen führen.

Allein seit Beginn des Jahres kamen bereits 149 Schutzsuchende bei Bootskatastrophen ums Leben. Erst am 22. Januar 2016 kenterten zwei Boote nur kurz nacheinander. Insgesamt sterben mindestens 45 Menschen, darunter 17 Kinder. *ProAsyl vom 26.1.2016*



Karl Kopp, Europareferent der Flüchtlingsorganisation **Pro Asyl: "EU muss legale Einreisewege schaffen" (Oktober 2015)**

Nach Überzeugung Kopps wird alles noch viel schlimmer werden, wenn Europa jetzt nicht entschlossen handelt. Die EU habe mehrere Möglichkeiten, um den Tod der Flüchtlinge auf dem Mittelmeer zu verhindern, so der Pro-Asyl-Referent.

Man könnte Fähren organisieren von der türkischen Seite, man könnte die Landgrenzen öffnen, um Flüchtlingen in organisierten Verfahren die Einreise zu ermöglichen. *"Das wäre ein ganz zentraler Schritt, um dieses Massensterben zu verhindern"*, so Kopp. Es sei unabdingbar, legale und gefahrenfreie Wege nach Europa zu eröffnen. *Interview von NDR , 30.10.2015*

Die „türkische Lösung“: EU-Präsidentschaft will Zurückweisungen in die Türkei

Die niederländische Regierung, die aktuell die EU-Präsidentschaft inne hat, arbeitet an einem Plan, der vorsieht Schutzsuchende, die in Griechenland ankommen, direkt in die Türkei zurückzuführen. Der Plan ist, in Anbetracht der dokumentierten Menschenrechtsverletzungen gegen Flüchtlinge, skrupellos – und **der Plan verstößt gegen europäisches und internationales Recht**: Rückführungen von Asylsuchenden in die Türkei sind illegale Zurückweisungen, die gegen das Non-Refoulement-Gebot der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen. Ebenso illegal sind direkte Push-Backs – gewaltsames Zurückdrängen von Flüchtlingsbooten in der Ägäis, zu denen Griechenland laut Migrationsminister Mouzalas bereits offen von anderen EU-Staaten aufgefordert wurde.
Pro Asyl vom 29.1.12016

U. a. Marokko soll ein **„sicheres Land“** sein**,** dorthin könnten Flüchtlinge **abgeschoben** werden??? *„In Marokko werden viele Menschen politisch verfolgt, die sich mit Streiks, Demonstrationen und Sit-Ins gegen die Verteuerung von Energie und Wasser, für eine bessere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen, gegen Massenentlassungen, gegen Mikrokredite, für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für politische Freiheiten in dieser repressiven Monarchie einsetzen“ (Juli 2013), Mehr: http://attacmaroc.org/fr*
Jetzt: Massive Unterdrückung der Lehramtsanwärter am 7.1.16; trotz Einschüchterungen Massendemonstration am 24.1.16

DGB-Bundesvorstand
Flüchtlingspolitik gerecht und solidarisch gestalten, gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern

(Beschluss vom 2. Dezember 2015)

Menschen fliehen vor Kriegen, Bürgerkriegen und vor politischer oder rassistischer Verfolgung. Sie brauchen Schutz. Die Europäische Union insgesamt und Deutschland haben eine Verantwortung bei der Aufnahme, für ein faires und zügiges Verfahren zur Entscheidung über Asylanträge sowie bei der Integration von Geflüchteten.

(...)Wir setzen uns gemeinsam mit den Betriebs- und Personalräten für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben und Arbeiten ein. Wir stellen uns allen Versuchen entgegen, Schutzrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzubauen.

Viele Bürgerinnen und Bürger, darunter viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, engagieren sich bei der Unterstützung von Flüchtlingen (...). Sie und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen, Behörden, im Bahnbetrieb und bei der Polizei befinden sich im Dauereinsatz, bis an die Grenzen der Belastbarkeit und teilweise darüber hinaus. **Dieses Engagement ist Ausdruck gelebter Solidarität und bedarf der Unterstützung.**

In den **Medien** werden insbesondere nach den Anschlägen in Paris Zusammenhänge zwischen innerer Sicherheit und der Aufnahme von Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten hergestellt und sie als Gefahr für die innere Sicherheit bezeichnet. Dabei fliehen gerade Menschen aus Syrien und dem Irak vor dem islamistischen Terror.

Die **Stigmatisierung von Geflüchteten** ist Wasser auf die Mühlen der extremen Rechten für die Verbreitung einer menschenfeindlichen Ideologie, die zunehmend in weitere Kreise der Gesellschaft ausstrahlt. Geflüchtete dürfen in Deutschland nicht ähnliches Leid, Anfeindungen und Angriffe erleben, wie im Herkunftsland oder auf der Flucht. Angriffe auf Flüchtlingseinrichtungen, auf Polizeibeamtinnen und -beamte oder Helferinnen und Helfer dürfen nicht toleriert, sondern müssen entschieden strafrechtlich verfolgt werden. **Anschläge auf bewohnte Einrichtungen sind Mordversuche.** Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften engagieren sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus und setzen sich für Chancengleichheit ein.

(…) Seit vielen Jahren kritisieren die Gewerkschaften, Verbraucher-, Mieter- und Sozialverbände, dass der falsch angelegte Versuch, die öffentlichen Haushalte allein durch Ausgabenkürzungen zu sanieren, zu immer größeren Defiziten im Wohnungsbau, in der Bildung, der Gesundheitsversorgung und der Infrastruktur führt. An dieser Situation ist nicht die steigende Zahl von Flüchtlingen schuld, sondern die **Defizite treten jetzt nur deutlicher zutage.**

Aus diesen Grundpositionen folgt:

1. (..) Die Integration der Flüchtlinge muss als **Zukunftsinvestition** begriffen werden, die nicht zu Lasten anderer Maßnahmen gehen darf. Die Behebung struktureller Defizite in Wohnungsbau, Bildung, Gesundheit und Infrastruktur hilft allen Bürgerinnen und Bürgern. Die Eingliederung von Flüchtlingen ist kein Grund für weitere Ausnahmen vom Mindestlohn. Der DGB ist überzeugt, dass bewährte Programme des sozialen und des öffentlich finanzierten Wohnungsbaus massiv ausgebaut werden müssen, damit ausreichend bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann. Erforderlich ist auch ein Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Generell gilt: Die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit, von prekären Beschäftigungsverhältnissen und Altersarmut muss verstärkt werden. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel erfordern eine **Abkehr von dem dogmatischen Festhalten an der „Schwarzen Null“.**

2. (…) Der DGB fordert eine schnelle und deutliche **Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den betroffenen Dienststellen** und den helfenden Trägerorganisationen. Neben zusätzlichen unbefristeten Einstellungen und mehr Ausbildung bedarf es einer verstärkten Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund. Beim Einsatz von Beschäftigten muss das Prinzip der Freiwilligkeit ohne Zwangsversetzungen bzw. Zwangsabordnung gelten und eine effektive Einarbeitung und die Einhaltung der Grundsätze zum Gesundheits- und Arbeitsschutz gewährleistet werden.

3. (…) Der DGB fordert einen gleichrangigen **Zugang zu Bildung**, Berufsausbildung und zu den Förderinstrumenten **für alle Jugendlichen** unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status oder Herkunftsland.

4. (…) Der DGB ist überzeugt, dass in einem fairen **Asylverfahren** weiterhin die individuellen Fluchtgründe geprüft werden müssen, statt Entscheidungen nur nach den Herkunftsländern zu treffen. Er fordert zudem, die begonnenen Anstrengungen zur Vereinheitlichung der Registrierungs- und Asylentscheidungsabläufe sowie zum Datenaustausch mit Nachdruck zu verstärken.

5. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen Nothilfemaßnahmen und vor allem auch die **Eingliederung in Ausbildung, Arbeit und Gesellschaft**. Betriebs- und Personalräte leisten dazu einen wesentlichen Beitrag. Auch bestehende tarifliche Vereinbarungen können zur Integration von Flüchtlingen genutzt werden. Der DGB und die Gewerkschaften setzen sich ein für gute Ausbildung und Arbeit. Sie bekämpfen Ungleichbehandlung und Ausbeutung und setzen sich für soziale Rechte und Standards ein. Dazu gehört auch, Flüchtlinge über ihre Rechte als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu informieren. (...). Gewerkschaften leisten seit jeher einen aktiven Beitrag zur Integration und fördern die Gleichstellung aller Menschen unabhängig von der ethnischen Herkunft.

6. Die Europäische Union hat eine gemeinsame Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen, für eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung sowie für die ökonomische und gesellschaftliche Eingliederung. Der DGB fordert ein **solidarisches europäisches System zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen**. Dazu gehört auch, sichere und legale Möglichkeiten zu schaffen, in der EU einen Antrag auf Schutzgewährung zu stellen. Die EU-Mitgliedstaaten, die in besonderem Maße Verantwortung übernehmen, müssen eine besondere Unterstützung erhalten, ggf. auch zu Lasten derjenigen, die ihrer Verantwortung nicht in ausreichendem Maße nachkommen.

7. Kriege, Bürgerkriege, Verfolgung und Vertreibung zwingen viele Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Es braucht konkrete Maßnahmen zur Beseitigung der Fluchtursachen und Perspektiven für Geflüchtete in den Nachbarländern. Der DGB fordert die Arbeit des **UNHCR** auszuweiten, denn es leistet international anerkannte Arbeit zur Prävention und zur Linderung von Flüchtlingskrisen. Die EU, aber auch Deutschland, können mehr Mittel zur Verfügung stellen, als sie es bisher tun. Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sind aufgerufen diplomatische Initiativen zu ergreifen, um Kriege und Bürgerkriege zu beenden.

8. Menschen verlassen ihre Heimat auch wegen sozialem Elend und Perspektivlosigkeit. Wenn sie in Deutschland keinen Asylrechtsanspruch und keine dauerhafte Bleibeperspektive haben, müssen sie trotzdem **menschenwürdig behandelt** werden. Die Verfahren zur Ausreise, Rückführung und die Wiederaufnahme in den Herkunftsländern sind menschenrechtskonform zu gestalten. Parallel zum Asylrecht bedarf es **legaler Einreisemöglichkeiten für Erwerbstätige und Arbeitssuchende**, orientiert an der langfristigen Arbeitsmarktentwicklung. (…) Berücksichtigt werden muss dabei, dass aufgenommene Flüchtlinge zum inländischen Arbeitsmarkt gehören. Ein neues Einwanderungsrecht muss einfacher gestaltet werden und die Arbeitnehmerrechte sichern.

Ver.di, Wirtschaftspolitische Informationen Nr. 4/2015

Flüchtlinge solidarisch aufnehmen

Dieses 10-seitige Informations- und Argumentationspapier (http://wipo.verdi.de , 4/15) konzentriert sich auf wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen. Wir veröffentlichen hier nur Auszüge.

Seit jeher sind Menschen auf der Flucht. Sie verlassen ihre Heimat aufgrund von Krieg oder Verfolgung und auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen. Auch Deutsche waren oft genug Flüchtlinge. Nach dem von Nazi-Deutschland ausgehenden Krieg und Terror mit Millionen Toten und Flüchtlingen hat die Bundesrepublik in ihrem Grundgesetz ein Grundrecht auf Asyl verankert. Zudem hat Deutschland sich durch die UN-Flüchtlingskonvention verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen. (...)

Schätzungen, die lediglich die direkten Kosten für Flüchtlinge berücksichtigen, sind falsch und irreführend. Sie berücksichtigen nicht, dass ein Großteil der Leistungen für Flüchtlinge unmittelbar wieder in die deutsche Wirtschaft fließt.

Die Ausgaben für Flüchtlinge (wirken) wie ein **Konjunkturprogramm**, das den privaten Verbrauch und damit die Wirtschaft „maßgeblich“ (SVR) stützt. Die gleiche Wirkung haben erhöhte öffentliche Bauinvestitionen, die dringend notwendigen zusätzlichen Wohnraum schaffen oder Sachleistungen, die für die Versorgung der Flüchtlinge aufgewendet werden. (...)

Eine erfolgreiche Integration entscheidet sich vor Ort in den **Kommunen**. Diese sind aber seit vielen Jahren strukturell unterfinanziert. Die Einnahmen bleiben seit über einem Jahrzehnt weit hinter den wachsenden Aufgaben zurück. Hauptursache dafür ist eine **verfehlte neoliberale Politik** der finanziellen Austrocknung des Sozialstaats durch Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen. Deshalb brauchen vor allem die Kommunen massive finanzielle Unterstützung. (…)

In den Aufnahmestellen **fehlen Räume und qualifiziertes Persona**l, Überstunden sind Dauerzustand, die psychische Belastung ist hoch. Die politisch Verantwortlichen haben die seit längerem zunehmenden Probleme zu lange **ignoriert**, zudem rächt sich jetzt der massive Personalabbau in vielen Kommunalverwaltungen.

Entscheidend ist, dass die Bewältigung und Finanzierung der zusätzlichen Aufgaben nicht zu Lasten anderer öffentlicher und sozialer Leistungen oder des Personals erfolgt. Es müssen daher in ausreichendem Umfang zusätzliche Kapazitäten geschaffen und Neueinstellungen vorgenommen werden: in den Verwaltungen, in Kitas und Schulen, in der Jugendhilfe, bei Sozialdiensten usw. **Wir brauchen insgesamt eine Abkehr von der Kürzungspolitik**, wir brauchen wieder mehr Personal im öffentlichen Dienst.

Es muss neuer sozial gebundener Wohnraum geschaffen werden um die Flüchtlinge in Wohnungen - und nicht länger als unvermeidbar in Notunterkünften - unterbringen zu können und zugleich eine Verdrängung und wachsende Belastung anderer finanzschwacher Mieter zu vermeiden. (…)

Die Lage war auf vielen großstädtischen Wohnungsmärkten bereits vor der unerwartet hohen Zuwanderung von Flüchtlingen äußerst angespannt. In den fünf größten Metropolen fehlen 160.000 Wohnungen.

Bundesweit beläuft sich das Defizit mittlerweile sogar auf 800.000 Wohnungen – Tendenz steigend. Kurzfristig ist daher eine stärkere Wohnraumlenkung erforderlich. Leere und unterbelegte Räume müssen erfasst und umverteilt werden.(...)

Insgesamt muss die Finanzausstattung der finanzschwachen und hoch verschuldeten Städte und Gemeinden dauerhaft gestärkt werden. Das erfordert eine solidarische **Neuordnung des Länderfinanzausgleichs** und dauerhaft höhere und gerecht erhobene öffentliche Einnahmen, wie sie das ver.di-Konzept **Steuergerechtigkeit** fordert. (ver-.di-Bundesvorstand: Solidarisch und gleichwertig – zur Zukunft des Länderfinanzausgleichs, 2015) (…) Durch **höhere Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften, hoher Einkommen und finanzstarker Unternehmen sowie verstärkte Maßnahmen gegen Steuerflucht und –betrug** können bis zu 80 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich aufgebracht werden. Zugleich kann die Mehrheit der Beschäftigten finanziell sogar noch entlastet werden. (…)

Flüchtlinge dürfen nicht als Vorwand missbraucht werden, Arbeitnehmerrechte und soziale Standards abzusenken oder zu unterlaufen. (…)

DGB Bildungswerk: Neue Broschüre „Ohne Not flieht niemand“



Warum verlassen Menschen ihre Heimat, wandern aus, fliehen? Und was ist der Anteil der Länder des Nordens daran? Wie organisiert man eine humanitäre Aufnahme von Geflüchteten, wie sieht eine ernstzunehmende Integration aus?
Im öffentlichen Diskurs sind diese Fragen längst von neuen Abschottungsstrategien in den Hintergrund gedrängt worden. Das DGB Bildungswerk BUND hat sie mit einer neuen inhaltsreichen und engagierten Broschüre wieder in den Mittelpunkt gerückt.

Unter dem Titel **„Ohne Not flieht niemand. Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute“** geht es darin um die Ursachen von Flucht und Vertreibung sowie den Zusammenhang zwischen Migration und nachhaltiger Entwicklung. Asylpolitik und die Migrationsagenda der EU werden kritisch analysiert und Alternativen aufgezeigt.
60 Seiten; Bestellung (3,50 Euro):
http://www.nord-sued-netz.de/medien/material-bestellen

Der Kampf der Geflüchteten. Wie geht es weiter? Stoppt den Krieg gegen Migrant*innen!

Internationale Konferenz der Geflüchteten und Migrant*innen, 26.-28.Februar 2016 in Hamburg

Geflüchtete, Migrant*innen, Unterstützer*innen und Aktivist*innen mit unterschiedlichen Hintergründen werden für drei Tage am Kampnagel Theater in Hamburg zusammenkommen und diskutieren, netzwerken und ihr Wissen über Selbstorganisierung teilen. www.refugeeconference.net

Pro Asyl
Aufruf gegen das Asylpaket II:
Faire Asylverfahren statt Schnellabfertigung von Schutzsuchenden!

20. Januar 2016 - Kaum ist das Asylpaket I in Kraft, plant die Bundesregierung bereits die nächste Asylrechtsverschärfung: Das „Asylpaket II“, das nun ins Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden soll, beinhaltet zahlreiche inakzeptable Verschärfungen des Asylrechts, gegen die PRO ASYL (**http://www.proasyl.de/**) und andere zur Protestaktion aufrufen.

Wenden Sie sich mit uns an die Abgeordneten des Bundestags: Die geplante Einschränkung des Asylrechtes muss gestoppt werden!

Schnellverfahren statt faire Prüfung der Fluchtgründe

Das geplante Gesetz hebelt für viele Flüchtlinge ein angemessenes und faires Asylverfahren aus: Alle Flüchtlinge aus sogenannten „sicheren Herkunftsländern“, alle Flüchtlinge, die einen Folgeantrag gestellt haben, weil sich ihre Situation grundlegend verändert hat, sowie alle Schutzsuchenden, denen unterstellt wird, sie hätten ihre Papiere vernichtet, sollen künftig beschleunigten Asylverfahren unterworfen werden, die in nur einer Woche abgeschlossen werden sollen.

Aushebelung des Asylrechts statt Beschleunigung der Asylverfahren

Aktuell dauern Asylverfahren mehrere Monate, nicht selten Jahre. Mittlerweile müssen Asylsuchende schon monatelang warten, bevor ihr Asylverfahren überhaupt nur beginnt. Das ist untragbar – vor allem für die Flüchtlinge, die Monate ihres Lebens mit bangem Warten verlieren.

Das Asylpaket II zielt aber nicht darauf, die Asylverfahren zu beschleunigen, sondern einen großen Teil der Schutzsuchenden von fairen Asylverfahren auszuschließen und sie möglichst schnell abzuschieben. In nur einer Woche ist es keinesfalls möglich, Fluchtgründe individuell, fair und sorgfältig zu prüfen!

Fatal für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge

Für Kranke, Traumatisierte, Minderjährige oder andere in hohem Maße schutzbedürftige Menschen sind die Schnellverfahren besonders katastrophal. Die Erfahrungen aus der Arbeit der psychosozialen Zentren zeigen, traumatisierte Menschen viel mehr Zeit als eine Woche brauchen, um stabil genug für eine Anhörung zu sein und ihre Asylgründe detailliert vorzulegen.

Auch die Berücksichtigung und zeitlich intensive Überprüfung kinderspezifischer Fluchtgründe wird unmöglich gemacht.

Und anstatt chronisch erkrankte **Kinder** im Sinne des Kindeswohls umfassend zu unterstützen, wird Flüchtlingsfamilien mit der Abschiebung ins Herkunftsland die in manchen Fällen lebensnotwendige Gesundheitsversorgung versagt.

Psychopharmaka statt Therapie

Denn selbst Menschen, die krank oder schwer durch ihre Erlebnisse im Herkunftsland traumatisiert sind, dürften mit dem neuen Gesetz im Schnellverfahren abgeschoben werden. Die Begründung: Die Kranken könnten sich schließlich auch in irgendeinem Teil ihres Herkunftslandes behandeln lassen. Gegen das Trauma sollen eben zur Not Medikamente genommen werden. Das entbehrt jeder ethischen, medizinischen und psychotherapeutischen Grundlage. Die geplanten Verschärfungen verletzen elementare Rechte der Betroffenen und gehen an den Kern der humanitären Werte unseres Asylrechts.

Krank? Im Zweifel wird abgeschoben?

Kranke müssen künftig mit detaillierten Attesten nachweisen, warum eine Erkrankung gegen die Abschiebung spricht. Reichen sie das Attest nicht unverzüglich ein, bleibt dieses unberücksichtigt. Im Klartext heißt dies: Im Zweifel wird abgeschoben. Insbesondere traumatisierte Menschen wird diese Vorgehensweise gefährden. Das von Ausländerbehörden gesäte Misstrauen gegen auf posttraumatische Belastungsstörungen spezialisierte Ärzte wird so ins Gesetz geschrieben. Der Gesetzgeber spielt mit dem Leben der Betroffenen.

Schnellverfahren für fast alle?

Anders als die Bundesregierung suggeriert betreffen die geplanten Schnellverfahren nicht nur einen kleinen Teil der Asylsuchenden. Aufgrund der Bestimmung, dass Flüchtlinge ohne Pass Schnellverfahren unterzogen werden können, ist ein Großteil der Schutzsuchenden von den unfairen Eilverfahren bedroht. Denn ohne Pass unterwegs zu sein ist typisch für Menschen auf der Flucht:

Wer Hals über Kopf untertauchen muss, kann keine Papiere mitnehmen. Wer von den Behörden seines Herkunftslandes verfolgt wird, kann die Behörden kaum um gültige Reisepapiere bitten und wird auf der Flucht in der Regel auch keine Papiere mit sich führen. Und wer auf der Flucht mit Pass unterwegs ist, gerät typischerweise in viele Situationen, in denen Papiere verloren gehen oder entwendet werden können. Wer ohne Pass flieht, ist darum kein „Asylbetrüger“ oder „Identitätstäuscher“, wie Politiker und Medien so häufig suggerieren.

Isoliert in speziellen „Aufnahmezentren“

Alle Flüchtlingsgruppen, die Schnellverfahren unterworfen werden sollen, werden in Zukunft verpflichtet sein, in besonderen Aufnahmezentren zu leben, in denen sie von Unterstützern und Helfern abgeschottet werden. Nicht einmal die Kinder dürfen in Schulen Kontakt zu Einheimischen aufnehmen – sie werden im Sammellager beschult. Wenn die Betroffenen auch nur den ihnen zugewiesenen Landkreis verlassen, gilt ihr Asylantrag als abgelehnt, so sieht es das Gesetz vor.

Von wegen besonderer Schutz von Ehe und Familie

Das zweite Asylpaket trifft auch Familien. Ihr Anspruch auf Familienzusammenführung soll für zwei Jahre ausgesetzt werden. Welche Flüchtlingsgruppen betroffen sein sollen, ist in der Koalition noch umstritten. Zu befürchten ist, dass die geplante Verschärfung Familien auf bis zu vier bis fünf Jahre auseinander reißen würde. Bis zum positiven Asylentscheid kann beispielsweise ein Jahr vergehen. Darauf folgt die zweijährige Sperrfrist. Bis die Angehörigen einen Termin in der deutschen Botschaft bekommen, kann es ebenfalls bis zu einem Jahr dauern. Im Anschluss werden die Reisedokumente mehrere Monate lang geprüft. In dieser Zeit sind Familien weiterhin Gefahren in den Verfolgerstaaten ausgesetzt. Viele Familienangehörige, auch Kinder, werden so vor die Wahl gestellt, jahrelang im Kriegs- oder Krisengebiet, Verfolgung, Gefahr und Elend ausgesetzt zu bleiben oder die lebensgefährliche Flucht über die Ägäis und die Balkan-Route auf sich zu nehmen. Der verweigerte Familiennachzug wird tödliche Folgen haben.

Ihre Unterschrift gegen das Asylpaket II

Der „Gesetzentwurf zur Einführung beschleunigter Asylverfahren“ (Asylpaket II) soll nun ins Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden. PRO ASYL, Medico International, der Bundesfachverband für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, der Dachverband psychosozialer Zentren für Folteropfer (BAfF), Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte, IPPNW & der Medibüro-Kampagne haben am 20.Januar 2016 den Aufruf *„Asylpaket II stoppen – Keine Einschränkung von fairen Asylverfahren“* veröffentlicht, in dem sie die Bundesregierung und alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auffordern, die Verschärfungen des Asylpakets II abzulehnen.

Der Aufruf wird außerdem unterstützt von Ärzte der Welt, dem Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte, der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) und der Bundesweiten Kampagne der Medibüros/Medinetze in Deutschland zur Verbesserung der medizinischen Versorgung Asylsuchender.

Mathias Mittergeber

Von Obergrenzen und Richtwerten

Zur aktuellen Lage der Flüchtlinge in Österreich

Der Asylgipfel vom 19.01.2016 zwischen der regierenden Partei der Sozialdemokraten (**SPÖ**) und ihrem konservativen Koalitionspartner (ÖVP) brachte neue Aufregung in die Diskussion um den Umgang mit den Flüchtlingen. Die SPÖ ging von ihrem Kurs der offenen Grenzen ab und gab der Forderung der ÖVP, die wohl wieder einmal mit dem Ende der Koalition drohte, nach einer sogenannten Obergrenze nach.

Bei der Neujahrskonferenz, der traditionellen Zusammenkunft der Sozialdemokraten, wurde die Tonart des Bundeskanzlers Faymann (SPÖ) erstmals schärfer. Zwar lehnte er hier Obergrenzen noch kategorisch ab, doch stellte er fest, dass nur jene in Österreich bleiben könnten, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, nicht aber die, die aus wirtschaftlichen Gründen ihr Land verlassen. (1)

Nicht nur die **Rhetorik** passte sich an die aktuellen politischen Verhältnisse an, auch **personell** wurde einiges geändert. Auf Verteidigungsminister Gerald Klug (SPÖ), folgte der einstige Landespolizeidirektor Peter **Doskozil**. (2) Politische Erfahrung sammelte dieser zwischen 2008 und 2012 im Büro des Landeshauptmanns des Burgenlandes, Hans Niessl (SPÖ), der vor allem durch sein Koalitionsabkommen mit der rechtsextremen FPÖ für Aufsehen sorgte. (3)

Doskozil dürfte der richtige Mann für den aktuellen Kurs der SPÖ sein, forderte er doch in einem seiner ersten Interviews die Abschiebung der Flüchtlinge per Militärflugzeug. (4) Eine ähnliche, wenn auch noch derber formulierte Rede von Dagmar Berlakowitsch-Jenewein (FPÖ) im österreichischen Parlament, brachte den Freiheitlichen damals, zurecht, eine mediale Schelte. (5) Außerdem hielt Doskozil es für möglich, bewaffnete Grundwehrdiener an die Grenze zu stellen. Die Antwort, welche Befugnisse die Soldaten erhalten würden und ob auch ein Schießbefehl auf Flüchtlinge möglich wäre, ließ Doskozil offen.

Vermutlich waren es die letzten **Umfragewerte**, die die **rechtsextreme Partei FPÖ** mit Klubobmann Heinz Christian Strache zwischen 30 und 36 % sehen (je nach Umfrage), während die Regierungsparteien mit 22 – 24 % auf einem historischen Tiefstand stehen, die die SPÖ dazu brachte, sich an den aktuellen Forderungen der FPÖ zu orientieren. (6) Dass eine **Anbiederung an den rechten Rand** aber noch nie einen Wähler überzeugen konnte, scheint man bei den Sozialdemokraten schon wieder vergessen zu haben. *„Es bringt nichts, wenn die SPÖ FPÖ Forderungen um wenige Monate versetzt in der Regierung selbst umsetzt“*, so Julia Herr von der sozialistischen Jugend.

Zurück zum Asylgipfel. Beschlossen wurde eine **Obergrenze**, wie es die ÖVP nennt oder ein **Richtwert**, wie es im Wording der SPÖ heißt. Demnach sollen pro Jahr nur noch 35.000 Schutzsuchende aufgenommen werden. Wie mit den Flüchtlingen umgegangen werden soll, wenn dieser Richtwert erreicht wird, ist mehr als unklar. (7) Die Regierungsparteien wollen die Möglichkeiten nach Überschreitung von 35.000 Asylanträgen prüfen lassen. Während die SPÖ für weitere Aussagen auf das juristische Gutachten warten will, ist für ÖVP Obmann Reinhard Lopatka die rechtliche Lage unumstritten. Er will sofort handeln und die Grenzen nach Erreichen von 35.000 Asylanträgen schließen. (8) Fakt ist, dass eine Obergrenze bzw. ein Richtwert in keiner Rechtsordnung vorgesehen ist. Das ist auch der Grund, warum der Beschluss vom Asylgipfel eine reine Parteienübereinkunft ohne rechtliche Wirkung bleibt.

Für **Bundeskanzler Faymann** ist jedoch klar, dass der 35001. Flüchtling in einem anderen Land um Asyl ansuchen muss. Er **plädiert für die Errichtung von Hotspots** im ohnehin schon überforderten Griechenland und einer Verteilung von dort aus. Die Geduld für eine europäische Lösung scheint er aber verloren zu haben. Stattdessen hofft er, mit den Ideen der rechtsextremen FPÖ bei der Bevölkerung punkten zu können. Das bringt ihm nicht nur Kritik in der eigenen Partei, die ohnehin schon tief gespalten ist, sondern kann auch die Abwendung der Wähler von der SPÖ nicht verhindern. Die Wähler gehen lieber zum Schmied, als zum Schmiedl.

Während die FPÖ sich also eines Umfragehochs erfreut und die Regierungsparteien keine Antworten auf die aktuellen Probleme haben, kritisieren die **Grünen** und die **Gewerkschaftsmitglieder** der Grünen die Vereinbarung einer Obergrenze. Statt Menschen, die auf der Flucht vor Krieg sind, wieder zurück zu schieben, solle man gegen die Perspektive- und Arbeitslosigkeit ankämpfen und **mehr für die Integration in Österreich tun**. (9)

Die Regierung selbst bewegt sich aber genau in die entgegengesetzte Richtung. **Mit einem neuen Asylgesetz** wird den Schutzsuchenden, die sich in Österreich integrieren wollen, ein weiterer Stein in den Weg gelegt. Der positive Asylbescheid wird nämlich bereits nach 3 Jahren nochmals auf das Vorhandensein der Fluchtgründe überprüft. Die Asylberechtigten haben somit keine Gewissheit ob ihres Verbleibs in Österreich. Außerdem wird mit dem neuen Gesetz der Familiennachzug erschwert, was dazu führen wird, dass auch Frauen und Kindern die Strapazen der Flucht auf sich nehmen müssen. Die Zahl derjenigen, die auf der Überfahrt auf das Festland beziehungsweise auf dem Landweg umkommen, wird so noch weiter steigen. (10)

Derweil versucht die **Zivilbevölkerung** die Unzulänglichkeiten der Regierung zu kompensieren. Seit der Ankunft der ersten Flüchtlinge in Österreich verhindern Bürger/-innen eine humanitäre Katastrophe hierzulande und kümmern sich um die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge. Mit "**Train of Hope**", gab es erst am Wiener Hauptbahnhof und später auch am Salzburger Hauptbahnhof eine riesige Bewegung von helfenden Menschen, die Kleider – und Essensspenden annahmen und an die Schutzsuchenden verteilten. (11) Da sich das Geschehen in weiterer Folge zunehmend an die österreichisch – ungarische Grenze im Burgenland und in weiterer Folge an die österreichisch – slowenische Grenze in der Steiermark (Spielfeld) verlegte und nach mehreren Monaten auch endlich die staatlichen Behörden die Versorgung der Flüchtlinge übernahmen, konnte das provisorische Lager am Wiener Hauptbahnhof geschlossen werden. Die Helfer und Helferinnen von "Train of Hope" fahren nun mit den Autos zu den Grenzübergängen und stehen den Behörden bei der Verpflegung der Schutzsuchenden zur Seite. Doch nicht nur bei der Erstversorgung musste die Zivilbevölkerung wegen des staatlichen Nichtstuns das Heft selbst in die Hand nehmen. Auch bei der Integration helfen immer mehr freiwillige Bürger und Bürgerinnen und bieten Deutschkurse für die Flüchtlinge an. Da es von staatlicher Seite viel zu wenige Einrichtungen gibt, die das Erlernen der neuen Sprache ermöglichen, sind aber **auch die ehrenamtlichen Institutionen bereits an ihren Leistungsgrenzen angelangt.** In Anbetracht dessen, dass Asylberechtigte vor dem Eintritt in den Arbeitsmarkt bereits der deutschen Sprache mächtig sein sollten, ist auch hier ein dringendes Handeln erforderlich. (12)

Und so kritisiert auch die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter/-innen den Fokus der regierenden Parteien auf die Obergrenzen. Vielmehr sollte für die Integration und für die gerechtere Verteilung von Vermögen einiges getan werden, dann müsste man auch nicht über Obergrenzen sprechen. (13)

Der **Wahlkampf für die am 24. April stattfindende Präsidentschaftswahl** ist längst eröffnet. Hauptthema werden auch hier die Flüchtlinge sein und auch hier wird auf ihrem Rücken wieder um Stimmen gekämpft werden, während andere sich aufopfernd um die Integration der Schutzsuchenden kümmern.

Michael Lüders: Wer den Wind sät

Wind säen, Stürme ernten:
Zur Einführung

Als ich einem Freund in Budapest vom Anliegen dieses Buches erzählte, verstand er es auf seine Weise: How the Americans and British fucked up the Middle East and happily continue to do so. Im Kern ist das gar nicht einmal falsch. Dieses Buch ist eine **Abrechnung mit westlicher Politik**, die gerne für sich in Anspruch nimmt, «werteorientiert» zu handeln, im Nahen und Mittleren Osten aber vielfach **verbrannte Erde** hinterlassen hat. Die Akteure sind dabei in erster Linie die USA und ihr engster Verbündeter, Großbritannien. Spätestens seit 9/11 gehören aber auch die übrigen Mitgliedstaaten der EU dazu, nicht zuletzt Deutschland.

Wer die Konflikte der Gegenwart, darunter den Vormarsch des «Islamischen Staates», den Atomkonflikt mit dem Iran oder den Krieg in Syrien, verstehen will, muss sich mit westlicher Politik befassen, ihrer Einflussnahme auf die Region seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Selbstverständlich ist sie nicht der alleinige Brandstifter, aber ein sehr verlässlicher. Angefangen mit dem **Sturz Mossadeghs im Iran 1953,** dem Sündenfall schlechthin. Wie die folgenden Ausführungen zeigen werden, hat sich das **Grundmuster westlicher Interventionen** in der arabisch-islamischen Welt über Jahrzehnte hinweg kaum verändert. Allem voran die Neigung, die Konfliktparteien in «gut» und «böse» zu unterteilen.

Sobald ein Staat, ein nichtstaatlicher Akteur (Hamas, Hisbollah) oder ein Regierungschef als «böse» gebrandmarkt ist, wird er, nicht zuletzt unter Zuhilfenahme dienstbarer Geister in «Denkfabriken» und den Medien, **dämonisiert.** Der Vergleich mit Hitler ist dabei ein ebenso beliebtes wie effizientes Mittel zum Zweck – mit Verbrechern dieses Kalibers zu reden, geschweige denn mit ihnen zu verhandeln, wäre Appeasement, ein Verrat an den Werten, für die der Westen steht. Mossadegh, der 1951 die von Großbritannien kontrollierte iranische Erdölindustrie verstaatlicht hatte und dafür zwei Jahre später mit einem von britischen und US -Geheimdiensten inszenierten Putsch bezahlte, war der Erste, der im Westen als «zweiter Hitler» verteufelt wurde. Ihm folgte der ägyptische Präsident **Nasser**, der 1956 den Suezkanal verstaatlichte und damit den Zorn der britischen und französischen Investoren auf sich zog: Auch er ein Hitler, der mit Hilfe des Suezkrieges gestürzt werden sollte, ohne Erfolg. Die letzten vier auf dieser Liste: Saddam **Hussein**, der vormalige iranische Präsident **Ahmadinedschad, Baschar al-Assad, Wladimir Putin.**

Das absolut Böse hat natürlich sein Pendant, das selbstlos Gute nämlich. Die Guten sind wir, die westliche Politik, weil sie für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte steht. Westliche Politiker **vermeiden es nach Möglichkeit, von Interessen zu reden**. Lieber erwecken sie den Eindruck, sie betrieben ein weltweit angelegtes Demokratisierungs- und Wohlfahrtsprogramm. Eigene Fehler, Versäumnisse, Lügen und Verbrechen, die in der arabisch-islamischen Welt allein seit 9/11 Hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, werden großzügig übersehen. Und selbstverständlich haben die Guten das Recht, die Bösen zu bestrafen, mit Hilfe etwa von Wirtschaftssanktionen. Immer in der leisen Hoffnung auf einen Regimewechsel. In jüngster Zeit sind sie vor allem gegen den Iran und Russland verhängt worden. Gegenüber China hat Washington seine 1989, nach dem Tiananmen-Massaker in Peking, eingeleitete Sanktionspolitik still und leise eingefroren – zu groß sind inzwischen die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen beiden Staaten.

Die Guten glauben, dass ihre Moral eine überlegene sei, weil sie für die Freiheit der Ukraine oder Menschenrechte im Iran streiten. In erster Linie allerdings geht es darum, **geopolitische Widersacher auszuschalten,** zu schwächen oder kleinzuhalten. Der Umstand, dass Länder wie China, Indien oder Brasilien der Sanktionspolitik des Westens nicht folgen, weder gegenüber Russland noch dem Iran, irritiert deren Verfechter nicht – ihnen gilt Washington als Nabel der Welt. Und sie glauben an den Erfolg ihrer Politik: Wir haben die Mullahs so sehr unter Druck gesetzt, dass sie endlich über ihr Atomprogramm verhandeln! Das stimmt nur zum Teil. Die andere Seite der Medaille ist diese: Entweder arrangiert man sich mit der regionalen Mittelmacht Iran, oder aber es kommt, über kurz oder lang, unweigerlich zur Eskalation, zum Krieg. Den kann niemand ernsthaft führen wollen, abgesehen von den Extremisten in Israel und den USA.

Obwohl hiesige Politiker und Meinungsmacher eigentlich wissen könnten, dass die wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen des Westens längst an ihre Grenzen gestoßen sind, die USA eine Weltmacht auf dem Rückzug darstellen und wir anderen unseren Willen in einer z**unehmend multipolaren Welt** nicht mehr ohne weiteres aufzwingen können, agieren die meisten Protagonisten der reinen Lehre, The West is Best, noch immer so, als wäre die Berliner Mauer gerade erst gefallen. Der Glaube an die eigene Allmacht erscheint ungebrochen. Wie sonst wäre zu erklären, dass westliche Politik **lieber auf Konfrontation setzt** als auf Kooperation; so wenig Bereitschaft erkennen lässt, aus eigenen Fehlern zu lernen? Hat, beispielsweise, der «Krieg gegen den Terror» Al-Qaida oder die Taliban geschwächt oder gar besiegt? Die USA haben seit 2001 in sieben mehrheitlich muslimischen Ländern militärisch interveniert oder sie mit Drohnen angegriffen: Afghanistan, Irak, Somalia, den Jemen, Pakistan, Libyen, Syrien. In welchem dieser Staaten haben sich anschließend die Lebensbedingungen der Bewohner verbessert, zeichnen sich Stabilität und Sicherheit ab? Gibt es eine einzige militärische Intervention des Westens, die nicht Chaos, Diktatur, neue Gewalt zur Folge gehabt hätte? Mag jemand der folgenden Aussage widersprechen: Ohne den von den USA im Rahmen einer «Koalition der Willigen» herbeigeführten Sturz Saddam Husseins 2003 und der anschließenden Verheerung des irakischen Staates durch eine ignorante und auf Konfessionalismus ausgerichtete amerikanische Besatzungspolitik würde es heute den «Islamischen Staat» nicht geben?



Die Region **von Algerien bis Pakistan** stellt **mittlerweile** einen nahezu durchgängigen **Krisenbogen** dar, heimgesucht von Kriegen, Staatszerfall, Stagnation und Gewalt. Die Gründe dafür sind vielfältig, zwei stechen hervor.

Zum einen das Unvermögen und der Unwille der jeweiligen Machthaber, andere als **Klientelinteressen** zu bedienen. Jedwede Opposition wird gewaltsam unterdrückt. Bis es zum großen Knall kommt, zuletzt im Zuge der arabischen Revolte. Es folgt die **Herrschaft von Militärs, Milizen oder Warlords, von Clans und Stämmen**, von religiösen oder ethnischen Gruppen – mithin Kleinstaaterei, Selbstzerstörung und Barbarei. In diesem Umfeld gedeihen unterschiedliche Gruppen von Dschihadisten, denen der Koran als Folie zur Rechtfertigung von Willkür, Eroberung und Terror dient.

Zum anderen die seit kolonialen Zeiten betriebene **westliche Einflussnahme**, darunter die von Großbritannien und Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Lineal gezogenen Grenzen der meisten arabischen Staaten. In den 1950 er Jahren wurden die USA zur Hegemonialmacht in der Region. Washingtons Interventionen, allen voran der Putsch 1953 in Teheran, wirken bis heute fort, auch wenn sie bei uns, im Westen, längst vergessen sind oder vom Bild einer wohlwollenden, «unersetzlichen» Großmacht überlagert werden.

Bernd Ulrich: Das Ende der Arroganz

Kolonialismus, Interventionen, Krieg gegen den Terror: Die "Realpolitik" des Westens ist gescheitert. Wir müssen unser Verhältnis zu den Muslimen grundlegend ändern.

*In der ZEIT Nr. 47/15 vom 19.November 2015 hat **Bernd Ulrich** in einem langen Artikel (hier Ausschnitte) die Geschichte des Verhältnisses des Westens zur arabisch/muslimischen Welt nachgezeichnet. Algerien, Iran, Irak, Libyen – eine Kette von Verbrechen, die zunächst eine Entschuldigung verlangen und dann einen radikalen Neuanfang. Denn: „Das große Teilen hat begonnen, die **Fließrichtung der Geschichte zwischen Europäern und Arabern hat sich umgekehrt**.“*

Der Westen ist traurig und verzweifelt über die Toten von Paris und zeigt es auch. Das ehrt ihn, das ehrt uns. Der Westen ist auch traurig und verzweifelt darüber, dass er nicht weiß, was er nun tun soll. Das zeigt er nicht, sondern **versteckt sich hinter martialischen Gesten**. Das ehrt ihn nicht, und es ist gefährlich.

Aus Angst Krieg?

Die Rede ist von Krieg. Aber führen Europäer und Amerikaner nicht schon seit vierzehn Jahren ununterbrochen Krieg im Mittleren Osten? Hat die französische Luftwaffe nicht auch vor dem 13. November schon Bomben geworfen? Vierzehn Jahre Krieg gegen den Terror – und was ist herausgekommen? Mehr Krieg, mehr Chaos, mehr Terror. Wo vorher Al-Kaida war, ist nun der noch mächtigere und brutalere IS. Wo vorher Staaten Terroristen beherbergten, zerstören Terroristen nun Staaten. Außerdem gibt es jetzt etwas, das es vor Beginn dieses gloriosen Kampfes gegen den Terror so nicht gegeben hat: Abermillionen Flüchtlinge, die nach Europa wollen.

Und nun alles noch einmal? **Wie von Sinnen versucht der Westen erneut, mit dem Vorschlaghammer ein Ei zu pellen**. Wäre es nicht vielmehr an der Zeit, die westliche Strategie im Mittleren Osten, ja unser ganzes Verhalten gegenüber der islamischen Welt einmal gründlich auf den Prüfstand zu stellen? Und sich die tief beunruhigende Frage zu stellen, warum so viele Muslime sich vom Westen verletzt und gedemütigt fühlen und warum es für den Terrorismus infolgedessen ein offenbar unerschöpfliches Reservoir an Menschen gibt?....

Wie viele Tote für wie viel Öl?

Fehlende Verhältnismäßigkeit sowie die Gewohnheit, Fehler unter noch größeren Fehlern zu begraben, haben aus der "Realpolitik" im Mittleren Osten ein Pilotspiel gemacht. Nehmen wir hier nur einige Stränge heraus, die verdeutlichen, wie dieses Spiel funktioniert und wieso es in seine Schlussphase eingetreten ist. Von **Afghanistan** war schon die Rede, wo in einer für das Agieren des Westens typischen Mischung aus Interventionismus und Gleichgültigkeit ein immer größerer Mitteleinsatz nötig wurde, um die Fehler aus der je letzten Runde zu beseitigen. Auch der **Irak** stellt, wie gesehen, ein solches Beispiel dar…. Besonders eklatant ist jedoch, was der Westen im **Iran** angerichtet hat. Im August 1953 wurde die demokratisch gesonnene Regierung unter dem Premier Mossadegh vom amerikanischen und britischen Geheimdienst gestürzt. Der Grund: Er wollte für die Iraner einen höheren Anteil am Gewinn aus den Ölfeldern erzielen. Im Interesse westlicher Ölkonzerne wurde daraufhin Mohammed Reza Pahlevi an die Macht geputscht. Der wurde Schah genannt, war aber einfach ein säkularer Diktator. (...)

Entschuldigung des Westens?

Haben sich Franzosen, Deutsche, Briten, Italiener und Amerikaner eigentlich jemals offiziell entschuldigt bei den Menschen in **Nordafrika**? Für den Kolonialismus? Für den Rassismus? Nein? Und warum nicht? Damit würde man einiges von dem Groll wegräumen, der jetzt unter Arabern gegen uns gehegt (und gepflegt) wird. Diese Wut machen sich die Herrschenden dort zunutze, die, nebenbei gesagt, oft selbst ein rassistisches Verhältnis zu ihrem eigenen Volk haben. Die westliche Arroganz aber schweißt Herrscher und Beherrschte zusammen. Auch dass der Westen immer wieder so massiv und zugleich ungenau interveniert, hält die arabische Ausredenkultur stabil. Entzieht der Westen sein Gift, dann kollabieren früher oder später jene Systeme, die immer wieder Terror und Flucht entstehen lassen. **Um den islamistischen Terror zu bekämpfen, müssen wir uns mit den Muslimen versöhnen.** Es wäre also Zeit für eine neue, eine echte Realpolitik.

Die Willkommenskultur ist der effektivste Feind des Terrors

Die Millionen von Flüchtlingen stellen uns vor die Alternative: Entweder wir helfen ihnen in bisher nie gekannter Weise bei der Verbesserung ihrer Lebensumstände in ihrer Heimat – oder sie kommen und bleiben.

Das große Teilen hat begonnen, die Fließrichtung der Geschichte zwischen Europäern und Arabern hat sich umgekehrt. Vielen in Europa macht das verständlicherweise Angst, sie träumen sich zurück in die Abschottung früherer Tage, wir hier oben, die da unten. Doch das wird es nicht wieder geben, weil das Pilotspiel zu Ende und die Geduld zu vieler Araber aufgebraucht ist.

Realpolitik, jetzt aber richtig – ein New Deal mit den Muslimen

Sobald die Wende in der westlichen Mittelostpolitik verstanden, verkündet und vollzogen sein wird, kann auch wieder über die unschönen Dinge geredet werden. Wenn Abstriche an unseren Prinzipien, Dialoge mit regierenden Mördern, Geschäfte mit kriminellen Stammesfürsten nicht mehr als der wahre Kern westlicher Politik wahrgenommen werden müssen, sondern nur als gelegentliche und vorübergehende Abweichung von einem Kurs, der offenkundig den Menschen dienen soll, der von Respekt und Interesse getragen ist, dann geht das auch.

Anmerkung der SiG-Redaktion

Wir ergänzen den Artikel von Bernd Ulrich mit einem Zitat:

„Die Behandlung der Palästinenser hat der Glaubwürdigkeit des Westens in der arabisch-muslimischen Welt stark geschadet“ (Jakob von Uexküll in „Hinz und Kunzt“ 1/2016)

Reiner Braun, Willi van Ooyen, Horst Trapp, Laura von Wimmersperg :

Schluss mit Krieg und Terror

war der Konsens des Treffens der Friedensbewegung am 8. Januar 2016 in Berlin.

Die Friedensbewegung wird die **Proteste gegen die Nato-Sicherheitskonferenz am 13. Februar 2016 in München** als Auftakt für weitere gemeinsame Aktionen gegen Krieg und Militarisierung der Politik nutzen.

Gemeinsam sollen die **Ostermärsche** im März 2016, die Fortsetzung der Unterschriftensammlung unter den **Aufruf „Nein zur Bundeswehr in Syrien. Nein zum Krieg. Nicht in unserem Namen.“**, weitere Aktionen wie z.B. die **Menschenkette gegen die US-Militärbasis in Ramstein im Juni**, die **Protestaktionen gegen den NATO Gipfel im Juli in Warschau** und der **Anti-Kriegstag** den Friedenswillen in der Bevölkerung verstärken, um dann **zu einer großen, gemeinsamen Demonstration** zusammen zu finden.

Dazu wird die Friedensbewegung ihre Zusammenarbeit und Koordination ausbauen und regelmäßige gemeinsame Aktionsberatungen durchführen.

Ein **nächstes Treffen** zur weiteren Diskussion soll **am 13.02. in München** (nach der SIKO-Demonstration) stattfinden.

http://www.koop-frieden.de

Attac Frankreich
Nach den Massakern von Paris: Entsetzen, Empörung, Handeln!

14.November 2015

Nach den Massakern von Paris fühlen die Mitglieder und UnterstützerInnen von Attac gemeinsam mit der französischen Gesellschaft Entsetzen und Empörung über diesen blinden und mörderischen Hass.

Attac bekundet seine **Solidarität** mit den Opfern und ihren Angehörigen. Die am Freitagabend ermordeten Menschen wollten mit guten Recht einfach nur Geselligkeit, Kunst und ein freies Leben genießen - Dinge, die diese Mörder im Namen eines fanatischen Verständnisses von Religion auslöschen wollen.

Bei all unserer Ergriffenheit und Trauer: Wir weigern uns, dem Terror nachzugeben! **Wir lehnen eine Gesellschaft der Angst, der Stigmatisierung und der Suche nach Sündenböcken ab.** Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, uns weiterhin frei zu bewegen, zu arbeiten, uns zu unterhalten, uns zu treffen und zu kämpfen.

"Frankreich ist im Krieg" wird uns gesagt. Aber das ist nicht unser Krieg: Nach dem amerikanischen Desaster im Irak und in Afghanistan tragen die aktuellen französischen Interventionen im Irak, in Libyen, Syrien, Mali, Tschad, Niger und in der Zentralafrikanischen Republik dazu bei, diese Regionen zu destabilisieren. Sie lösen die Flucht jener MigrantInnen und Flüchtlinge aus, die gegen die Festung Europa prallen und deren Leichen an unseren Küsten stranden. Ungleichheiten und Raubzüge zerreißen die Gesellschaften und bringen sie gegeneinander auf. Al-Qaida oder Dschihad beziehen ihre unmenschliche Stärke aus diesen Ungerechtigkeiten. Dieser Krieg führt zu keinem Frieden, weil es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit gibt. Um diesen Krieg zu beenden, werden unsere Gesellschaften mit ihrer Gier nach Macht, Waffen, Öl, Uran und seltenen Metallen Schluss machen müssen.

Jenseits der sozialen und wirtschaftlichen Ursachen, die Verzweiflung und wahnsinnige Handlungen nähren, bleibt die "Banalität des Bösen": Ein Rückfall in die Barbarei ist nie ausgeschlossen, wenn einige beschließen sich über den Respekt vor der Menschlichkeit hinwegzusetzen.

Mehr denn je müssen wir gegen den Imperialismus kämpfen, gegen den „humanitären" Imperialismus, gegen den zerstörerischen Produktivismus – und für Gesellschaften, in denen Besonnenheit, Freiheit und Gleichheit herrschen.

Wir lehnen schon im Voraus jegliche Beschränkung des Demonstrationsrechts ab sowie unseres Rechts gegen diese zugrunde gehende Welt und für Alternativen zu kämpfen, welche die Menschen des Südens und des Nordens zusammenbringen.

Von 29. November bis 12. Dezember werden wir in Paris anlässlich der COP 21 mit unseren Mobilisierungen der BürgerInnen zeigen, dass eine andere Welt möglich und dringend notwendig ist.

Mehr: www.france.attac.org; Originaltext

Wir hätten gern einen weiteren Satz in der Erklärung von Attac Frankreich übersetzt – aber dieser Satz fehlte (SiG-Redaktion):
„Wir trauern um die Opfer in Paris – und wir leiden auch mit den Menschen in den destabilisierten Ländern im Nahen und Mittleren Osten, die tagtäglich mit solchen Anschlägen leben müssen; wir erinnern uns voller Entsetzen an die mörderischen Bombardierungen und „Interventionen" von westlichen Mächten, nicht nur in Afghanistan und Irak und wir können nur erahnen, welche unsäglichen Leiden den Kindern zugefügt wurden, die in einer Welt von Feuer und Blutlachen aufwachsen mussten."

Attac Deutschland schließt sich dieser Einschätzung an. (18.11.2015); *Aus der Erklärung des Koordinationskreises:*
(…) Die Welle des Terrors von Paris, Beirut und Ankara als Krieg zu bezeichnen, suggeriert die Vorstellung, dass das eigentliche Problem mit militärischen Mitteln zu lösen sei. Notwendig ist jedoch neben der polizeilichen Verbrechensbekämpfung vor allem die Beseitigung der Ursachen:
Schluss mit der destabilisierenden Interventionspolitik / Keine Beteiligung an Militäreinsätzen in Nahost / Stopp von Rüstungsexporten / Kein Demokratieabbau durch neue Sicherheitsgesetze /Armutsbekämpfung in den Ländern der Region durch eine faire Handelspolitik und Ressourcentransfer / Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit und des Bildungsnotstands in den Vorstädten der europäischen Großstädte.

Erklärung der französischen Gewerkschaft CGT

Mittwoch, den 18. 11. 2015 (Auszüge)
Der Nationale Ausschuss der CGT [Comité confédéral national de la CGT/Allgemeiner Gewerkschaftsbund] möchte allen Familien, die von den tragischen Ereignissen des 13. November 2015 betroffen sind, seiner Unterstützung und Solidarität versichern. (…)
Hinter solchen Gräueltaten werden allzu oft und allzu schnell alte Denkweisen sichtbar.
Der Krieg bringt nichts in Ordnung, ganz im Gegenteil. Immer neue Orte der Spannungen und Konflikte mit Trauerzügen, Zerstörung, Verzweiflung und Hass entstehen. Die zahllosen militärischen Interventionen im Irak, in Libyen, in Syrien usw. haben nicht nur keine Demokratie, sondern auch eine Verarmung der Bevölkerungen mit Hunderttausenden Opfern sowie wirtschaftliche und soziale Ausweglosigkeit erzeugt. Dies ist der Nährboden, auf dem der Terrorismus gedeiht und ganze Bevölkerungen ins Exil getrieben werden.
1944, vor dem Ende des 2. Weltkriegs hat die Weltstaatengemeinschaft in der **Erklärung der IAO** bekräftigt, dass **allein die soziale Gerechtigkeit Garant für den Frieden sein könne**. Ein Großteil der Regierungen hat dies vergessen und tut das Gegenteil.
Die CGT bekräftigt noch einmal ihre Werte des Friedens und der Brüderlichkeit in ihrem Kampf für sozialen Fortschritt, Demokratie, Freiheit, Laizismus – Werte, die für ein gutes Zusammenleben notwendig sind.
Sie protestiert gegen die Einladung des Front National in den Elysée-Palast. Sie lehnt jegliche Stigmatisierung von Ausländern und Vermischung von Einwanderung und Terrorismus ab. (…) Keine einzige Änderung des Grundgesetzes ist in der Lage, die Finanzquellen und Waffenressourcen der Terroristen auszutrocknen. Es muss im Übrigen unterstrichen werden, dass der französische Staat, vor Russland und China, der zweitgrößte Waffenhändler der Welt ist.
Die CGT fordert
- den Stopp des Waffenhandels mit Staaten, die Verbindungen zu Terroristen unterhalten,
- dass der Suche nach multilateralen Lösungen im Rahmen der UNO Vorrang eingeräumt werden soll.

Die CGT lehnt es ab, dass die Arbeitnehmer und die französische Bevölkerung durch Änderungen des Grundgesetzes de facto in einen dauerhaften Ausnahmezustand versetzt werden. Sie ist dagegen, dass gewerkschaftliche Forderungen und die soziale Bewegung beschnitten werden.
Diese schmerzhafte Situation dringt in das Bewusstsein jedes einzelnen Bürgers, aber Kriege, Terrorismus, Fundamentalismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Aufklärungsfeindlichkeit und Rückschritt werden durch den Kampf für die soziale Gerechtigkeit zurückgedrängt.
(…) So wenig wie es einen Waffenstillstand bei den Angriffen gegen die Arbeitswelt gibt, so wenig wird es einen Waffenstillstand im Kampf der Gewerkschaft für den sozialen Fortschritt geben. (…)
http://www.cgt.fr/de-la-CGT.html
Übersetzung: Ulrike Kerstiens, SiG-Redaktion
Vollständiger Text in der SiG-Werkstatt

Ulla Jelpke
Kampf gegen den „islamischen Staat“ (IS)

16.November 2015

Meine Trauer gehört den über 130 Opfern der Massaker des sogenannten Islamischen Staates (IS) in Paris. Mein Beileid gilt ihren Angehörigen und Freunden. Gleichwohl kann ich in den Anschlägen in **Paris** keine „neue Dimension“ des Terrors sehen, nur weil diesmal hauptsächlich Europäer in einer westeuropäischen Metropole die Opfer waren. Denn ich trauere ebenso um über 120 Zivilisten, die der IS im Juni bei einem erneuten Angriff auf die syrisch-kurdische Stadt **Kobani** an einem einzigen Tag niedermetzelt hatte und die der internationalen Presse nur noch eine kurze Nachrichtenmeldung wert waren. Ich trauere um über 130 linke Aktivistinnen und Aktivisten in der Türkei, die bei zwei Selbstmordanschlägen des IS in **Suruc** und **Ankara** im Juli und Oktober getötet wurden. Und meine Trauer gilt den 224 Insassen eines **russischen Flugzeuges**, zu dessen Absturz über Ägypten sich Anfang November ebenfalls der IS bekannt hatte, ohne das in europäischen Hauptstädten die Fahnen auf Halbmast gezogen wurden. Ein solches Messen mit zweierlei Maß auch in der Trauer offenbart eine überheblich-koloniale Sichtweise, die einfach unerträglich und verlogen ist.

Perfide Stimmunsmache gegen Flüchtlinge

Doch ebenso unerträglich ist es, wenn jetzt **rechte Ordnungspolitiker** versuchen, die Toten von Paris für höchst fragwürdige innen- und sicherheitspolitische Zwecke auszuschlachten. Die deutschen Geheimdienste sollen nach dem Willen der Bundesregierung mit 500 Planstellen weiter aufgerüstet werden. Der Bundesnachrichtendienst soll gestärkt werden, obwohl er weder die eigenen Bürger noch Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Bespitzelung durch den US-Dienst NSA schützen konnte sondern diesem im Gegenteil noch zuarbeiten. Ebenfalls gestärkt werden soll der Verfassungsschutz, dessen zwielichtige Rolle in Verbindung mit dem NSU-Nazi-Terror bis heute nicht aufgearbeitet ist. Und in der Union ertönt erneut der Ruf nach einem – verfassungswidrigen – Einsatz der Bundeswehr als „Hilfspolizei“ im Inland.
Paris ändere alles, die Zeit *„unkontrollierter Zuwanderung und illegaler Einwanderung kann so nicht weitergehen“*, twitterte CSU-Generalsekretär Markus Söder, während Welt-Korrespondent Matthias Matussek durch den Terror von Paris *„auch unsere Debatte über offene Grenzen und eine Viertelmillion unregistrierter junger islamischer Männer im Lande in eine ganz neue frische Richtung bewegen“* sieht. Erfreulicherweise bekamen Söder wie Matussek deutliches Kontra aus den eigenen Reihen.

Doch es ist nicht zu übersehen, dass Pegida &Co bis hin zum rechten Rand der Unionsparteien die Pariser Anschläge jetzt zu weiterer **Stimmungsmache gegen Flüchtlinge** im Allgemeinen **und Muslime** im Besonderen nutzen werden. Angesichts der Tatsache, dass ein Großteil der Flüchtlinge auf der Flucht vor dschihadistischem Terror in Syrien, dem Irak und Afghanistan ist, erscheint eine solche Stimmungsmache mehr als perfide.

Das Frankenstein-Monster IS

Es mag eine schmerzhafte Erkenntnis sein: aber der syrische Präsident Bashar al Assad hat recht, wenn er einer „fehlgeleiteten“ französischen Politik eine Mitverantwortung an der „Verbreitung des Terrorismus“ gibt. So spielte **Frankreich** eine führende Rolle beim Luftkrieg gegen Libyen und dem Sturz sowie der Ermordung von Revolutionsführer Obers Muhamma al Ghadaffi im Jahr 2011. Eine Folge davon ist es, dass das nordafrikanische Land heute als feste Basis für den IS und Al Qaida dient. Frankreich war innerhalb der EU diejenige Macht, die sich am vehementesten für Waffenlieferungen an die sogenannte syrische Opposition gegen Präsident Assad stark machte.
Eine entschiedene Mitverantwortung der westlichen – imperialistischen – **Nahostpolitik** am Entstehen und der Ausbreitung des IS und anderer dschihadischer Terrororganisationen ist nicht von der Hand zu weisen.
Auch den **EU-Regierungen** sollten die Erkenntnisse des Pentagon-Geheimdienstes aus dem Jahr 2012 vorgelegen haben, wonach die bewaffneten „Rebellen“ in Syrien mehrheitlich salafistischen Gruppierungen einschließlich al Qaida angehörten und die Bildung eines islamistischen Kalifats im Norden Syriens drohte. Dies sei jedoch im Interesse „unserer Bündnispartner “, der Türkei und der Golfstaaten, da so die Assad-Regierung geschwächt werde, hieß es damals aus **Washington**.
Jetzt ist den westlichen Staaten der auf dem Boden ihrer neokolonialen Nahost-Politik im Irak, Libyen und Syrien entstandene und jahrelang gehätschelte IS über den Kopf gewachsen. Das Frankenstein-Monster hat sich als unberechenbar und unkontrollierbar erwiesen und soll wieder zur Räson gebombt werden. Da EU und NATO zugleich eine Stärkung ihrer Gegner – der syrischen Regierung, des Iran und nicht zuletzt des jetzt aktiv in den Syrien-Krieg eingreifenden Russland – befürchten, blieb das westliche Vorgehen gegen den IS seit über einem Jahr **halbherzig und wenig erfolgreich**.

Die Rolle der Türkei

Gleichzeitig üben Bundeskanzlerin Angela Merkel, US-Präsident Barack Obama und die anderen westlichen Staats- und Regierungschefs auf dem G20-Gipfel in Antalya den **Schulterschluss mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan**. Dieser gilt als einer der Hauptunterstützer des dschihadistischen Terrorismus in Syrien. Jahrelang konnten IS, Al Qaida und andere Terrororganisationen die Türkei als sicheres Hinterland nutzen und von dort ihre Angriffe auf syrische Regierungstruppen sowie die kurdischen Selbstverwaltungskantone nutzen.
Und weiterhin gibt es Hinweise auf eine aktive Unterstützung der zu Al Qaida gehörenden Al Nusra-Front in Syrien durch die Türkei. Erst letzte Woche sollen aus der Türkei Luft- und Panzerabwehrraketen an diese Terrororganisation bei Aleppo geliefert worden sein.
Zudem greift Erdogan zum Kampf gegen die kurdische und linke Opposition im eigenen Land auf Dschihadisten als Truppen fürs „Grobe“ zurück. Bei den Angriffen von Spezialpolizeieinheiten auf kurdische Städte sind arabischsprachige Dschihadisten mit von der Partie und auch von den Attentäter von Suruc und Ankara führen Spuren zur türkischen Regierungspartei AKP. Zusätzlich schwächt Erdogan den Kampf gegen den IS durch die Bombardierung kurdischer Kämpfer im Nordirak und Nordsyrien.

Kurden gegen IS

Die Schreckensnachrichten aus Paris überlagerten eine wichtige **Erfolgsmeldung**: am Freitag gelang es kurdischen Milizen, die Stadt Shengal (Sindschar) im Nordirak vom IS zu befreien. Hier hatte im August 2014 der versuchte Genozid des IS an den Eziden begonnen – tausende Männer wurden ermordet, tausende Frauen und Mädchen versklavt. Die **Befreiung Shengals** ist bereits die zweite große Niederlage des IS nach der erfolgreichen Verteidigung der syrisch-kurdischen Stadt Kobani im Januar 2015. Möglich wurde die Befreiung Shengals durch eine **breite Allianz kurdischer Gruppierungen**, von der PKK-Guerilla und den Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ aus Rojava/Nordsyrien über jezidische Selbstverteidigungsgruppen bis hin zu den Peschmerga der irakisch-kurdischen Regionalregierung.
Doch weiterhin wird die PKK auf der EU-Terrorliste geführt und in Deutschland als terroristische Vereinigung verfolgt, erst letzte Woche wurde erneut ein kurdischer Politiker in Deutschland verhaftet.
Wer die engagiertesten und erfolgreichsten Kämpferinnen und Kämpfer gegen den IS

kriminalisiert und gleichzeitig mit dem heimlichen Kalifen Erdogan paktiert, der will den IS nicht ernsthaft bekämpfen.

Kampf gegen den IS, das bedeutet:

• **Solidarität** mit der nordsyrischen Autonomieregion **Rojava** und den gegen den IS kämpfenden Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ sowie ihren arabischen und christlichen Verbündeten! Aufhebung des von der Türkei verhängten Embargos gegen Rojava, Schaffung eines humanitären Korridors nach **Kobani** und materielle Hilfe für den Wiederaufbau!

• Solidarität mit der Allianz kurdischer Kräfte im Nordirak, die **Shengal** vom IS befreit haben, und Unterstützung der berechtigten Forderung der Ezidinnen und Eziden nach Selbstverwaltung und eigenen Selbstverteidigungskräften!

• **Schluss mit der Kollaboration der Bundesregierung mit den Terrorpaten Türkei, Saudi-Arabien und Katar**. Erdogan kann kein Partner in der Flüchtlingspolitik, sondern nur in der Abschottungspolitik sein. **Schluss mit Waffenlieferungen** an die Förderer des Dschihadismus!

• Schluss mit der Kriminalisierung des kurdischen Widerstandes – **Aufhebung des PKK-Verbots** und Löschung der PKK von der EU-Terrorliste!

• „Ja" zur Wachsamkeit gegen Dschihadisten und Terrorgefahr – **nein zu Grundrechtseinschränkungen** und Aufrüstung der Geheimdienste und flüchtlingsfeindlicher Panikmache!

• **Solidarität mit Flüchtlingen – Rassismus und Muslimfeindlichkeit entgegentreten!**

http://www.ulla-jelpke.de/2015/11/nach-den-massakern-von-paris/

Ulla Jelpke ist Mitglied des Bundestages (1990 bis 2002 und seit 2005); innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke

Jochen Hippler: Krieg gegen den IS: Niederlage mit Ansage

„Die Terrorgefahr lässt sich in Europa mit Luftangriffen gegen den IS nicht verringern.(..) Der gesamte Aufsatz

Die Türkei blockiert den Wiederaufbau von Kobane Seit einem Jahr ist die türkisch-syrische Grenzstadt Kobane vom IS befreit. Doch der Aufbau geht schleppend voran, denn nun flammt ein alter Konflikt wieder auf: Die Türkei bekämpft die Kurden und blockiert die Lieferung von Baumaterial und die Einreise von Helfern.

13. Januar 2016, Video-Bericht von Volker Schwenck, ARD-Studio Kairo

Appell an die Bundesregierung: Stoppt den Krieg in Kurdistan!

Seit Juli 2015 hat die türkische Regierung ihre Friedensgespräche mit dem politischen Repräsentanten der kurdischen Bewegung, Abdullah Öcalan, abgebrochen und ist zur Bekämpfung der Kurdischen Arbeiterpartei PKK zurückgekehrt. Seitdem herrscht mit zunehmender Gewalt Krieg im Südosten der Türkei/Nordkurdistan. Was als Bürgerkrieg in den deutschen Medien dargestellt wird, ist in Wahrheit ein Angriff des türkischen Militärs gegen die kurdische Bevölkerung mit allen Mitteln. Seit Monaten werden die kurdischen Städte in Nordkurdistan mit schweren Kriegswaffen belagert. Mit Panzern, Kampfhubschraubern, einem breiten Aufgebot von Soldaten, Spezialkräften und Polizisten greifen die türkischen Kampfeinheiten die kurdische Zivilbevölkerung in mehr als 17 Ortschaften, u.a. Cizre, Nusaybin, Sur, Mardin und Sirnak an. Eine totale Ausgangssperre ist über diese Orte verhängt worden.

Bis Anfang Dezember fielen den Angriffen von Militär und Polizei über 500 Menschen zum Opfer mit permanent ansteigender Zahl. Allein drei Selbstmordattentate in Diyarbakir, Suruc und Ankara kostete 138 Menschen das Leben und 929 wurden verletzt. Ziel der Attentate waren Versammlungen der HDP* oder Demonstrationen der Opposition. Zahlreiche Politikerinnen und Politiker der Opposition sowie Journalistinnen und Journalisten, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sind in Haft genommen worden. Die Folter, die nie aufgegeben worden war, wird unter der Aufsicht der Sicherheitskräfte in den Internierungslagern, Gefängnissen und Militärbaracken weiter ausgedehnt und verschärft. Während der ersten elf Monate des Jahres 2015 wurden über 560 Fälle von Folter berichtet, ohne dass die Folterer zur Rechenschaft gezogen würden.

Während der jüngsten Großoffensive in der Provinz Sirnak nahe der syrischen Grenze mit dem Einsatz von über 10 000 Soldaten und Spezialkräften der Polizei äußerten Staatspräsident Erdogan und Ministerpräsident Davutoglu, dass der Krieg gegen die Kurden solange fortgeführt werde, bis die PKK „vernichtet" und die Städte „gesäubert" seien. Über 100 Menschen fielen den Angriffen in der letzten Woche zum Opfer, über 200 000 Menschen sind derzeit auf der Flucht.

Ein solcher Krieg in einem NATO-Staat ist nicht tragbar. Es ist eine ungeheuerliche Provokation, dass ein Staat, der um die Aufnahme in die EU nachsucht, gleichzeitig ein Volk in seinen Grenzen mit Gewalt und Krieg bekämpft. Die kurdische Frage in der Türkei lässt sich nicht mit Gewalt, sondern nur mit politischen Verhandlungen lösen. Hier sind vor allem die Staaten der NATO und der EU in ihrer Verantwortung für einen gegenwärtigen oder zukünftigen Mitgliedsstaat gefragt.
Wir fordern daher die Bundesregierung dringend auf, ihren ganzen Einfluss bei der türkischen Regierung geltend zu machen und Druck auf sie auszuüben, die militärischen Angriffe sofort einzustellen und die Friedensgespräche mit Abdullah Öcalan für eine Friedenslösung wieder aufzunehmen. Dazu ist es notwendig, die PKK von der Terrorliste zu nehmen, um einen echten Dialog für eine ernsthafte Friedenslösung zwischen der türkischen Regierung und dem kurdischen Volk zu ermöglichen.

Unterzeichner_innen: Prof. Dr. Elmar Altvater, Berlin; Prof. Dr. Ulrich Gottstein – Ehrenvorstandsmitglied IPPNW; Dr. Angelika Claußen – IPPNW; Dr. Sabine Farrouh – IPPNW; Dr. Matthias Jochheim – IPPNW; Dr. Manfred Lotze – IPPNW; Ra Dr. Otto Jaeckel – Vorsitzender IALANA, Berlin; Reiner Braun – Geschäftsführer IALANA, Berlin; Ra'in Heike Geisweid – Vorsitzende MAF-DAD; Ra Thomas Schmidt, Generalsekretär der EJDM, Düsseldorf; Rolf Becker, Schauspieler; Prof. Dr. Andreas Buro – Friedensforscher & Menschenrechtler; Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Osnabrück; Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg; Prof. Dr. Werner Ruf, Kassel; Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt/Publizist, Bremen; Clemens Ronnefeldt – Internationaler Versöhnungsbund

IPPNW Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. https://www.ippnw.de/

IALANA Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen – für gewaltfreie Friedensgestaltung, http://ialana.de/

MAF-DAD (Kurdisch für Recht und Gerechtigkeit) Verein für Demokratie und internationales Recht, http://mafdad.org/englisch_new/

EJDM Europäische Vereinigung von Juristinnen & Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt, http://www.ejdm.eu/

*HDP Halkların Demokratik Partisi (deutsch Demokratische Partei der Völker)

http://www.kurdistankrieg-stoppen.de/

"Nicht in unserem Namen!" - Aufruf kritischer Wissenschaftler/-innen in der Türkei: *Mit einem Friedensappell haben über 2000 WissenschaftlerInnen aus der Türkei gegen den Krieg im eigenen Land Einspruch erhoben. Der türkische Staatspräsident Erdoğan hat die VerfasserInnen und UnterzeichnerInnen des Appells im Fernsehen persönlich zu "Landesverrätern" erklärt. Mehr: https://www.medico.de/nicht-in-unserem-namen-16360/* Appell: Solidarität mit den türkischen Intellektuellen



Nein zur Bundeswehr in Syrien!
Nein zum Krieg! Nicht in unserem Namen!

Aufruf – Wir sagen nein!

Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,
Sie sagen, Sie handeln im Namen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, wenn Sie die Bundeswehr nach Syrien schicken. Wir sagen: Sie handeln nicht in unserem Namen!

Aus falsch verstandener Solidarität wird Deutschland zur Kriegspartei in einem Krieg, der auch überregional umfassende Vernichtung mit sich bringen kann. Der Einsatz der Bundeswehr in Syrien ist politisch falsch, moralisch unverantwortlich, verfassungs- und zudem völkerrechtswidrig.

Das Erstarken des IS ist auch die Folge des US-Krieges im Irak, des NATO-Krieges in Libyen und der Waffenlieferungen in die Region, z.B. von deutschen Waffen nach Saudi-Arabien. Der Zustrom von Geld, Waffen und neuen KämpferInnen für den IS muss dauerhaft unterbunden werden. Die Menschen in der Region brauchen eine lebenswerte Alternative, damit sie dem bewaffneten Kampf des IS ihre Unterstützung entziehen. Ein Ende des Krieges in Syrien ist nur mit Verhandlungen und Kooperation möglich.

Wir sagen Nein zur Beteiligung der Bundeswehr in Syrien!
Wir sagen Ja zu zukunftsweisenden zivilen Lösungen.
Sie, Frau Bundeskanzlerin, handeln nicht in unserem Namen!

Unterstützt von der Kooperation für den Frieden und vom Bundesausschuss Friedensratschlag
Unterschriften: http://www.syrienkrieg-nicht-in-unserem-namen.de/

Elke Schenk
Karin Leukefeld: "Flächenbrand"
Syrien, Irak, die arabische Welt und der Islamische Staat

Die Autorin **Karin Leukefeld** studierte Ethnologie, Islamwissenschaften, Politische Wissenschaft und Geschichte. Sie berichtet als freie Journalistin seit 2000 aus dem Nahen und Mittleren Osten. Den Irak verließ sie 2005 wegen der überbordenden Gewalt. Nach mehreren Versuchen gelang es ihr, als westliche Journalistin in Syrien akkreditiert zu werden. Dies ermöglicht ihr längere Aufenthalte (bis zu 6 Monate statt nur wenige Tage für nicht akkreditierte Journalisten) sowie eine freie Bewegung im Land ohne Begleitung durch einen Mitarbeiter des Informationsministeriums.
Inhalt ihres Buchs:
Teil I Entwicklung und Lage in Syrien
Teil II Syriens Nachbarn: Anrainerstaaten und Akteure
Teil III Flächenbrand



"Flächenbrand" beleuchtet den Krieg in und um Syrien in verschiedenen Kontexten:
- Geschichte der arabischen Welt seit dem Ersten Weltkrieg und des Betrugs durch die Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien (Sykes-Pikot-Abkommen von 1916)
- innersyrische politische und wirtschaftliche Entwicklung seit dem Amtsantritt von Präsident Bashar al Assad im Jahr 2000
- verschiedene Methoden zur Destabilisierung und Zerstörung des Landes und seiner Staatlichkeit durch bewaffnete Rebellen innerhalb des Landes, durch Kampagnen außerhalb des Landes über soziale Medien, NGOs und die Exilopposition (Muslimbruderschaft) sowie den Einfluss der "Freunde Syriens" (USA, Fr, GB, D, + arabische Staaten), die von außerhalb gegen die Regierung kämpfen durch Waffenlieferungen, Trainingscamps für Rebellen, militärische Aufklärungsdaten.
- die Auswirkungen der Situation in den Nachbarländern und ihrer strategischen Interessen (z. B. der neo-osmanischen Visionen von Erdogan in der Türkei; Irak, Jordanien, Israel, Libanon, Palästinenser)
- geopolitische Ziele des Westens zur Neuordnung des Nahen Ostens (d. h. Zerteilung entlang ethnisch-religiöser Grenzen), wobei die Kontrolle der Öl- und Gasvorkommen von den USA beansprucht wird
- und in dem Zusammenhang die plötzliche, (bezogen auf die innersyrische Situation) anlasslose 180-Grad-Wende der Außenpolitik der westlichen Staaten seit Anfang 2011 hin zu einer Dämonisierung von Assad und der folgenden medialen, wirtschaftlichen und militärischen Intervention zur Beseitigung des gewählten und wiedergewählten Präsidenten, zum Regime Change.

Man erhält einen Einblick in die komplexe Gemengelage an Zielen und Interessen der Nachbarstaaten und des Westens, die jeweils eigene konkurrierende - auch hegemoniale - Ziele verfolgen und sich lediglich im Ziel "Assad muss weg" vereinen.

Aus der Fülle an Detail- und Hintergrund-Informationen seien herausgegriffen:

1. Mit **Bashar al Assads Präsidentschaft** wurden im Westen, auch der EU, politische und wirtschaftliche **Reformhoffnungen** verbunden. Sie gründeten auf Bashars westlicher Sozialisation, seiner politischen Unerfahrenheit und seinem westlich ausgerichteten Beraterteam. Die EU bot Syrien ein Assoziierungsabkommen an! Bashar **erfüllte** viele der **Liberalisierungsforderungen** im Vorfeld mit den entsprechenden bekannten ökonomischen und sozialen Verwerfungen in der Folge. Fatalerweise bot die Zulassung privater Bildungsanbieter im Zuge der Wirtschaftsliberalisierung neu gegründeten Koranschulen die Möglichkeit, ab 2011 die Unzufriedenheit der sozial und wirtschaftlich Abgehängten für den Widerstand gegen Assad auszunutzen.

2. **Assad plante die Aussöhnung Syriens mit seinen Nachbarstaaten**, was sich u. a. in einer Fülle an Abkommen mit der Türkei niederschlug. Auch wollte er die Region wirtschaftlich stabilisieren und entwickelte eine "Fünf-Meeres-Strategie", eine Art Frei-

handelszone analog der EU-Integration für alle Staaten zwischen dem Kaspischen, Schwarzen, Roten Meer, dem Mittelmeer und dem Persisch-Arabischen Golf.

3. **Bashar al Assad fiel Anfang 2011 im Westen in Ungnade.** Das verlief parallel zum "Arabischen Frühling" in Tunesien und Ägypten sowie der Zerstörung Libyens. Seit diesem Zeitpunkt war eine Facebook-Seite "Syrische Revolution 2011" geschaltet, ins Netz gestellt von der in Syrien verbotenen (und in Deutschland politisches Asyl genießenden) Muslimbruderschaft in Schweden. Die Seite existierte, bevor es Proteste in Syrien gab. Parallel wurde über soziale Medien und NGOs (die wichtigste bis heute: die zweifelhafte Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte, ein Ein-Mann-Büro in London mit Telefonkontakten zur "Opposition", deren Identitäten geheim gehalten werden) - **Stimmung** gegen Assad verbreitet und - wie im Irak - mit erfundenen Opfern bzw. Zeugen die Grausamkeit Assads "bewiesen". Leukefeld spricht von Todesschwadronen, die vermeintliche Unterstützer Assads und Zivilisten überfallen und stellt die Hypothese in den Raum, es könne - analog dem US-Vorgehen in Lateinamerika und dem Irak - die Salvador-Option praktiziert werden, um das Land zu **destabilisieren**.

4. **Die Türkei suspendierte Ende 2011 alle bilateralen Abkommen mit Syrien**. Der anlasslose Schwenk in der außenpolitischen Haltung ab Anfang 2011 erstreckte sich auch auf die westlichen Staaten. Befeuert wurde er von Frankreich unter Präsident **Sarkozy**. Seit dem Frühjahr wurde die Parole ausgegeben "Assad muss weg". Sie wurde entgegen den Berichten der westlichen Botschafter in Syrien durchgesetzt und mit Sanktionen flankiert. Leukefeld zitiert aus dem Buch zweier französischer Journalisten "Les chemin de Damas", wonach bei einer Sitzung im französischen Außenministerium, bei der der Präsidentenberater den Botschafter in Syrien abgefertigt habe mit den Worten, die Fakten interessierten nicht. Das **Regime-change-Bündnis** nannte sich "Freunde Syriens" und betrieb mit einer nicht legitimierten Exil-Regierung Politik gegen Syrien und an der UNO vorbei. Neben Frankreich waren versammelt: Deutschland, USA, GB, Türkei, Katar, Saudi-Arabien.

Ein Zitat von Ali Haidar, seit 2012 Minister für nationale Versöhnung in Syrien, aus dem Gespräch mit Leukefeld Ende 2014: *"Die meisten Botschafter waren überrascht, als ihre Außenministerien diesen **Schwenk** vollzogen, obwohl ihnen ja die Berichte aus den Botschaften hier vorlagen. Ich kenne einen Botschafter, der geweint hat, als seine Regierung ihn aus Syrien abzog. Er sagte damals, das sei eine Verschwörung gegen alle Staaten, nicht nur gegen Syrien."* (Flächenbrand, S. 22).

5. **Die Interventionen von außen torpedierten die politische Reformentwicklung in Syrien.** Die angeblichen Freunde Syriens (heute zusammengeschlossen in der Anti-IS-Allianz) ignorieren die innersyrische, an einem gewaltfreien Reformprozess interessierten Oppositionsgruppen. Auf eine Deeskalation des Konfliktes hin arbeitende Initiativen auch der syrischen Regierung (z. B. der Prozess der sozialen Versöhnung) werden in bundesdeutschen Medien verschwiegen.

6. In den **meinungsbildenden Medien** in Deutschland und anderen EU-Ländern wurde ebenfalls parallel zum außenpolitischen Schwenk die Sichtweise der "Freunde Syriens"/Regime-change-Koalition zum Maßstab. Andere Herangehensweisen wurden nicht veröffentlicht (wie es auch Leukefeld geschah) oder anschließend diffamiert.
So wurde ein arabischer BBC-Reporter bedroht, als er für den tödlichen Beschuss eines französischen Kollegen die bewaffnete Opposition in Homs verantwortlich machte. Die Sprecherin des US-Außenministeriums, Victoria Nuland, erklärte zu dem Anschlag: *"'Präsident Assad ... geht weiter gewaltsam gegen sein sein eigenes Volk vor, anstatt für ein Klima zu sorgen, in dem Journalisten arbeiten und friedliche Proteste stattfinden können.'"* Dieser Vorverurteilung schloss sich der französische Außenminister Juppe an. Monate später bestätigte eine Untersuchung in Frankreich den Bericht des BBC-Reporters und die Verantwortung der bewaffneten Opposition. (S. 8 f)

7. Auch die **Regierung Merkel** ist an der Destabilisierung und Zerstörung Syriens beteiligt. Der deutsche Botschafter wurde abgezogen. Eine Konferenz der vom Westen kreierten Exil-Regierung mit den "Freunden Syriens" über die Zukunft Syriens nach Assad fand in Berlin statt, moderiert von der regierungsnahen **Stiftung Wissenschaft und Politik**. Ein Wiederaufbaufonds für die Zeit nach Assad wird auf einem Konto der KfW bereit gehalten. Die Bundesregierung initiierte **Verschärfungen der Wirtschaftssanktionen der EU** gegen Syrien. Die vielfach belegten Verwicklungen der **Türkei** in Waffenlieferungen und Trainings für bewaffnete Gruppen (den IS-Ölhandel via Türkei behandelt Leukefeld noch nicht) werden von der Bundesregierung unwidersprochen **geduldet**. Die mit der Türkei verbundenen Kurden in der autonomen Provinz im Nordirak unter Masud Barzani werden mit deutscher Waffenhilfe ausgerüstet. Aufklärungsdaten der Patriot, Awacs u. a. werden via "Operation rooms" in der Türkei und Jordanien an die Kampfverbände der Rebellen geleitet. Die Entsendung von **NATO-Patriot-Raketen** ins syrisch-türkische Grenzgebiet, an der Deutschland mit 400 Soldaten beteiligt war, bedeutete faktisch eine militärische Absicherung eines Rückzugsgebietes für die islamistischen Kämpfer gegen Syrien. (Angesichts dessen wirkt die Präsentation Merkels als 'Mutti der Flüchtlinge' mehr als perfide, E.S.)

8. Zum historischen, ökonomisch-sozialen und ethnischen **Nährboden des IS** schreibt Leukefeld: *"Der gesellschaftliche Boden, der sie nährt, ist die Armut" und die Wurzel des IS ist Al Qaida, in den 80er Jahren von den USA aufgebaut, um die Rote Armee in Afghanistan zu bekämpfen. Arbeitslose muslimische junge Männer ohne Aussicht auf eine berufliche oder familiäre Perspektive in Nordafrika oder palästinensischen Flüchtlingslagern wurden gegen gute Bezahlung als Kämpfer angeworben. Diese Söldner wandern von einem Konfliktgebiet ins nächste. Bedeutsam für den Erfolg des IS sind auch die in den syrisch-irakischen Wüstengebieten lebenden Beduinen und Stammesverbände, die staatliche Strukturen nicht anerkennen. Die Bindungen dieser Stämme nach Saudi-Arabien oder Jordanien sind eng. Beduinen schmuggeln Waffen und Kämpfer über die Grenzen oder sind Nachrichtenzuträger.“*

Allen, die an einer faktenreichen, differenzierten, hintergründigen Darstellung des Krieges in und um Syrien, der kein Bürgerkrieg ist, interessiert sind, sei dieses Buch empfohlen.

IMI-Standpunkt 2016/003: Katastrophal, gefährlich und dumm, Rede von Christoph Marischka anlässlich der Demonstration gegen den Syrieneinsatz der Bundeswehr am 23.1.2016
Artikelsammlung über Syrien: http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Syrien1/Welcome.html

Norman Paech: Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte in Syrien - eine verfassungs- und völkerrechtliche Analyse
Gutachten im Auftrag der Linksfraktion im Deutschen Bundestag / v. 3. Dezember 2015: http://norman-paech.de/

Norman Paech: Giftgas in Syrien – von wem eingesetzt? http://www.sopos.org/aufsaetze/56865875406f5/1.phtml
Call for Proof on Syria-Sarin Attack By Veteran Intelligence Professionals for Sanity
December 23, 2015 One reason why Official Washington continues to insist that Syrian President Bashar al-Assad “must go” is that he supposedly “gassed his own people” with sarin on Aug. 21, 2013, but the truth of that allegation has never been established and is in growing doubt, U.S. intelligence veterans point out. http://www.informationclearinghouse.info/article43797.htm

Israel
“Warum ich verweigere” – Erklärung von Taïr Kaminer

Am 10.Januar wurde die israelische Kriegdienstverweigerin Taïr Kaminer verhaftet, nachdem sie den Wehrdienst bei der Musterungszentrale verweigert hatte. Im folgendem dokumentieren wir ihre von Rolf Verleger übersetzte Erklärung.

Ich heiße Taïr Kaminer, ich bin 19. Vor kurzem haben ich mein freiwilliges Jahr bei den Pfadfindern in Sderot beendet. In ein paar Tagen werde ich wohl ins Gefängnis kommen. **Ein ganzes Jahr war ich als Freiwillige in Sderot**, ich habe mit Kindern gearbeitet, die im Kriegsgebiet leben, und **dort habe ich mich entschlossen, den Dienst im israelischen Militär zu verweigern**. Ich verweigere, weil ich für meine Gesellschaft einen Beitrag leisten und sie verbessern möchte, als **Teil eines langwierigen Kampfes für Frieden und Gleichberechtigung.**



Die Kinder, mit denen ich gearbeitet hatte, wuchsen im Herzen des Konflikts auf und hatten von klein auf schockierende Erlebnisse – Erfahrungen, durch die viele von ihnen großen Hass ausbildeten; man kann das verstehen, besonders bei so kleinen Kindern. Wie sie lernen viele Kinder, die in **Gaza** oder den Gebieten aufwachsen – in noch schwierigerer Lage -, die andere Seite zu hassen. Auch ihnen kann man dafür nicht die Schuld geben. Wenn ich all diese Kinder gemeinsam betrachte, die kommenden Generationen beider Seiten und die Umstände, unter denen sie aufwachsen, **dann sehe ich eine Kette von Trauma und Schmerz. Und ich sage: Es reicht!**

Seit Jahren gibt es keine Aussicht auf politischen Fortschritt, **es gibt keinen Versuch mehr, Frieden nach Gaza und Sderot zu bringen**. Aber solange der militärische, gewaltsame Weg weiter beschritten wird, produzieren wir auf beiden Seiten Generationen voll Hass, die die Lage weiter verschlimmern werden. Man muss damit aufhören.
Darum verweigere ich: Um nicht eine aktive Rolle an der Besatzung der palästinensischen Gebiete zu spielen und am Unrecht, das dem palästinensischen Volk unter der Besatzung zugefügt wird. Um nicht teilzuhaben am Kreislauf des Hasses in Gaza und Sderot.

Das Datum meiner Einberufung ist auf den 10. Januar 2016 festgelegt. An diesem Tag werde ich mich bei der Musterungszentrale einfinden und werde erklären, dass ich den Wehrdienst verweigere und daher zivilen Ersatzdienst leisten möchte.

In Gesprächen haben mich mir nahestehende Menschen beschuldigt, dass ich der Demokratie schade, wenn ich nicht die Gesetze des Staates einhalte. Aber die Palästinenser in den besetzten Gebieten leben unter Herrschaft der israelischen Regierung, obwohl sie sie nicht gewählt haben. Solange Israel weiter ein Besatzerstaat bleibt, wird es sich weiter davon entfernen, ein demokratischer Staat zu sein. Daher ist die V**erweigerung Teil des Kampfes um Demokratie** und kein Akt gegen die Demokratie.

Man sagt mir, dass ich mich der Verantwortung für die Sicherheit des Staates Israel entziehe. Aber mir, als einer Frau, die alle Menschen als gleich betrachtet und deren Leben für gleich wichtig hält, fällt es schwer an das Sicherheitsargument zu glauben, solange es einzig und allein für die Juden gelten soll. Besonders jetzt, wo die Terrorwelle weiter wächst, wird klar, dass das Militär nicht einmal die Juden schützen kann, denn es gibt keinen Weg zur Sicherheit inmitten des Besatzungszustands. **Wirkliche Sicherheit wird dann entstehen, wenn das palästinensische Volk in Würde und Freiheit in einem unabhängigen Staat Seite an Seite mit Israel leben wird**.

Manche drückten ihre Sorge über meine **persönliche Zukunft** aus, in einem Staat, in dem das Militär eine solche Bedeutung hat. Sie rieten mir, trotz meines Standpunkts bei der Armee zu dienen oder wenigstens nicht in solch öffentlicher Form zu verweigern. Aber trotz all dieser Fragen und Sorgen habe ich mich dafür entschieden, offen zu verweigern, denn dieser Staat, dieses Land, diese Gesellschaft sind mir zu wichtig als dass ich bereit wäre zu schweigen. Auch bin ich nicht so erzogen worden, dass ich mich nur um mich selbst sorgen soll, mein ganzes bisheriges Leben bestand aus Engagement und Verantwortung in gesellschaftlichen Dingen.

Möge meine Verweigerung dazu beitragen, auch wenn ich einen persönlichen Preis bezahlen muss, **das Thema Besatzung auf die Tagesordnung in Israel zu bringen**, denn viele Israelis merken nichts von der Besatzung oder vergessen sie in unserem Alltag, der so sicher ist verglichen mit dem der Palästinenser oder dem der Israelis im Westen des Negev [im Grenzgebiet zu Gaza]. Man möchte uns davon überzeugen, dass der Weg von Militär und Gewalt alternativlos sei. Aber meiner Meinung nach ist dies der zerstörerischste Weg, und es gibt andere Wege. Ich möchte uns alle daran zu erinnern, dass es eine **Alternative** gibt: **Verhandlungen, Frieden, Optimismus, ehrlicher Wille auf ein Leben in Gleichberechtigung, Sicherheit und Freiheit.** Man möchte uns davon überzeugen, dass das Militär nichts mit Politik zu tun hat. Aber im Militär zu dienen ist eine schwerwiegende politische Entscheidung, genauso wie die zu verweigern. Wir junge Leute müssen sie und ihre Bedeutung sehr genau abwägen und ihre Konsequenzen für unsere Gesellschaft begreifen. Als ich das tat, habe ich mich dazu entschieden zu verweigern. Das Militärgefängnis macht mir weniger Angst als der Verlust der Humanität in unserer Gesellschaft.

Ich möchte nicht Dinge tun, hinter denen ich nicht stehen kann, und dann im nachhinein das Schweigen brechen. Ich verweigere, und auch Ihr solltet darüber nachdenken.

(Übersetzung aus dem Hebräischen: Rolf Verleger, 9.1.16)
http://www.juedische-stimme.de/?p=1918
Fotonachweis: http://www.alternative-news.org

Nachrichten, Analysen, Kampagnen:
Palästina-Portal: http://www.palaestina-portal.eu ,
A joint Palestinian-Israeli organisation promoting justice, equality and peace for Palestinians and Israelis: http://www.alternativenews.org/english/
Netzwerk Schweiz für einen gerechten Frieden in Palästina /Israel: http://www.nahostfrieden.ch/
Deutscher Koordinationskreis Palästina Israel: http://www.kopi-online.de/wordpress/

Domenico Losurdo

Zielscheiben des Westens

Die US-geführten Interventionen der vergangenen Jahre haben sich immer gegen Länder mit antikolonialer Revolution gerichtet. Das Hauptaugenmerk gilt aber Russland und China

Ich möchte mit einer banalen Feststellung anfangen: **Die Gefahr eines großen Krieges, ja sogar eines Weltkriegs hat eine neue Aktualität gewonnen**. Papst Franziskus hat behauptet, dass der dritte Weltkrieg schon im Gange sei. Wann hat er angefangen? Seit dem Triumph des Westens im Kalten Krieg erleben wir einen heißen Krieg nach dem anderen. 1989 – Invasion Panamas seitens der USA. 1991 – erster Golfkrieg gegen den Irak. 1999 – Krieg gegen Jugoslawien. 2003 – zweiter Krieg gegen den Irak. 2011 – Krieg gegen Libyen. Unmittelbar danach der Krieg gegen Syrien. Und natürlich die koloniale Expansion in Palästina, d.h. der ununterbrochene Krieg gegen das palästinensische Volk.
All diese Kriege haben zweierlei gemeinsam: Erstens, sie werden auch ohne Zustimmung des Sicherheitsrates der UNO entfesselt, d.h. sie sind **völkerrechtswidrig.** Zweitens, sie haben als **Zielscheibe** immer Länder, die eine – mehr oder weniger gelungene – **antifeudale und antikoloniale Revolution** hinter sich haben. Jedenfalls bleiben Länder wie Saudi-Arabien und Katar ausgespart, die keine antifeudale und antikoloniale Revolution hinter sich haben, und die heute den »Islamischen Staat« finanzieren und unterstützen.

Wir können **zwei Schlussfolgerungen** ziehen: Erstens, die Barbarei des »Islamischen Staats« ist gleichzeitig und in erster Linie die Barbarei des westlichen Kolonialismus und Imperialismus. Zweitens, der Kampf zwischen Kolonialismus und Antikolonialismus, zwischen Imperialismus und Antiimperialismus spielt noch heute eine zentrale Rolle.

Der **Triumph des Westens im Kalten Krieg** wurde von Parolen begleitet, die da lauteten: Gescheitert ist nicht nur die Sache des Sozialismus, sondern auch die der dritten Welt. Endlich ist der Kolonialismus wieder da! **Sogar die Kategorie Imperialismus erlebte eine Rehabilitierung**. Der britische Historiker *Niall Ferguson* behauptet: Nach dem britischen Empire brauchen wir das amerikanische Empire. Die US-Amerikaner dürften keine Angst vor dem Wort Imperialismus haben, zumal schon die Gründerväter der USA erklärte und selbstbewusste Imperialisten waren.
Und in der Tat, auch die bürgerliche Presse hat anerkannt, dass z. B. der Krieg gegen **Libyen** im Jahr 2011 ein Kolonialkrieg war, und zwar ein grausamer kolonialer Krieg. Der in Paris lebende Philosoph und Schriftsteller Tzvetan Todorov erinnerte daran, dass der NATO-Krieg gegen Libyen mindestens 30.000 Menschen das Leben gekostet hat – geführt wurde er unter dem Vorwand, die Bevölkerung vor Muammar Al-Ghaddafi zu schützen.

Aggression gegen Syrien

Schon 2003 haben die US-amerikanischen Neokonservativen den »Regime-Change« in Syrien befürwortet und geplant. Man kann über Baschar Al-Assad urteilen, wie man will: Es bleibt Tatsache, dass ein Krieg, der fast ein Jahrzehnt im voraus und Tausende Kilometer entfernt programmiert worden ist, kein Bürgerkrieg, sondern in erster Linie ein imperialistischer Aggressionskrieg ist.

Die imperialistischen Ambitionen werden manchmal explizit und sogar stolz proklamiert. Bekanntlich sagte Präsident George W. **Bush** gerne, die USA seien die von Gott auserwählte Nation und hätten die Aufgabe, die Welt zu regieren. Nicht viel anders ist die Sprache seines Amtsnachfolgers Barack **Obama**, der vor kurzem das Dogma proklamiert oder besser bestätigt hat, wonach die USA die *»undispensable nation*«, die einzige unentbehrliche Nation in der Welt seien. Auserwählte Nation, unentbehrliche Nation. Damit sind wir bei der Definition Lenins vom Imperialismus: Der **Imperialismus** ist der Anspruch von wenigen, angeblich auserwählten Nationen oder Modellnationen, die sich selbst Souveränität zuschreiben, sie den andern Völkern aber absprechen.

Feindbild China

Angeführt von den USA versucht der westliche Imperialismus, die antikoloniale Weltrevolution des 20. Jahrhunderts in Frage zu stellen. Die neokolonialen Kriege, die 1989 angefangen haben, kündigen größere Kriege an. Die erste Zielscheibe ist China, d. h. das Land, das aus der größten antikolonialen Revolution der Geschichte entstanden ist. **Das Land, das auch die heutige Etappe der antikolonialen Revolution anführt**. Heute streben die Länder, die das politische Joch des Kolonialismus abgeschüttelt haben, danach, sich auch von der wirtschaftlichen und technologischen Abhängigkeit zu befreien; sonst würde ihre politische Unabhängigkeit nur formell bleiben. Lenin hat zwischen dem klassischen Kolonialismus – die politische Annektierung eines Landes – und dem Neokolonialismus – die wirtschaftliche Annektierung eines Landes – klar unterschieden. Auch wenn er nicht so heldenhaft erscheint, ist der **Kampf gegen die wirtschaftliche Annektierung** ein Bestandteil der weltweiten antikolonialen Revolution, die mit der Oktoberrevolution begonnen hat.

Der bereits erwähnte britische Historiker Niall Ferguson hat daran erinnert, dass am Anfang der Reformen in der Volksrepublik China viele US-Amerikaner die Hoffnung hegten, das große asiatische Land in eine Halbkolonie verwandeln zu können.
Das ist nicht gelungen, vielmehr ist heute klar: Diejenigen, die die antikoloniale Revolution des 20. Jahrhunderts in Frage stellen wollen, müssen unbedingt China ins Visier nehmen.

Feinbild Moskau

Die zweite Zielscheibe ist Russland, ein Land mit einer komplizierten Geschichte. Oft ist es eine imperialistische Macht gewesen, aber eine imperialistische Macht, die nicht selten nach einer Niederlage dem Risiko ausgesetzt war, eine Kolonie zu werden. Das war so nach dem Ersten Weltkrieg. In den 1940er Jahren wollte Hitler explizit in Osteuropa das germanische Indien aufbauen, d. h. Russland in eine Kolonie verwandeln – viele Historiker sind heute der Meinung, dass Hitlers Krieg im Osten der größte Kolonialkrieg der Weltgeschichte gewesen ist. Nach der Niederlage im Kalten Krieg lief schließlich Russland **Gefahr, eine Halbkolonie des Westens zu werden**: Die massiven **Privatisierungen** bedeuteten die Aneignung des Sozialreichtums nicht nur seitens der russischen Plutokratie, sondern auch seitens der westlichen Monopole. In der Ära von **Boris Jelzin** war es ihnen gelungen, den enormen russischen Reichtum an Energiequellen zu kontrollieren. Erst Präsident Wladimir **Putin hat alledem ein Ende gesetzt –** und er hat dafür den Hass des Westens auf sich gezogen.

Der Imperialismus ist zu allem bereit. Sergio Romano, ein bekannter Journalist, der in seiner diplomatischen Karriere erst Ständiger Vertreter Italiens bei der NATO und dann Botschafter in der Sowjetunion war, hat auf eine wichtige Charakteristik des **US-amerikanischen Wettrüstens** aufmerksam gemacht: Die Vereinigten Staaten streben seit langem danach, die Fähigkeit zu erreichen, dem Feind ungestraft den Erstschlag mit atomaren Waffen zuzufügen. Dem dient auch **das sogenannte Raketenabwehrsystem Washingtons**. Der Krieg, der droht, könnte auch die nukleare Schwelle überschreiten. Der **Kampf gegen die neokolonialen Kriege**, die schon im Gange sind, und gegen die wachsende Gefahr eines großen Krieges und damit der Kampf **gegen die NATO** sind **notwendiger und dringender denn je**.
Quelle: JungeWelt, 27. Januar 2016

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ
Aufruf zu Protesten gegen die NATO „Sicherheits"-Konferenz am Samstag, 13. Februar 2016 in München

Gegen Aufrüstung und Krieg – NATO abschaffen
No Justice - No Peace – Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden
Bleiberecht für alle Geflüchteten – Kein Mensch ist illegal

Bei der sogenannten Münchner Sicherheitskonferenz (SIKO) im Februar 2016 versammeln sich die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machteliten, vor allem aus NATO-Staaten, die Haupt-Verantwortlichen für das Flüchtlingselend, für Krieg, Armut und ökologische Katastrophen. Ihnen geht es nicht um Sicherheit für die Menschen auf dem Globus, sondern um die Aufrechterhaltung ihrer weltweiten Vorherrschaft.
Weltweit sind sechzig Millionen Menschen aus Kriegs- und Armutsregionen auf der Flucht, doch nur die wenigsten von ihnen erreichen Europa. Sie fliehen vor den Folgen einer ausbeuterischen Weltordnung, vor Krieg, Zerstörung, Not und Tod.

Solidarität mit allen Geflüchteten
Elend, Zerstörung und massenhafte Flucht sind die dramatischen Folgen der Politik des Westens. Die meisten Geflüchteten kommen aus den durch NATO-Interventionen ins Chaos gestürzten Ländern.

Die Kriege der NATO-Staaten – Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen – haben die Lebensgrundlagen der Menschen in diesen Ländern vernichtet und zum Erstarken des verbrecherischen IS geführt.

Konflikte und Bürgerkriege werden angeheizt und durch Waffenlieferungen befeuert.

Reaktionäre und autoritäre Staaten wie die Türkei, Saudi Arabien und Katar sind Bündnispartner des „Westens" und werden militärisch hochgerüstet.

NO to NATO
Bei den Kriegen der NATO-Staaten ging und geht es nicht um Verteidigung gegen einen Angriff anderer Staaten. Es geht um Regimewechsel, um die Kontrolle der Energieressourcen und um geostrategische Interessen. Kaum ein Land ist sicher vor „westlichen" Militärinterventionen, wenn es sich nicht bedingungslos den Spielregeln der imperialistischen Staaten unterwirft.
Nach dem Scheitern der NATO im Irak, in Afghanistan und Libyen wird Russland als Feindbild wiederbelebt und ein brandgefährlicher Konfrontationskurs in Gang gesetzt. Die NATO rückt bis an die Grenzen Russlands vor.

Gegen den NATO-Konfrontationskurs und militärische Aufrüstung
- gegen die Ausweitung der NATO-Militärstützpunkte in osteuropäischen Ländern, zusätzlich zu den rund 800 US-Stützpunkten weltweit,
- gegen die NATO-Raketenabwehr und den Einsatz von Killerdrohnen,
- gegen NATO-Truppenmanöver in der Ukraine und die militärische Aufrüstung Kiews,
- gegen die weitere Verschärfung des Konfliktes in Syrien – für eine politische Lösung,
- Abzug der in Deutschland stationierten US-Atomwaffen – Beendigung der Bundeswehr-Trainingsflüge für den Abwurf der Atomwaffen und Kündigung der Stationierungsverträge,
- Schluss mit militärischer Aufrüstung und allen Waffenexporten,
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Von deutschem Boden geht nicht Frieden sondern Krieg aus
Deutschland ist einer der weltweit größten Waffenexporteure.
Deutschland ist - unter Bruch der Verfassung – die militärische Drehscheibe für die US- und NATO-geführten Aggressionskriege: Über den US-Militärstützpunkt Ramstein werden Militärtransporte der US-Streitkräfte in den Mittleren Osten und nach Afrika abgewickelt und der Einsatz von Killerdrohnen gelenkt, durch die weltweit bereits Tausende Menschen ermordet wurden.
Diese Beihilfe und die Kriegsbeteiligung Deutschlands stehen im Widerspruch zum Friedensgebot des Grundgesetzes und zur Verpflichtung im deutschen Einigungsvertrag (Zwei-plus-Vier-Vertrag, Art. II), „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird."

TTIP, CETA, TISA dürfen nicht durchkommen
Mit diesen Investorenschutz-Abkommen werden soziale und demokratische Standards abgebaut, alle Lebensbereiche den Profitinteressen der transnationalen Konzerne ausgeliefert und immer größere Armut und weitere Fluchtgründe geschaffen.
Die globale Macht der großen Konzerne, ihre politischen Handlanger und die Kriegsallianz NATO sind eine Bedrohung für die gesamte Menschheit.
Sie zementieren eine Weltordnung, in der das reichste Prozent der Weltbevölkerung im Jahr 2016 mehr besitzen wird als die übrigen 99 Prozent zusammengenommen (OXFAM-Studie, 20. Jan. 2015). Mit ihrer am Profit orientierten Wirtschaftsordnung zerstören sie die Lebens- und Existenzgrundlagen der ganzen Menschheit.

Als Teil einer weltweit wachsenden Widerstandsbewegung treten wir ein für Frieden und Gerechtigkeit in einer Welt ohne Ausbeutung von Menschen und Zerstörung der Natur.
Wir erklären deshalb den auf der SIKO versammelten Machteliten: Ihr und eure Politik seid hier und überall auf der Welt unerwünscht.

Wir rufen auf zum Protest gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz am Samstag, 13. Februar 2016 in München
13:00 Uhr: Auftaktkundgebung - Stachus/Karlsplatz
13:45 Uhr: Umzingelung des Tagungsortes der NATO-Kriegs-Strategen: Demonstration und Protest-Kette
15:00 Uhr: Schlusskundgebung - Marienplatz

http://sicherheitskonferenz.de/de/Aufruf-SiKo-Proteste-2016
http://sicherheitskonferenz.de/node/6696
Attac Deutschland unterstützt den Aufruf



11.-14.Februar 2016 ***http://www.friedenskonferenz.info/ ;*** ***Programm***

WTO: Aus für die Doha-Entwicklungsrunde

Nick Beams: Die USA wollen keinen Multilateralismus

23. Dezember 2015

Die Doha-Runde wurde im Jahr 2001 mit viel Getöse als die „Entwicklungsrunde“ ins Leben gerufen. Seit zehn Jahren stockten die Verhandlungen aber schon. Das ändert jedoch nichts an der historischen Bedeutung der Entscheidung, sie ganz einzustellen. Diese Entscheidung bedeutet das Ende der multilateralen Abkommen, die für alle gelten. Stattdessen werden zweiseitige Abkommen zwischen einer Reihe von Ländern geschlossen, während andere ausgeschlossen bleiben.

(…) **Indien**, das sich am stärksten für ein Festhalten am Rahmenabkommen von Doha eingesetzt hatte, erklärte, ohne Namen zu nennen: *„Dass einige Mitglieder“* seine Fortführung verhindert haben, sei ein *„deutliches Abrücken vom fundamentalen Prinzip der WTO, Entscheidungen auf der Grundlage von Konsens zu treffen.“*

Die Abschlusserklärung der Verhandlungsrunde gab das Ableben von Doha mit leisen Tönen bekannt: Mitglieder haben *„unterschiedliche Ansichten darüber, wie die Verhandlungen ablaufen sollten.“* Einige wollten andere Themen diskutieren und identifizieren, *„andere wollen es nicht.“*

Die Entscheidung ist ein Ausdruck tieferer Prozesse. Eine Woche vor den Gesprächen in Nairobi schrieb der **amerikanische** handelspolitische **Chefunterhändler Michael Froman** in einem Kommentar in der Financial Times, die Doha-Runde habe keine Ergebnisse geliefert, daher sei es Zeit, dass sich die Welt von ihren „*Einengungen*“ befreit. Bilaterale Abkommen funktionierten; regionale Abkommen funktionierten; nur **Multilateralismus**, der Versuch, globale Abkommen zu erzielen, **sei *„gescheitert***.“

Diesen Zeilen lag eine eindeutige Agenda zugrunde, die Froman vor einem Jahr in einem Artikel in der November/Dezember-Ausgabe des führenden amerikanischen Außenpolitikmagazins Foreign Affairs klar und deutlich formuliert hatte.

Er wies darauf hin, dass das Welthandelssystem, das nach dem Krieg entstanden war und von amerikanischen Politikern maßgeblich beeinflusst wurde, fast 70 Jahre lang *„Arbeitsplätze an Amerikas Küsten und Frieden und Wohlstand in die ganze Welt gebracht hat.“*

Doch in den letzten Jahren gab es *„ tektonische Verschiebungen “* in der Weltwirtschaft, wegen denen sich diese Architektur ändern müsse. Daraus ergibt sich sofort die Frage: Warum?

Froman gibt folgende Antwort: *„Washington ist bei der Entwicklung seiner Handelspolitik mit beispiellosen Beschränkungen konfrontiert. Die Vereinigten Staaten haben keine so beherrschende Stellung in der Weltwirtschaft mehr wie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Daher müssen sie Handelskoalitionen aufbauen, die bereit sind, gemeinsame Positionen zu finden.“*

Die beiden wichtigsten Handelskoalitionen sind die zwölfköpfige Transpazifische Partnerschaft (**TPP**), die Anfang Oktober formell gegründet wurde, und die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (**TTIP**), die die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Europa abdeckt. Diese Abkommen weisen die Prinzipien des Multilateralismus zurück und bieten stattdessen nur denjenigen Nationen Zugeständnisse und verbesserten Zugang zu den amerikanischen Märkten an, die den Forderungen der USA schriftlich zustimmen. Wie Froman in seinem Foreign Affairs-Artikel deutlich machte, ist es das **Ziel dieser Abkommen**, die **USA zum Zentrum eines Netzes von Abkommen zu machen**, das ihnen uneingeschränkten Zugang zu fast zwei Dritteln der Weltwirtschaft gibt. (...)

https://www.wsws.org/de/articles/2015/12/23/pers-d23.html

OXFAM: Aus für Doha-Entwicklungsrunde in Nairobi besiegelt

Berlin, den 20.12.2015, PM : *„Das Aus der Entwicklungsrunde ist ein Schlag ins Gesicht für Millionen Menschen weltweit, die unter Armut und Hunger leiden“*, erklärt Marita Wiggerthale. *„Die EU und USA stellen die Interessen ihrer Agrarindustrie über das Menschenrecht auf Nahrung. Sie waren zu keiner Zeit in den letzten 14 Jahren dazu bereit, handelsverzerrende Agrarsubventionen real abzubauen und ihr Agrarsubventionssystem sozial und ökologisch zu gestalten.“* Vor dem Hintergrund ist es unerträglich, dass die EU und die USA den Entwicklungsländern nicht einmal die Möglichkeit einräumen, ihre Märkte gegen (subventionierte) Billigimporte zu schützen. (...)

- **Öffentliche Lagerhaltung:** Die bestehende Friedensklausel bleibt bestehen, solange eine permanente Lösung gefunden wird. *„Die indische Regierung kann weiterhin mit der öffentlichen Lagerhaltung die Bauern unterstützen und einen Beitrag zur Ernährungssicherung in ihrem Land leisten. Das ist gut so. Allerdings sollte eine permanente Lösung so bald wie möglich erreicht werden“*, fordert Wiggerthale.
- **Baumwolle:** Eventuell erhalten die Benin, Burkina Faso, Tschad und Benin im Rahmen von Präferenzabkommen einen leicht verbesserten Marktzugang zu den Märkten der Industrieländer. Bei der zentralen Frage der handelsverzerrenden Baumwollsubventionen wurde gar keine Regelung vereinbart. Die fehlende Abschaffung von handelsverzerrenden US-Baumwollsubventionen, die nicht WTO-konform sind, kostet den vier afrikanischen Ländern jährlich 80 Millionen Euro und Indien 800 Millionen Euro. *"Das Baumwollthema belegt die Unfähigkeit der WTO, zentrale Probleme der LDCs zu lösen und den reichen Ländern wirtschaftlich relevante Zugeständnisse abzuringen“*, erklärt Wiggerthale. Die Präferenzen der USA über den „African Growth and Opportunity Act“ (AGOA) brachten den vier afrikanischen Ländern im letzten Jahr nur Vorteile in Höhe von 264.000 US$.

Attac Deutschland: WTO bleibt ein Instrument reicher Staaten

22.12.2015

Attac kritisiert, dass die EU und die USA ihr in der Doha-Runde gegebenes Entwicklungsversprechen nie eingelöst und entwicklungsfreundliche Handelsregeln immer wieder blockiert haben. Bekräftigt wird dies nun darin, dass in der offiziellen Schlusserklärung der Konferenz auf die gegensätzlichen Positionen zwischen Industriestaaten und sogenannten „Entwicklungsländern“ verwiesen wird. Damit wurde das Ende der „Doha-Entwicklungsagenda“ eingeläutet. *„Den großen Industriestaaten, wie USA und den Ländern der EU, ging es in Wirklichkeit niemals um die Entwicklungsperspektiven der ärmeren Länder“*, so Roland Süß vom bundesweiten Koordinierungskreis von Attac Deutschland, der die Verhandlungen vor Ort begleitete. *„Es gibt und gab für ihre Forderungen, während der gesamten Verhandlungsrunde keine ernsthafte Bereitschaft zu Zugeständnissen. Auch die Vereinbarung zu den Exportsubventionen ist in der Praxis bedeutungslos, da sie schon seit Jahren nicht mehr angewendet werden.“*

Die WTO ist nicht handlungsfähig, wenn es um Entwicklungsperspektiven für ökonomisch schwächere Länder geht. Die EU und die USA haben in Nairobi deutlich gemacht, dass sie in Zukunft Themen wie Investitionen, öffentliche Beschaffung und Wettbewerb auch gegen den Willen und gegen die Interessen der Entwicklungsländer durchsetzen wollen. Entweder innerhalb oder außerhalb der WTO, wie dies schon bei dem Dienstleistungsabkommen **TiSA** geschieht. Diese Verhandlungen sollen zusätzlich zu Freihandelsverträgen wie TTIP, CETA und Co die neoliberale Agenda ungerechter Welthandelspolitik fortzusetzen.

Attac fordert einen grundlegenden Wandel hin zu einer internationalen Handelspolitik, die Kooperation statt Konkurrenz in den Mittelpunkt stellt. Ziel dürfen nicht neue Absatzmärkte für große Konzerne sein, sondern eine Regulierung der Wirtschaft im Interesse von Mensch und Natur. Die Konferenz von Nairobi hat deutlich gemacht, dass diese WTO nicht der richtige Ort für eine gerechte Handelspolitik ist.

Martin Khor, Exekutivdirektor des South Centre in Genf

Chinesische Finanzierungsfonds für Klima und Entwicklung Megaschub für Süd-Süd-Kooperation

9.November 2015

Mit zwei neuen Fonds für Klima und Entwicklung in Höhe von insgesamt **5,1 Mrd. Dollar** gibt China der Süd-Süd-Zusammenarbeit einen Mega-Schub. Ein Chinesischer Süd-Süd-Fonds der Klimazusammenarbeit soll 3,1 Mrd. Dollar bereitstellen, um den Entwicklungsländern bei der Bewältigung des Klimawandels zu helfen. Und nach dem SDG-Gipfel der UNO kündigte der chinesische Staatspräsident und Chef der Kommunistischen Partei Chinas, Xi Jinping, an, China würde einen weiteren Fonds der Süd-Süd-Kooperation mit einem anfänglichen Umfang von 2 Mrd. Dollar ins Leben rufen, um die Entwicklungsländer bei der Umsetzung der Post-2015-Entwicklungsagenda zu unterstützen.

Der schiere Umfang der Zusagen gibt dem chinesischen Beitrag ein großes politisches Gewicht und lässt Xis Initiativen wie einen „game changer“ der internationalen Beziehungen erscheinen. Es ist bezeichnend, dass Xi den Rahmen der Süd-Süd-Kooperation als Basis für die beiden Fonds nutzt.

Süd-Süd- versus Nord- Süd-Kooperation?

Das internationale System kennt zwei Formen der Entwicklungskooperation: die Nord-Süd- und die Süd-Süd-Zusammenarbeit.

Die **Nord-Süd-Zusammenarbeit** hat zur Grundlage die Verpflichtung der Industrieländer zur Unterstützung der Entwicklungsländer, denn erstere verfügen über mehr Ressourcen und haben von der Ausbeutung der früheren Kolonien profitiert. Und in der Tat haben sich die Industrieländer verpflichtet, 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) als Entwicklungshilfe bereit zu stellen, ein Ziel, das leider nur von einer Handvoll von Ländern erfüllt wurde.

Die **Süd-Süd-Zusammenarbeit** basiert auf Solidarität und gegenseitigem Vorteil zwischen Entwicklungsländern auf gleicher Augenhöhe und findet freiwillig statt, da es zwischen ihnen keine Kolonialgeschichte gibt. Dies ist die Position der Entwicklungsländer und ihrer Dachorganisation, der Gruppe der G77 und China.

Als Xi eine Süd-Süd-Diskussion am runden Tisch während des UN-Gipfels leitete, beschrieb er die Süd-Süd- Kooperation als *„eine große Pionierleistung, die die Entwicklungsländer zur Selbsthilfe zusammenbringt und die gekennzeichnet ist durch Gleichheit, gegenseitiges Vertrauen, gegenseitigen Vorteil, Win-Win- Ergebnisse, Solidarität und wechselseitige Hilfe“;* sie könne den Entwicklungsländern helfen, einen neuen Weg zur gemeinsamen Entwicklung (development and prosperity) zu bahnen. *„In dem Maße wie die Position der Entwicklungsländer an Stärke gewinnt, wird die Süd- Süd-Kooperation eine wachsende Rolle für ihren kollektiven Aufstieg spielen.“*

In den letzten Jahren haben die westlichen Länder ihre Entwicklungshilfe-Verpflichtungen reduziert und versucht, den Unterschied Nord-Süd zu verwässern. Sie haben große Entwicklungsländer wie China und Indien gedrängt, genauso wie sie selber Entwicklungshilfe im Rahmen der OECD, dem Klub der Reichen, zur Verfügung zu stellen. Doch die Entwicklungsländer hielten an ihrer politischen Position fest: Die Industrieländer tragen die Verantwortung für die passende Hilfe an arme Länder und sollten diese nicht auf andere Entwicklungsländer abschieben.

Süd-Süd-Kooperation

Die Entwicklungsländer wollen dennoch sich gegenseitig durch das Instrument der Süd-Süd-Kooperation unterstützen. Daraufhin haben einige Industrieländer immer mehr vage angedroht, ihrer Hilfeverpflichtungen für den Fall zu verringern, dass einige Entwicklungsländer nicht ebenfalls ihren Anteil aufbringen. Die Süd-Süd-Kooperation ist ihnen in diesem Zusammenhang schlicht zu vage und zu gering. Eben dieser Eindruck wird durch die beiden chinesischen Zusagen korrigiert. Beide sind auch für sich genommen interessant. Es fällt auf, dass die chinesische Klimahilfe in Höhe von 3,1 Mrd. Dollar die von den USA zugesagten (aber noch nicht eingelösten) Beiträge von 3 Mrd. Dollar für den Grünen Klimafonds (GCF) unter der UN-Klimakonvention übertrifft.

Viele große Entwicklungsländer wurden **unter Druck gesetzt**, Beiträge zum GCF zu leisten. Sie haben jedoch zurecht argumentiert, dass die Einrichtung des GCF dazu dient, dass die Industrieländer ihrer historischen Verantwortung zur Unterstützung der Entwicklungsländer nachkommen können. Die Entwicklungsländer können entscheiden, sich gegenseitig über das Instrument der Süd-Süd-Kooperation zu helfen. Genau diesen Süd-Süd-Weg hat China jetzt mit der Ankündigung seines eigenen Süd-Süd-Klimafonds eingeschlagen, mit einer unerwartet hohen Summe von 3,1 Mrd. Dollar. Das ist mehr als irgendein Industrieland für den GCF zugesagt hat. Noch letztes Jahr hatte China einen ähnlichen Fonds mit nur 20 Mio. Dollar angekündigt. Mit dem jetzigen Umfang hat der Chinesische Klimafonds das Potential zur Förderung vieler wichtiger Programme zur Anpassung an die Klimaveränderungen, zur Verringerung deren Folgen und zur Schaffung von Institutionen.

Auch der andere von Xi angekündigte Fonds mit 2 Mrd. Dollar stärkt das Instrument der Süd-Süd-Kooperation, und zwar zur Umsetzung der gerade verabschiedeten UN-Entwicklungsagenda. Das Kernstück der Agenda sind die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs). Xi erwähnte Armutsreduzierung, Landwirtschaft, Gesundheit und Bildung als einige Bereiche, die der Fonds abdecken könnte.

Der neue Fonds hat das Potential, Entwicklungsländern sich gegenseitig bei der Nutzung von entwicklungspolitischen Erfahrungen und Praktiken zu helfen und so den eigenen Fortschritt zu beschleunigen.

Xi kündigte auch die Errichtung einer Akademie für Süd-Süd-Kooperation und Entwicklung an, um für die Entwicklungsländer Studien und Austausch über Theorie und Praxis der Entwicklung zu fördern, mit Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Bedingungen.

Es ist eine große Chance zu zeigen, ob die Süd-Süd-Kooperation einen vergleichbar positiven Beitrag wie die Nord-Süd-Hilfe leistet. Schließlich soll die Süd-Süd-Kooperation die Nord-Süd-Kooperation ergänzen und nicht ersetzen.

Die Süd-Süd-Kooperation hat selbstverständlich nicht die Hilfe als einzige Dimension. Sie hat auch eine herausragende Bedeutung in den Bereichen Handel, Investitionen und Finanzierung sowie im sozialen Sektor. Die regionalen **Handelsabkommen** wie ASEAN, wie in Ostasien und in Teilregionen Afrikas und Lateinamerikas, wie auch die Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen den drei Kontinenten des Südens haben in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen. In letzter Zeit haben die Gründung der **BRICS-Bank**, der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (**AIIB**) und der Beginn des chinesischen **Seidenstraßen-Projekts** („One Belt One Road“) Aufsehen erregt. Alle enthalten Elemente der Süd-Süd-Kooperation.

Die Süd-Süd-Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hilfe ist dennoch symbolisch und praktisch von großer Bedeutung, da es dabei um die Unterstützung der armen Völker und Länder und deren stark verwundbaren, zerbrechlichen Umwelt geht, also auch um die Krise der Biodiversität und des Klimas.

Es ist zu hoffen, dass die beiden neuen Fonds von China der Süd-Süd-Kooperation und der Solidarität unter den Menschen den erforderlichen Schub geben.

Quelle: The Star, 9. November 2015
Übersetzung: coorditrad
Weitere Artikel von Martin Khor: http://blog.southcentre.int/category/martin-khor/

TTIP Strategie- und Aktionskonferenz, 26./27. Februar 2016

Campus Center Moritzstr. 18, 34125, Kassel



Programm der Konferenz

(vorläufige Angaben)

Es wird um eine Anmeldung zur Konferenz bis zum 15.02.2016 gebeten. Weitere Infos: http://ttip-aktionskonferenz.de/

Auftaktpodium

Freitag, 26. Februar 2016, 13.00 Uhr

3 Jahre Bewegung gegen TTIP & CETA: Was hat uns stark gemacht, was haben wir erreicht, und warum haben wir es erreicht? Mit Pia Eberhardt (CEO), Petra Pinzler (Zeit), Stefan Körzell (DGB), John Hilary (War on Want), Georg Janssen (AbL), Margot Rieger(Stopp TTIP Berchtesgadener Land/Traunstein) und Ernst-Christoph Stolper (BUND).

Workshops

- zu allen inhaltlichen Themen von TTIP, CETA & Co,
- um die unterschiedlichen Akteure und ihre Perspektiven zu beleuchten,
- zur Entwicklung von Aktivitäten und zu strategischer Planung.

Aktions-Austausch

Strategiepodium

Samstag, 27. Februar 2016, 9.00 Uhr

Es ist an uns, TTIP&CETA jetzt zu stoppen! Mit Cécile Toubeau (T&E) aus Brüssel, Maritta Strasser (Campact), Martina Römmelt-Fella (KMU gegen TTIP), Olaf Zimmermann (Deutscher Kulturrat) und Jürgen Maier (Forum Umwelt und Entwicklung).

Abschlusspodium

Samstag, 27. Februar 2016; 13.45 Uhr

Mit Melinda St. Louis (Public Citizen) aus den USA, Peter Fuchs (PowerShift), Sven Hilbig (Brot für die Welt) und Mónica Vargas (TNI/Anti-TTIP Kampagne Catalunya) aus Barcelona.

Attac Österreich zur TTIP-Studie von Lobbycontrol

Regulatorische Zusammenarbeit ermöglicht Konzernen den Angriff auf Demokratie und Gemeinwohl

Die sogenannte regulatorische Zusammenarbeit im Rahmen des geplanten US-EU-Handelsabkommen TTIP soll Gesetze auf beiden Seiten des Atlantiks miteinander in Übereinstimmung bringen. Dies hat Kritik hervorgerufen, derzufolge das Abkommen Angriffe auf Umweltschutz, Arbeitsschutz und Gesetze zum Schutz der Gesundheit und Nahrungsmittelsicherheit führen wird, um nur einige bedrohte Bereiche zu nennen.
Eine neue Studie zeigt, dass Verfahren der regulatorischen Zusammenarbeit bereits in der Vergangenheit genutzt wurden, um Rechtsetzung im öffentlichen Interesse zu verzögern, zu verwässern und ganz zu verhindern. Damit bestätigt die Studie die Einwände der TTIP-Kritiker.

Beispiele belegen Gefahr, die von regulatorischer Zusammenarbeit ausgehen

In der Studie werden die Ursprünge und Auswirkungen der TTIP-Vorschläge für "regulatorische Zusammenarbeit" gezeigt, dass der gesamte Prozess von Anbeginn von der Konzernlobby dominiert wurde.
In der Studie herausgestellte Beispiele sind die Verwässerung des EU-Vorhabens zur Regulierung von giftigem Elektroschrott, der Mangel an Aufsicht über den Versicherungsriesen AIG im Vorfeld der Finanzkrise 2008, der US-Unternehmen mit dem Safe-Harbor-Abkommen ausgestellte Freifahrtschein, der ihnen die Umgehung von Datenschutzbestimmungen ermöglichte, und die Verzögerungen und Abschwächungen von Regulierungsvorhaben bei Tierversuchen, klimaschädlichen Substanzen und Luftfahrtemissionen.

TTIP-Verhandlungen sind Ausdruck transatlantischer Konzernagenda

Die TTIP-Verhandlungen begannen offiziell 2013, doch Vorbereitungen für das Abkommen liefen bereits über mehrere Jahrzehnte, größtenteils im Verborgenen und mit privilegiertem Zugang für Vertreter von Großunternehmen. Sie decken ein weites Spektrum von Politikbereichen ab, von Chemikalienrichtlinien über Arbeitsmarktpolitik und Datenschutz bis hin zur Landwirtschaft, und stehen deshalb im Zentrum aktueller Lobby-Bemühungen in Brüssel.
Dabei spielt der sogenannte Transatlantic Business Dialogue (TABD) eine besonders fragwürdige Rolle. Die 1995 auf Initiative des US-Handelsministeriums (USTR) und der EU-Kommission ins Leben gerufene Lobbyplattform bringt Manager transnationaler Unternehmen mit US- und EU-Handelsbürokraten zusammen und kann als zentraler Akteur für die Vorbereitung der TTIP-Verhandlungen gelten.

TTIP würde regulatorische Kooperation festschreiben

Zentral für transnationale Unternehmen war und ist die Verankerung von Harmonisierungsprozessen im TTIP-Abkommen zur Schaffung eines transatlantischen Marktes ohne Handelsbarrieren. Die von der EU-Kommission bevorzugte Herangehensweise zur Harmonisierung von Standards ist dabei genau die Art "regulatorischer Zusammenarbeit", die bereits zur Absenkung von Standards geführt hat. Sie zielt darauf, bestehende "regulatorische Handelsbarrieren" (d. h. Unterschiede bei der Regulierung) abzubauen und neue Maßnahmen zu verhindern. Regulierung im öffentlichen Interesse würde demzufolge langwierige, zwangsweise vorgeschriebene Prozeduren durchlaufen müssen, in denen Unternehmen das Recht hätten, Maßnahmen im Hinblick auf mögliche Auswirkungen auf den Handel zu überprüfen.

Hoffnung liegt auf kritischen Parlamenten und Bürger/innen

TTIP soll die regulatorische Zusammenarbeit endgültig institutionell verankern. Unternehmenslobbyisten würden damit Mitverfasser von Gesetzen, die Rechte von Parlamenten und Bürger/innen beschnitten.
Wir dürfen nicht zulassen, dass die Demokratie auf diese Weise noch weiter ausgehöhlt wird. Unsere Hoffnung liegt dabei auf einer kritischen Haltung des EU-Parlaments und der Mitgliedstaaten. Und vor allem auf der Kritik von Bürgerinnen und Bürgern. Gemeinsam bleiben wir wachsam und werden den Ausverkauf der Demokratie verhindern.

Kampagne von attac Österreich gegen TTIP, CETA und Co.

DGB-Video: Nutzen die EU-Programme "Better Regulation" und "REFIT" allen - oder nur der Wirtschaft? ; Europäischer Gewerkschaftsbund zu 'Better Regulation'

CETA:

Verkaufte Demokratie: Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen, 20-seitige Broschüre von CEO,
Am 13.Mai 2016 auf der Tagesordnung des „FOREIGN AFFAIRS COUNCIL-TRADE" der EU: „Council Decision on signature and provisional application of the EU-Canada Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA)" Quelle: http://data.consilium.europa.eu, 15548/15, Seite 17

TiSA:

https://blog.campact.de/2015/11/tisa-ist-gefaehrlicher-als-ttip-und-ceta-und-dennoch-unbekannt/

Am 1.Februar debattiert das Plenum des Europäischen Parlaments den Bericht "Empfehlungen an die Kommission zu den Verhandlungen über das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA)". Die Abstimmung darüber soll am 3.Februar stattfinden. Weitere Infos hier

Konzerne fordern „Schadensersatz“ vor Schiedsgerichten

Umweltinstitut München
15.000.000.000$-Klage gegen Klimaschutz



Der Abbau von Teersanden hinterlässt zerstörte Landschaften.

(7.1.2016) Am 6. November 2015 gab **US-Präsident Obama** bekannt, dass er **keine Erlaubnis für eine große Pipeline aus Kanada durch die USA** geben wird**. Nun klagt der kanadische Konzern TransCanada** auf der Basis des Investitionsschutzkapitels von NAFTA **auf 15 Milliarden Dollar Schadensersatz.**

Das "**Keystone XL**" genannte Projekt sollte **Öl aus Teersanden** aus dem kanadischen Bundesstaat Alberta zu den Raffinerien im Süden der USA bringen. **Umweltorganisationen und Anwohner/-innen** kämpften sieben Jahre gegen die Pipeline: Teersande sind einer der klimaschädlichsten Energieträger überhaupt, beim Abbau werden ganze Regionen zerstört und die Pipeline wäre ein Risiko für die Regionen, durch die sie verläuft. Einen Monat vor der Klimakonferenz in Paris stellte sich Präsident Obama auf die Seite der Umwelt und verkündete, dass es keine Genehmigung für die Pipeline geben wird.

Genau diese Entscheidung wirft TransCanada der US-Regierung nun vor. Am 6. Januar 2016 ging der Konzern den ersten Schritt auf dem Weg zu einem **Schiedsverfahren nach dem Investitionsschutzkapitel des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA**. Obama, so schreibt TransCanada, habe die Entscheidung auf einer rein politischen Basis getroffen und weil er unter Druck durch Umweltorganisationen stand: "Die Genehmigung wurde auf der Basis von politischen Überlegungen abgelehnt, nicht wegen der Inhalte des Antrags." und diese "politische Ablehnung des Antrags war (...) willkürlich, diskriminierend und enteignend". **Für diese "Enteignung" möchte der Konzern nun 15 Milliarden Dollar Schadensersatz.**

Ein Fall mit großer Bedeutung

Bisher haben die USA keinen einzigen Investitionsstreit innerhalb von NAFTA verloren. Doch das muss nicht immer so bleiben: In der US-Presse werden Experten zitiert, die der Klage von TransCanada durchaus eine Chance geben.

Keystone war in den USA ein hochumstrittenes Thema. Der Fall könnte eine kritische Debatte über den Investitionsschutz mit Schiedsgerichten in Handelsabkommen in den USA auslösen. In vielen Ländern haben spektakuläre Investitionsschutzfälle eine kritische Debatte entzündet, so wie z.B. in Deutschland die Klage der schwedischen Firma Vattenfall wegen des Atomausstiegs oder in Rumänien die Klage eines kanadischen Bergbaukonzerns gegen die Ablehnung einer riesigen Goldmine.

Ähnliche Mechanismen wie in NAFTA sind auch in den Handelsabkommen TPP zwischen einigen amerikanischen und asiatischen Staaten und TTIP zwischen der EU und den USA geplant. Auch das europäisch-kanadische Abkommen CETA gibt Unternehmen aus Kanada die Möglichkeit, die EU und ihre Mitgliedsstaaten zu verklagen, wenn Änderungen in der Politik Investitionen verhindern oder im Wert mindern. Der Fall Keystone zeigt: Die kanadische Bergbauindustrie wird das nutzen, um gegen Umweltschutz zu kämpfen.

Quelle: Umweltinstitut München

Kerstin Sack
Ecuador von Schiedsgericht zu 1,1 Mrd. US-Dollar Strafzahlung verurteilt

Das Schiedsgericht der Weltbank hat der **Klage des US-amerikanischen Ölkonzerns Occidental Petroleum (Oxy) gegen Ecuador** wegen Verstoßes gegen das bilaterale Investitionsabkommen mit den USA teilweise stattgegeben. Zwar anerkannte das Gericht, dass Oxy gegen ecuadorianische Gesetze verstoßen habe, geht aber davon aus, dass die Firma durch den Staat benachteiligt wurde.

Die jetzige Höhe der Strafzahlung von 1,1 Milliarden Dollar entspricht 60 Prozent des von Oxy geforderten Betrags. Dazu kommen noch die Verfahrenskosten und Zinsen. Der Konzern hatte das südamerikanische Land vor dem **Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID)** verklagt. Im Jahr 2006 hatte Ecuador wegen der illegalen Veräußerung von Aktien den Vertrag mit Oxy gekündigt und dessen Ölförderanlagen im Amazonasgebiet verstaatlicht. Darin sieht der Konzern die Verletzung des bilateralen Investitionsschutzabkommens.

Fander Falconi, Ökonom und ehemaliger Außenminister Ecuadors, vertrat in einem Kommentar die Meinung, dass das Schiedsgericht einseitig die Interessen der transnationalen Konzerne und nicht die Interessen der Staaten unterstütze und entsprechend urteile. **Ein Widerspruch gegen das jetzt gefällte Urteil ist ausgeschlossen**. Falconi erläuterte, dass eine Revision auch dann nicht möglich ist, wenn die Kläger falsche oder unvollständige Angaben oder Fehler bei der Klageerhebung gemacht haben. Der Erdölexperte August Tandazo erklärte, dass Oxy mit dem Urteil dann auch das Recht hätte, Fördergebiete im Yasuní Nationalpark zu beanspruchen. Im Rahmen von Gesetzesänderungen in Ecuador war Oxy die Lizenz entzogen worden. Die Regierung solle prüfen, ob die Entscheidung des Schiedsgerichtes nicht gegen ecuadorianische Gesetze verstößt.

Der Präsident Ecuadors, Rafael Correa, bezeichnete das Urteil als **Angriff auf die Souveränität des Landes**. Darüber hinaus entspreche die geforderte Summe 3,3 Prozent des geplanten Staatshaushaltes für 2016. *"Eine Milliarde Dollar bedeutet 200 Schulzentren, die auf den Altaren des internationalen Kapitals geopfert werden"*, sagte Correa weiter. Ecuador bemühe sich um eine Verhandlungslösung mit Oxy.

Das südamerikanische Land kämpft schon seit längerer Zeit gegen die internationalen Schiedsgerichte. Weitere Klagen gegen Ecuador wegen Verstoß gegen Investitionsschutzverträge liegen noch zur Entscheidung vor. Diese Verträge waren von den neoliberalen Vorgängerregierungen abgeschlossen worden. **Die jetzige Regierung ist im Jahr 2009 aus dem Schiedsgericht ausgetreten und strebt ein lateinamerikanisches Gericht mit anderen Rechtsgrundlagen an.** (…)

Quelle: Amerika21

Peter Wahl

Die Finanztransaktionssteuer kommt:

Totgesagte leben länger

Am 8. Dezember 2015 haben sich die Finanzminister von zehn EU-Mitgliedsstaaten nach langen, zähen Verhandlungen auf das Design einer Finanztransaktionssteuer geeinigt. (W&E 11-12/Nov-Dez, www.welt-wirtschaft-und-entwicklung.org)

Während dpa, SPIEGEL, ZEIT und andere „Qualitätsmedien“ nach der Brüsseler Tagung das Scheitern oder zumindest das vorläufige Scheitern der Finanztransaktionssteuer (FTS) verkündeten, schrieben Reuters oder die New York Times von Erfolg, oder – wie die Huffington Post – sogar von Durchbruch. Ein Aufschrei kam von der deutschen Wirtschaft. Eine Erklärung, deren Unterzeichnerliste sich wie das Who is Who der Lobby des deutschen Kapitalismus liest, fordert den Stopp der FTS.

Mehr Licht als Schatten

Tatsache ist: Nach 29 Sitzungen auf Arbeitsebene und neun Ministertagungen haben sich **Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Österreich, Belgien, Portugal, Griechenland, Slowakei und Slowenien** auf das Design der Steuer geeinigt. Und zwar einmütig, wie ein vertraulicher Bericht von der Sitzung belegt. Estland, das ursprünglich beteiligt war, ist ausgestiegen. In der Sache ist das nicht von Belang. Für die „Koalition der Willigen“, die die EU-Regeln der Enhanced Cooperation Procedure (ECP) vorsehen, genügen neun Länder. Estland, mit nicht ganz soviel Einwohnern wie München, verfügt über keine einzige eigene Bank. Das Finanzsystem ist komplett in ausländischer Hand. Vor allem Banken aus Schweden, Finnland und Russland bestimmen das Bild. Angesichts dessen hat die Regierung in Tallinn jetzt kalte Füße bekommen, zumal sie selbst stramm neoliberal ist.

Es gibt weltweit rund 40 Länder, die eine Variante der Finanztransaktionssteuer haben. Die jetzt verhandelte FTS wird die avancierteste Version sein.

So hat sie z.B. die breiteste Steuerbasis, nämlich **Aktien und Derivate**. Obgleich Paris vor einem Jahr noch versucht hatte, alle Derivate herauszuschießen, gibt es jetzt nur noch eine Ausnahme, nämlich bei Produkten, die sich direkt auf Staatsanleihen beziehen.

Besteuert werden auch Käufer und Verkäufer, d.h. bei jeder Transaktion wird die Steuer doppelt fällig. Wenn einer der Handelspartner nicht aus dem Geltungsbereich der zehn Teilnehmerländer kommt, muss der andere dessen Anteil übernehmen.

Erhoben wird die FTS **auf jede Transaktion,** d.h. nicht erst auf den Netto-Betrag bei Geschäftsschluss, wie es ebenfalls Frankreich gefordert hatte. Das trifft vor allem den Hochfrequenzhandel. Hier dürfte die FTS einen reellen regulatorischen Effekt erzielen.

Ausgesprochen positiv ist auch, dass **Maßnahmen gegen legale Steuerhinterziehung** vorgesehen sind. So sollen Produkte auch nach dem Ausgabeprinzip besteuert werden können. D. h. wenn die Deutsche Bank jetzt ihren Handel nach London auslagert, nützt das nichts. Aktien und Derivate, die in den zehn Ländern ausgegeben wurden, werden dennoch besteuert. London hat deshalb schon gedroht, vor Gericht zu ziehen. Allerdings funktioniert die Britische Stamp Duty, eine Steuer auf den Kauf von britischen Aktien, genauso.

Risiko weiterer Verwässerung

Auf der Schattenseite steht, dass bei der Steuerbasis von vorne herein **Devisentransaktionen ausgeschlossen** wurden. Durchgesetzt haben sich auch die Krisenländer mit einer Ausnahme für Staatsanleihen, und auch bei Market Making darf sich jener Teil der Branche über Steuerfreiheit freuen, der keinen Eigenhandel betreibt.

Offen ist noch der Steuersatz, wo natürlich Konfliktsoff lauert und das Risiko einer weiteren Verwässerung besteht. Vor allem die regierenden Sozialisten in Paris wollen ihrer Finanzindustrie nicht weh tun. Die Kommission ist jetzt beauftragt drei Szenarien für den Steuersatz auszuarbeiten.

Auch der **Umgang mit Pensionsfonds muss noch geklärt werden**. Hier könnte auch die Bundesregierung möglicherweise versuchen, im Interesse ihrer missratenen Riester- Rente eine Ausnahmeregelung anzustreben.

Aber nach der zurückliegenden Ochsentour, in letzter Zeit auch von der Häme Londons und zahlreicher Medien begleitet, ist die jüngste ECOFIN Tagung ein klares Signal, dass man das Projekt jetzt entschlossen zu Ende führen will. Neue Deadline für eine Endfassung ist Sommer nächsten Jahres. Danach muss allerdings noch die Ratifizierung in den nationalen Parlamenten durchlaufen werden.

Die FTS ist das dritte Projekt, das per ECP durchgeführt wurde. In den beiden anderen Fällen ging es um Familien- und Scheidungsrecht sowie um Patentrecht. Über das Familienrecht wurde fünf Jahre verhandelt, über das Patenrecht zehn Jahre. Insofern sind die drei Jahre Verhandlungen nicht einmal so schlecht, zumal sich die Steuer in der Sache direkt mit dem Zentrum unserer gesellschaftlichen Verhältnisse anlegt, dem Finanzkapitalismus.

Finanzkapitalismus herausgefordert

Die FTS ist von Anfang an aufs heftigste bekämpft worden. Nobelpreisträger Mundell nannte sie gar „eine idiotische Idee“. Aus Sicht von Marktgläubigen ist das durchaus konsistent. Die FTS greift, anders als Einkommens- oder Gewinnsteuern, direkt in das Marktgeschehen ein. Da sträubt sich dem Neoklassiker das Haar. Deshalb hatte auch der IWF 2010 in einer Studie, in der er Optionen prüfte, den Finanzsektor an der Krisenfinanzierung zu beteiligen, zwar die Machbarkeit der FTS anerkannt, aber dann doch eine End-of-Pipe Steuer vorgeschlagen, die sog. Financial Activities Tax, die Einkommen und Gewinne von Banken und Bankern belastet. Demgegenüber ist die FTS insofern ein Präzedenzfall, als ihre **Logik die des direkten staatlichen Markteingriffs ist, statt der „Freiheit“ des Marktes**. Dass die Steuer es überhaupt so weit geschafft hat, ist der Finanzkrise zu verdanken. Als im Herbst 2011 die EU-Kommission eine 180-Grad-Wende vollzog und sich für die Steuer aussprach, stand sie noch unter dem Schock des Crashs sowie des ersten Griechenland Rettungspakets. Damals sah es so aus, als könnte ihr die EU um die Ohren fliegen. Unter diesen Bedingungen konnte der singuläre Fall eines emanzipatorischen Projekts in der ansonsten bis auf die Knochen neo-liberalen EU starten. Wenn man sieht, wie kläglich die großspurig angekündigten Finanzmarktreformen ausgefallen sind, und wie mit der geplanten Kapitalmarktunion schon wieder die Konterreform am Marschieren ist, muss das Ergebnis vom 8. Dezember umso bemerkenswerter erscheinen.

Europapolitischer Modellfall

Auch europapolitisch hat die FTS exemplarischen Charakter, weil sie nur dank der ECP möglich wurde. Emanzipatorische Politik sollte sich von zentralistischen, für alle gültigen Regelungen verabschieden. In der Steuerpolitik wie in der Flüchtlingspolitik, wie auf vielen anderen Politikfeldern. Flexibilisierung, Dezentralisierung, Subsidiarität, Koalitionen der Willigen oder, wie es im Jargon heißt, „variabler Geometrie“ gehören die Zukunft. Die ECP sollte dazu von den Restriktionen befreit werden, mit denen sie noch behaftet ist. Es ist Zeit für den Abschied vom Traum der politischen Union, dem europäischen Großstaat, den „Vereinigten Staaten von Europa“. Mit Emanzipation hätte ein solches Monster sowieso nichts zu tun.

http://www.steuer-gegen-armut.org
Dieser Zusammenschluss von 99 Mitgliedsorganisationen fordert die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Aus den Einnahmen sollen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und zum Umweltschutz finanziert werden.

Oxfam

62 Superreiche besitzen so viel wie die Hälfte der Weltbevölkerung

Ein Prozent der Weltbevölkerung hat mehr Vermögen als der Rest der Welt zusammen. **Nur 62 Menschen besitzen genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.** Die weltweite soziale Ungleichheit hat einen neuen Höchststand erreicht.

Ein Grund ist die **unzureichende Besteuerung** von großen Vermögen und Kapitalgewinnen sowie die Steuervermeidung von Unternehmen und reichen Einzelpersonen durch ein System von Steueroasen, das **vor allem den Reichen zugutekommt und die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft**.
Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst noch schneller als erwartet: Vor einem Jahr prognostizierte Oxfam, im Jahr 2016 werde das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr besitzen als die restlichen 99 Prozent zusammen. Tatsächlich wurde diese Schwelle bereits 2015 erreicht. Dies geht aus dem Bericht **„An Economy for the 1%“** (1) hervor, den Oxfam im Vorfeld des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos veröffentlicht. Dem Bericht zufolge droht soziale Ungleichheit die Fortschritte bei der Armutsbekämpfung zunichte zu machen.
Investitionen von Unternehmen in Steuerparadiesen haben sich zwischen 2000 und 2014 vervierfacht. Neun von zehn weltweit agierenden Konzernen haben mindestens eine Tochterfirma in Steueroasen. Durch die Steuervermeidung von Unternehmen gehen Entwicklungsländern **jährlich mindestens 100 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen verloren**. Reiche Einzelpersonen halten in Steueroasen rund 7,6 Billionen US-Dollar versteckt – unversteuert.
Durch das globale Steuervermeidungssystem werden den Bürger/innen in armen Ländern die notwendigen Gelder vorenthalten, die zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit dringend benötigt werden, insbesondere Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherung. Alleine die afrikanischen Staaten kostet es jährlich rund 14 Milliarden US-Dollar, dass reiche Einzelpersonen ihr Vermögen in Steueroasen verschieben. Mit dem Geld ließe sich in Afrika flächendeckend die Gesundheitsversorgung für Mütter und Kinder sicherstellen, was pro Jahr rund vier Millionen Kindern das Leben retten würde.
Auch in reichen Ländern fehlen dringend benötigte Ressourcen zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaats und der öffentlichen Infrastruktur, von der auch große Unternehmen abhängig sind.

Wir fordern dagegen ein Wirtschafts- und Finanzsystem, von dem alle profitieren: **Wer soziale Ungleichheit und Armut bekämpfen will, muss Steuergerechtigkeit schaffen und Steueroasen trockenlegen.**
Konzerne dürfen sich nicht länger aus ihrer Verantwortung stehlen. Sie müssen ihre Gewinne dort versteuern, wo sie sie erwirtschaften.
Die Politik muss die Anliegen der Bevölkerungsmehrheit über die Interessen der Superreichen stellen. Sie muss die Steueroasen trockenlegen.

Fordern Sie die Bundesregierung auf, dem Übel der Steueroasen ein Ende zu setzen: Petition https://act.oxfam.org/deutschland/steueroasen-trockenlegen

(1) www.oxfam.de Deutsche Zusammenfassung der Studie, 6 Seiten Die Langfassung der Studie auf Englisch

Quellen: Text der Unterschriftenaktion und Meldung vom 18.1.2016

Verdi – Wirtschaftspolitik aktuell

EU: Steueroasen für Konzerne

Wirtschaftspolitik aktuell 18/2015
Google, Amazon, Starbucks, Ikea und viele andere internationale Konzerne zahlen in der EU kaum Steuern, obwohl sie hier hunderte Milliarden Euro Gewinn machen. Während es bei reichen Privatpersonen oft um kriminelle Steuerhinterziehung wie im Fall Hoeneß geht, **nutzen die Konzerne legale Tricks**. Sie übertragen Gewinne auf **Briefkastenfirmen** in Steueroasen auf karibischen Inseln oder im US-Bundesstaat Delaware. Ebenfalls dabei: EU-Staaten wie die **Niederlande, Belgien, Irland und Luxemburg.**

Ermöglicht wird das durch internationale Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung, die faktisch zu doppelter Nichtbesteuerung ausgenutzt werden.
Bei **McDonald** hatte der Unternehmensteil in Luxemburg, der 13 Angestellte zählt, 2009 bis 2013 Lizenzeinnahmen von insgesamt 3,7 Milliarden Euro. Darauf wurden nur 16 Millionen Euro Steuern gezahlt, das sind 0,3 Prozent. **Apple** hat in den vergangenen fünf Jahren nach eigenen Angaben im Durchschnitt nur 2,8 Prozent Steuern auf seine Auslandsgewinne gezahlt.

Der durchschnittliche nominelle Gewinnsteuersatz in der EU beträgt 23 Prozent - vor 20 Jahren waren es noch über 35 Prozent. In Deutschland wurden die Unternehmenssteuern seit 2000 sogar besonders stark gesenkt.
Ver.di fordert, dass Deutschland sich für wirksame Maßnahmen gegen Steuervermeidung internationaler Konzerne und EU-weite Mindeststeuersätze auf Gewinne von 25 Prozent einsetzt. Steuervermeidung mittels Zins- und Lizenzzahlungen usw. muss verhindert werden.

Lux Leaks: Von Oasen und Briefkästen

Neue Broschüre der LINKEN im Europaparlament zu den Steuertricks internationaler Konzerne
Lux Leaks, Steueroasen, TAXE-Sonderausschuss und die Steuertricks der großen internationalen Unternehmen. Die neue Publikation widmet sich den Entwicklungen der letzten Monate, erörtert die skandalösen Tricks der Konzerne, beleuchtet das Versagen der Regierenden und berichtet über die Arbeit im Sonderausschuss "Steueroasen" (TAXE) des Europäischen Parlaments. Die Broschüre will erklären und aufklären, anhand der Beispiele von Google und McDonald's. http://www.dielinke-europa.eu



Attac Österreich, VIDC und KOO: Ohne Steuertransparenz werden Konzerne weiter tricksen- Kritik an den EU-Vorschlägen gegen die Steuervermeidungspraktiken, 28.1.2016

Forderung nach Transparenz der Geschäfte der transnationalen Konzerne:
Tax Transparency Now : „All companies should be required to reveal for each country where they do business: their sales, turnover, profits, company subsidiaries, tax payments (including tax rulings), public subsidies and the number of their employees. „ Petition hier: **War on Want**

Klassenkampf in der Volksrepublik China

Die Verschlechterung des GINI-Koeffizienten sagt viel aus über die Widersprüche in China

Nicht nur in DAVOS (OXFAM-Gutachten), auch in China wird heftig über Ungleichheit und Umverteilung debattiert, und zwar innerhalb der großen Debatte über den 13. Fünfjahresplan, der 2016 in Kraft tritt. Die Kritik an der Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung, wie sie in den letzten 30 Jahren entstanden ist, wird innerhalb der Kommunistischen Partei von einer erstarkenden Linken vorgetragen und kommt z.B. in Blog-Äußerungen zum Ausdruck wie: „Wenn man freie Märkte und Kapitalismus will, dann ist es genau das, was man als Resultat bekommt !" Oder: „China sollte auf die Bremse treten in der Förderung freier Märkte, bevor es zu spät ist".



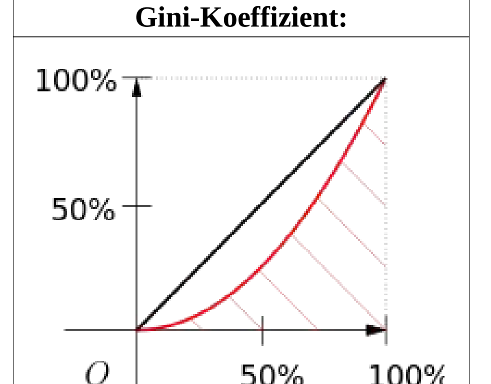
In der offiziösen Pekinger Tageszeitung **Chinadaily** erschien am 16. Januar diese Grafik mit folgendem Text:
„Ein aktueller Bericht zeigt, dass die Verteilung von Einkommen und Vermögen in China sich verschlechtert. Die obersten 1% der Haushalte besitzen ein Drittel von Chinas Reichtum, während die untersten 25 % nur 1 Prozent besitzen."
Der Bericht, der von einem Forschungsinstitut an der „Peking Universität" veröffentlicht wurde, zeigt, dass sich die Ungleichheit zwischen den Haushalten des Landes dramatisch zuspitzt. In den letzten 30 Jahren nahm der GINI-Koeffizient von 0,3 in den frühen 80er Jahren auf 0,45 im Jahre 2015 zu. Schon 2012 lag der Wert bei 0,49 – viel höher als die Alarm-Marke von 0,4.
Der Bericht beruht auf den „China Family Panel Studies (CFPS)" und umfasst 14.960 Haushalte in 160 Regionen und 250 Städten (…) . Neben der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen sind nach diesem Bericht auch die Differenzen in den Bildungschancen und der Gesundheitsversorgung offensichtlich. Die Ungleichheiten wachsen ständig. Wenn nicht gegen sie vorgegangen wird, werden sie sehr wahrscheinlich die soziale Stabilität bedrohen und dadurch ein Flaschenhals für die zukünftige soziale Entwicklung werden", stellt der Bericht fest.

Zu diesem Artikel entwickelt sich – wie inzwischen üblich in der chinesischen Presse – eine **heftige Auseinandersetzung** darüber, was die **Ursachen** sind und was – etwa im Rahmen des neuen Fünf-Jahres-Planes - zu tun ist.
So schreibt ein Blogger: *„Die Reichen erzeugen den Reichtum nicht, sie rauben ihn. Arbeitende Menschen erzeugen den Reichtum. Welcher Milliardär arbeitet 20.000 mal länger und härter für seine Milliarden als der durchschnittliche Arbeiter?"*
Ein anderer antwortet: *„**Die Kommunistische Partei sollte einfach die Reichen besteuern und das Geld zugunsten all der Leute ausgeben, die all die Arbeit machen.**"*
Innerhalb der KP wird daran festgehalten: *„China wird die Regulierung der Sekundärverteilung durch Besteuerung verschärfen. Das Land wird zunächst den Fokus auf die Erhöhung des Anteils der Arbeitseinkommen an der **Primärverteilung** setzen, sagt das Dokument*
Es kündigt an, dass ein Informationssystem zu persönlichen Einkommen und Vermögen aufgebaut wird im Zusammenhang mit den Plänen, die Kluft zwischen den Einkommen städtischer und ländlicher Gebiete sowie zwischen verschiedenen Regionen und Sektoren zu überwinden"

http://www.bjreview.com.cn/quotes/txt/2014-02/26/content_597514_2.htm.

Gini-Koeffizient aller Länder:
http://www.laenderdaten.de/wirtschaft/gini-index.aspx

Gini-Koeffizient:



reale Verteilung zur Berechnung des Gini-Koeffizienten (rot) und ideale Gleichverteilung (schwarz)

Der Gini-Koeffizient wurde vom italienischen Statistiker Corrado Gini zur Darstellung von Ungleichverteilungen entwickelt. Er ist ein weit verbreitetes Maß zur Quantifizierung der relativen Konzentration einer Einkommensverteilung. Im Falle der maximalen Gleichverteilung der Einkommen (d.h. jede Person bezieht exakt das Durchschnittseinkommen der betrachteten Grundgesamtheit) nimmt der Gini-Koeffizient den Wert Null an, während er im anderen Extremfall einer maximal ungleichen Einkommensverteilung (d.h. eine einzige Person bezieht das komplette Einkommen der betrachteten Grundgesamtheit für sich alleine) den Wert Eins annimmt.
Der Gini-Koeffizient lässt sich mithilfe der Lorenzkurve veranschaulichen und bestimmen. Der Gini-Koeffizient entspricht dabei der Fläche zwischen der Winkelhalbierenden (Gerade der perfekten Gleichverteilung) und der entsprechend ermittelten Lorenzkurve in Relation zur Gesamtfläche unterhalb der Winkelhalbierenden (Dreiecksfläche zwischen der Winkelhalbierenden und der Geraden der perfekten Ungleichverteilung).
Aus Wikipedia und dem Wirtschaftslexikon Gabler
Weitere Erläuterungen hier

Internationaler Gewerkschaftsbund (ITUC)

Ausbeutung und Mißachtung der Menschenrechte in den weltweiten Zuliefererketten von 50 Top-Unternehmen

18. Januar 2016 - *„Nur 50 Unternehmen, darunter Samsung, McDonalds und Nestle, erzielen zusammengenommen einen Ertrag von 3,4 Billionen Dollar und haben somit die Macht, weltweit Ungleichheit abzubauen. Doch stattdessen haben sie ein Geschäftsmodell errichtet, das auf einer riesigen verborgenen Belegschaft von 116 Millionen Menschen basiert“*, sagte Sharan Burrow, Generalsekretärin der ITUC.

Der ITUC-Bericht, **„Skandal: Im Inneren weltweiter Zuliefererketten von 50 Top-Unternehmen“**(1) , der am Vorabend des Weltwirtschaftsforums in Davos veröffentlicht wurde, enthüllt ein untragbares, nicht nachhaltiges Geschäftsmodell, das sich auf fast jedes Land der Welt ausdehnt, und stellt 25 Unternehmen vor, die ihren Hauptsitz in Asien, Europa und den Vereinigten Staaten haben.
„Sechzig Prozent des Welthandels der Realwirtschaft ist von den Zuliefererketten unserer größten Konzerne abhängig, die ein Geschäftsmodell betreiben, das auf Ausbeutung und der Missachtung von Menschenrechten innerhalb der Zuliefererketten fußt“, teilte Sharan Burrow mit.

Die Untersuchungen der ITUC zeigen:
- Die liquiden Bestände (387 Milliarden Dollar) von 25 Unternehmen könnten ermöglichen, dass die Löhne ihrer verborgenen Belegschaft von zusammengenommen 71,3 Millionen Menschen für ein Jahr um mehr als 5000 Dollar erhöht werden.
- Mit dem kombinierten Reichtum von 24 US-Unternehmen, darunter Amazon, Walmart und Walt Disney, könnte Kanada aufgekauft werden.
- Neun Unternehmen in Asien, darunter Foxconn, Samsung und Woolworths, haben zusammengenommen einen Ertrag von 705 Milliarden Dollar, das entspräche dem Gegenwert der Vereinigten Arabischen Emirate.
- 17 Unternehmen in Europa, darunter Siemens, Deutsche Post und G4S, erwirtschaften zusammengenommen 789 Milliarden Dollar, das entspräche dem Gegenwert von Malaysia.

„Die Profite werden durch Niedriglöhne gewonnen, von denen die Menschen nicht leben können. Diese Profite setzen die Sicherheit am Arbeitsplatz unhaltbar aufs Spiel, Verletzungen und Todesfälle sind das Resultat. Diese Profite werden durch Steuervermeidung noch gesteigert oder sind tragisch verknüpft mit kommunaler Boden- und Wasserverschmutzung. […] Wenn multinationale Unternehmen nicht die bescheidenen Forderungen der Arbeitnehmerschaft nach einem Mindestlohn, von dem sie in Würde leben kann, erfüllen wollen – 177 Dollar in Phnom Penh, 250 Dollar in Jakarta, 345 Dollar in Manila – dann verurteilen sie bewusst die Arbeiter und ihre Familien zu einem Leben in Armut. Das ist einfach nur Gier“, sagte Sharan Burrow.

Die ITUC hat **fünf Vorschläge** erarbeitet, damit Unternehmen den Skandal innerhalb der weltweiten Zuliefererketten angehen können:
- Zuliefererkette – man muss wissen, mit wem man einen Vertrag abschließt und dies öffentlich machen;
- Arbeitssicherheit – Arbeitsplätze inspizieren, Risiken beseitigen und das Recht der Arbeiter auf Arbeitsschutzkomitees anerkennen;
- Arbeit vertraglich sichern – Kurzzeitarbeitsverträge abschaffen;
- Mindestlöhne zum Leben – Löhne bezahlen, die den Menschen ein Leben in Würde ermöglichen;
- Koalitionsfreiheit – um gemeinsam anständige Löhne und Arbeitsbedingungen auszuhandeln.
„Die Zahl weltweiter Rahmenvereinbarungen zwischen multinationalen Konzernen und weltweiten Gewerkschaftsorganisationen, die diese Probleme in Angriff nehmen und eine nachhaltige Wirtschaftsweise begründen, steigt, aber wir haben noch einen langen Weg vor uns. Die Regierungen dürfen dabei nicht ihre Verantwortung vernachlässigen“, verdeutlichte Sharan Burrow.

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos schlagen Gewerkschaftsführer einen **Vier-Schritte-Plan** vor, mit dem das Geschäftsmodell der multinationalen Konzerne umgewandelt und Ungleichheit begegnet werden kann:
- Arbeitgeber stellen die gerechte Verteilung des Reichtums durch Zahlung von Mindestlöhnen sicher, von denen man leben kann sowie Tarifverhandlungen, die auf dem Recht der Koalitionsfreiheit basieren;
- Sicherheitsstandards werden respektiert unter Einbeziehung von Arbeitnehmern in Sicherheitskomitees;
- Regierende sollen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit um- und durchsetzen, um so die Sorgfaltspflicht, die die UNO-Leitprinzipien für Wirtschafts- und Menschenrechte fordern, durchzusetzen;
- Regierungen räumen der Achtung des sozialen Netzes für ihre Bürger Priorität ein.
„Nur wenn die Praktiken dieser Unternehmen Konsumenten und Bürgern in der ganzen Welt bekannt sind, werden die Unternehmen beginnen, Verantwortung für ihre Zuliefererketten zu übernehmen und dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit folgen“, erklärte Sharan Burrow.

(1) 9 bewegende Kurzfilme über schwere Berufskrankheiten, Kinderarbeit, Behinderung der gewerkschaftlichen Aktivitäten usw. und der gesamte Bericht: http://www.ituc-csi.org/frontlines-report-2016-scandal

Übersetzung: Sabine Gondro
http://www.globalsocialjustice.eu/index.php/articles/1129-ituc-hidden-workforce-of-116-million-in-global-supply-chain-of-50-companies

Die gegenwärtige finanzielle (Un)ordnung könnte man kontrollieren ...

Artikel aus dem Guardian

Eoin Flaherty, Kolumnist für die britische Tageszeitung, The Guardian, beschäftigt sich in seinem am 29. Februar veröffentlichten Kommentar mit der Frage: Ob jemals zuvor so wenig Menschen so viel Reichtum kontrollieren konnten? Er nimmt den jüngst veröffentlichen Oxfam-Report als Ausgangspunkt für einen finanzhistorischen Rückblick. Ausgangsthese: Es wäre ein Irrtum vorzugeben, dass die Ungleichheiten in der Verteilung des Reichtums nur das Produkt des liberalen Kapitalismus der vergangenen hundert Jahre wären. Sein Rückblick endet mit dem Fazit, dass wir nun mit ein paar Mythen aufräumen könnten: Die Geschichte zeige, dass weder unsere gegenwärtige Gesellschaft die einzig mögliche sei, noch sei die gegenwärtige finanzielle Ordnung außerhalb unserer Kontrolle. Wenn wir genau identifizieren können, wie Maßnahmen von Regierungen in den Bereichen Besteuerung und Finanzmarktregeln die steigende Ungleichheit förderten, können wir sicher sein, dass Veränderungen möglich sind.
http://www.theguardian.com/commentisfree/2016/jan/29/wealth-inequality-unequal

COP 21 in Paris (Dezember 2015)



Trotz Notstandsmaßnahmen: 12. Dezember in Paris, Fotos: Alternatiba

*Der **Text des Abkommens der COP 21-Konferenz** ist hier zu lesen:*
http://www.cop21.gouv.fr/wp-content/uploads/2015/12/l09r01.pdf. *Am 22.4.2016 soll feierlich die Unterzeichnung des Abkommens eingeleitet werden (siehe S. 2 unten). Die Staaten haben dann ein Jahr Zeit zur Unterzeichnung.*
*Über die **Ergebnisse** der Cop21-Konferenz in Paris gibt es unterschiedlichen Einschätzungen; wir haben aus der Fülle an Dokumenten drei herausgenommen.*
Wie geht es dann weiter?
Wir dokumentieren einige Vorschläge und Vorhaben von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen.
Artikel zum Klima in SiG (2002 bis 2015): *http://www.attac.de/uploads/media/SiG_Klima.pdf*

Attac Österreich
Pariser Klimavertrag kein Grund zum Feiern
Kritik an fehlender Verbindlichkeit und falschen Lösungen

16.12.2015

Für die österreichische Bewegung „System Change, not Climate Change!“ ist das Pariser Klimaabkommen kein Grund zum Feiern - eine Analyse, die soziale Bewegungen weltweit teilen. Was als Erfolg verkauft wird, beinhaltet keinerlei verpflichtende oder gar einklagbare Sanktionen zur Emissionsreduktion, keine konkreten Maßnahmen und keinen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen. Der Vertrag trägt die Handschrift der großen Klimaverschmutzer und Konzerne und verschweigt die Ursachen und Verursacher der Klimakrise (1). Er untergräbt die Rechte der bereits jetzt vom Klimawandel am stärksten gefährdeten Menschen.

Freiwillig und zahnlos

Das propagierte globale **1,5-Grad-Ziel** liegt mit diesem Vertrag in weiter Ferne. Die freiwilligen und nationalen Zusagen werden nach aktuellem Stand zu katastrophalen 2,7°C bis 3.7°C Erderwärmung führen. Gültig ist der Vertrag erst ab 2020 – dann, wenn der CO2-Austoß, welcher zu 1,5°C-Grad Erwärmung führen wird, bereits erreicht ist. Die nationalen Beiträge sollen zudem erst ab 2023 alle fünf Jahre überprüft und unverbindlich nachgebessert werden. Ein Datum für das Erreichen der globalen Spitzenemissionen wird nicht genannt.

Das Ziel, „ *in der zweiten Jahrhunderthälfte*“ ein Gleichgewicht zwischen Emissionsausstoß und -bindung zu erreichen, ist völlig unkonkret und bedeutet keineswegs das Aus für fossile Brennstoffe. So kann weiterhin am einen Ende der Welt Öl verbrannt werden, wenn am anderen Ende CO2 gespeichert wird – in Wäldern, Böden, gentechnisch manipulierten Pflanzen oder mittels riskanter Technologien (2). Das Abkommen öffnet für jene Länder, die am meisten emittieren, die Möglichkeit sich über Marktmechanismen aus ihrer Verantwortung freizukaufen.

Internationale Klimapolitik stellt Wachstums- und Profitlogik nicht infrage

„Paris erhält zwar die Klimakonvention am Leben. Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, müssten aber zwischen 80 und 90 Prozent der fossilen Energieträger im Boden bleiben. Dabei betragen die weltweit bekannten Öl- und Kohlereserven heute 35.000 Milliarden (35 Trillionen) Dollar,“ erklärt Ulrich Brand, Professor für internationale Politik und Experte für internationale Klimapolitik an der Universität Wien. *„Diese enormen Profitinteressen und Machtstrukturen stützen ein Produktions- und Konsummodell, das auch die Logik der internationalen Klimapolitik bestimmt. Um diese erfolgreich zu ändern müssten sich die Regeln und Grundsätze der Weltwirtschaft nach den Klimazielen richten - und nicht umgekehrt. Doch Themen wie Handel, Landwirtschaft oder Verkehr werden im Abkommen völlig ignoriert".*

Menschenrechtliche Verpflichtungen jetzt unverbindlich

Während der Verhandlungen zur Klimarahmenkonvention in Cancún 2010 einigten sich die Staaten noch darauf, bei "Klimaschutzmaßnahmen" die Menschenrechte zu achten. In Paris wurden die letzten diesbezüglichen Referenzen in die unverbindliche Präambel verfrachtet. Künftige “Klimaschutzmaßnahmen“ werden somit weiterhin die Rechte indigener Gemeinschaften verletzen – darunter etwa Waldschutzprojekte, mit denen sich große CO2-Emittenten in Industrieländern frei kaufen. *„Die großen Verlierer des Abkommens sind damit jene Menschen im globalen Süden, die bereits jetzt von den Folgen des Klimawandels am stärksten betroffen sind"*, kritisiert Brigitte Reisenberger von FIAN.

Klimagerechtigkeit adé: Reiche Länder laden Last auf die Ärmsten ab

„Klimagerechtigkeit herzustellen und Schaden von den Ärmsten und Verletzlichsten abzuhalten ist auch ein deklariertes Anlie-

gen der Kirche. Dazu braucht es systemische Veränderungen unserer Konsum- und Wirtschaftsweisen. Dies fordern katholische Entwicklungsorganisationen wie auch Papst Franziskus", so Jakob Wieser, Geschäftsführer der Dreikönigsaktion. Doch auf Betreiben großer Verschmutzer enthält der Vertrag keine Grundlage für Haftung oder Schadensersatz für klimawandelbedingte Schäden und Verluste.

Das Abkommen sieht vor vorerst ab 2020 pro Jahr 100 Milliarden Dollar für "Entwicklungsländer" zu „mobilisieren", um Anpassungsmaßnahmen zu finanzieren.
Im Vergleich: Laut Internationaler Energiebehörde IEA betragen die Subventionen für fossile Brennstoffe pro Jahr fünfmal mehr. Das Abkommen nennt mehrere Geldquellen, auch Exportförderungen und hoch verzinste Kredite. Auch werden bestehende Geldtöpfe wie jene aus der Entwicklungszusammenarbeit höchstwahrscheinlich einfach umgeschichtet und als „grün" betitelt werden. Wieser fordert: *„Diese ohnehin geringen Finanzzusagen müssen eingehalten werden, es braucht aber vor allem zusätzliche Mittel ohne Zahlenakrobatik und Mehrfachanrechnungen."*

Internationales Handelsregime sticht Klimavertrag

Die globalen Handelsströme sind für fast ein Viertel der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Doch während Regierungen im Handelsbereich laufend sanktionierbare Abkommen im Interesse transnationaler Konzerne vorantreiben, bleibt das Klimaabkommen völlig zahnlos. *„Während die Regierungen, allen voran die EU und die USA in Paris die Klimaretter spielen, treiben sie gleichzeitig weltweit Handelsabkommen wie TTIP, CETA, TPP oder TiSA voran, die den Güterhandel ausweiten, Dienstleistungen weiter liberalisieren und – wie sie selbst eingestehen - zu noch mehr Emissionen führen werden. Zusätzlich geben sie Konzernen exklusive Klagerechte gegen Staaten, die die Handlungsspielräume von Regierungen für zukünftige Maßnahmen im Bereich Energiewende und Klimaschutz massiv einschränken. Verbote für den Abbau von fossilen Energieträgern (wie z.B. Fracking), den Bau von fossilen Infrastrukturen (Pipelines, Autobahnen etc.), die Erhöhung von Abgaben auf CO2 oder die Rekommunalisierung von Energieunternehmen können so Gegenstand von Konzernklagen für entgangenen Gewinn werden. Die Erfahrungen mit NAFTA zeigen, dass das bereits Realität ist"*, kritisiert Alexandra Strickner von Attac Österreich.

Lebensgrundlagen von Millionen von KleinbäuerInnen unter Druck

Auch für die globale KleinbäuerInnenbewegung La Vía Campesina ist der Vertrag eine Mogelpackung. *"Die industrielle Landwirtschaft gehört durch Massentierhaltung, Abholzung und hohen Einsatz von synthetischen Düngern zu den größten Verursachern von Treibhausgasen. Sie wird im Vertragstext nicht einmal erwähnt. Gleichzeitig wird marktbasierten Instrumenten, die sozial und ökologisch katastrophale Produktionsmodelle legitimieren, ein hoher Stellenwert eingeräumt. Mit Hilfe von Emissionshandel und Kompensationsmechanismen können Landgrabbing und die Spekulation mit natürlichen Ressourcen fortgesetzt werden. Und mit „Climate Smart Agriculture" (3) forcieren großen Agrarkonzerne Monokulturen, Industrialisierung und Gentechnik. Der Klimawandel mit seinen verheerenden Folgen auf die Landwirtschaft wird so nicht gebremst. Wohl aber kommen die Lebensgrundlagen von Millionen von KleinbäuerInnen noch weiter unter Druck"*, kritisiert Irmi Salzer, Biobäuerin und Mitarbeiterin der ÖBV-Vía Campesina Austria.

„System Change, not Climate Change!"

„System Change, not Climate Change!" ist die Ansage einer wachsenden globalen und österreichischen Bewegung, die Widerstand gegen diese falschen Klimalösungen leistet. *„Klimawandel ist kein isoliertes Umweltproblem sondern untrennbar mit der profit- und wachstumsorientierten Produktions- und Konsumweise verbunden"*, so die Organisationen. Sie fordern einen Systemwandel, der u. a. die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe, Energiedemokratie, mehr öffentlichen und umweltschonenden Verkehr sowie eine agrarökologische Landwirtschaft und Ernährungssouveränität beinhaltet.
Mehr Infos: http://systemchange-not-climatechange.at/positionspapier/
----
(1) Das Abkommen enthält kein einziges Mal die Wörter fossile Brennstoffe, Kohle, Öl, Gas, globalen Güterhandel, Individualverkehr, Fleischproduktion Palmöl oder andere Abholzungsursachen. Die Bereiche der zivilen Luftfahrt und des Seeverkehrs, die fast 10 Prozent der weltweiten Emissionen ausmachen, sind von jeglichem Ziel befreit.
(2) **Carbon Capture and Storage**: Industriell erzeugtes CO_2 soll abgeschieden, verflüssigt und unterirdisch gespeichert werden. Dies birgt enorme Risiken.
REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) ist ein marktbasierter Mechanismus, durch den Zertifikate für die Kohlenstoffspeicherleistung eines Waldes verkauft oder erworben werden sollen.
(SiG-Red.: Klimaretterinfo: Der neue Waldschutz funktioniert nicht)
(3) Zur Kritik: Nyeleni und klimaretter. (SiG-Redaktion)

„System Change, not Climate Change!" *wurde in Österreich von Finance & Trade Watch, Attac Österreich, Alternatiba, FIAN, ÖBV-Vía Campesina und der Dreikönigsaktion, Hilfswerk der KJSÖ, initiiert und wird mittlerweile von über 110 österreichischen Organisationen und Initiativen unterstützt. Webseite*
Quelle: www.attac.at

Weitere kritische Einschätzungen:
Klimaretter, ISW -München, attac De , Rosa-Luxemburg Stiftung

Klimadossiers
Klimaretter.info JungeWelt
Internationaler Gewerkschaftsbund (englische Texte)
Rosa-Luxemburg Stiftung

China Welcomes Paris Climate Change Agreement

The landmark agreement on climate change signed in Paris on December 12 is "a new beginning in international cooperation" and is fair in splitting responsibility between developed and developing countries, according to a Chinese Foreign Ministry spokesperson.
"China has always promoted relative negotiations, and we will continue to work with the international community to deal with global climate change," Hong said.

The Paris Agreement sets a target of holding the global average rise in temperature below 2 degrees Celsius above pre-industrial levels, and preferably below 1.5 degrees. On the basis of common but differentiated responsibilities and respective capabilities, developed countries agreed to raise $100 billion a year by 2020 to help developing countries transform their economies.

At the opening ceremony of the two-week Paris gathering, Chinese President Xi Jinping warned against a zero-sum game mentality in the negotiations.
Following the adoption of the agreement, China's Special Representative on Climate Change Xie Zhenhua said, "The Paris Climate Conference is a crucial point in the global climate governance process. The outcome has a real bearing on human beings' undertakings in climate change and our future of sustainable development."
"China will take international obligations commensurate with its own national condition, development stage and actual capacity," Xie vowed.
(Xinhua News Agency December 13, 2015)
http://www.bjreview.com/World/201512/t20151214_800044659.html

EPO, Entwicklungspolitik online
COP21 in Paris: Ein Hoffnungsstrahl

Bericht vom 12. Dezember 2015

Vertreterinnen und Vertreter von 195 Staaten haben sich am Samstag in Paris nach zähen Verhandlungen auf ein neues Klimaschutz-Abkommen geeinigt. Nach Ansicht vieler Umwelt- und Entwicklungsorganisationen enthält der Text des Abkommens ein **ausgewogenes Paket für den Klimaschutz** und die Solidarität mit den Hauptbetroffenen des Klimawandels sowie das Signal für den notwendigen Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas. Der Klimavertrag sieht vor, die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen - und möglichst unter 1,5 Grad zu bleiben. Die nationalen Klimaschutzpläne zur Umsetzung sollen alle fünf Jahre überarbeitet werden. Die Finanzhilfen für die verletzlichsten Staaten sollen ab 2020 nicht unter 100 Milliarden US-Dollar betragen.

Klimagipfel-Präsident Laurent Fabius hatte nach langen Verhandlungen am Samstag einen überarbeiteten Text für das erste universale Klimaabkommen vorgelegt, der bis zum Abend weiter verändert wurde. *"Der Text enthält das notwendige Signal für den weltweiten Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas in den nächsten Jahrzehnten"*, erklärte Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von **Germanwatch**. *"Außerdem ist es gelungen, ein ernsthaftes - allerdings in der letzten Nacht abgeschwächtes - Solidaritätspaket für die vom Klimawandel betroffenen Staaten vorzulegen."*

Das Gesamtpaket sei vor allem der Erfolg einer Allianz vieler kleiner, besonders verletzlicher Staaten, die sich dafür mit Nachdruck eingesetzt haben. Die Bewährungsprobe für das Klimaabkommen erfolge aber nach dem Gipfel. *"Der Test für den Klimapakt ist, ob die Staaten sehr bald verbesserte Klimaziele vorlegen, um auf einen 2-Grad-Pfad zu gelangen."*

Das weltweite Signal für den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas in den nächsten Jahrzehnten hat Germanwatch zufolge mehrere Bausteine: ein Temperaturlimit von zwei Grad mit einem zusätzlichen Bezug auf 1,5 Grad, den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und zusätzlich Treibhausgasneutralität der anderen Wirtschaftssektoren in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Zudem enthält der Text alle fünf Jahre eine Nachbesserungsrunde für die nationalen Klimaziele, um auf einen 2- bis 1,5-Grad-Pfad einzuschwenken. Alle Staaten sollen Umsetzungsstrategien für die jetzt notwendige Energiewende vorlegen. Diese orientiert sich am baldigen Erreichen des Spitzenpunkts der Emissionen und dann folgender starker Verringerung. Doch fehlt nach Ansicht vieler Beobachter ein Zeitplan. Der Höhepunkt der CO2-Emissionen solle so schnell wie möglich erreicht werden, heißt es dazu schwammig im Pariser Vertrag.

"Paris gibt der Welt Hoffnung. Der Kohle- und Ölindustrie gibt das Abkommen den klaren Rat: Sucht euch ein anderes Geschäftsmodell!", erklärte **Greenpeace**-Klimaexperte Martin Kaiser. *"Doch der Text ist übersät mit den Fingerabdrücken von Industrielobbyisten, die unseren Planeten und seine Atmosphäre zerstören. Es findet sich aber auch erstmals das Ziel darin, den weltweiten Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu beschränken. Allein diese Zahl und das neue Ziel, den Ausstoß an Treibhausgasen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auf null zu senken, wird jeden Investor drei Mal überlegen lassen, ob er weiter Geld in Kohlekraftwerke oder Ölprojekte stecken will."*



Finanzzusagen für Entwicklungsländer abgeschwächt

Christoph Bals (germanwatch): *"Es wird ein wichtiges, allerdings in der letzten Nacht abgeschwächtes Signal der Solidarität mit den vom Klimawandel besonders betroffenen Menschen gesetzt, die vor allem in armen Entwicklungsländern leben. Ein langfristiges Ziel für Anpassung an den Klimawandel nimmt alle Staaten in die Pflicht, die Betroffenen nicht alleine stehen zu lassen - insbesondere die Industrieländer, die am meisten zum Klimawandel beigetragen haben."*

Zwar wurde die Verbindlichkeit der Zusagen für das Finanzpaket in der letzten Nacht abgeschwächt, indem konkrete Zahlen in den Anhang des Klimavertrages verschoben wurden. Germanwatch sieht dennoch eine solidere Grundlage als bisher für die Unterstützung von Anpassung und Klimaschutz in Entwicklungsländern. *"Diese Schwächung wurde getrieben von der US-Regierung, vorherige Formulierungen hätten den Republikanern im Kongress ein de-facto Vetorecht bei der Umsetzung des Pariser Abkommens gegeben"*, so Bals.

(...)

Oxfam-Klimaexperte Jan Kowalzig nannte das Klima-Abkommen einen "*Meilenstein im Kampf gegen den Klimawandel. Für Millionen Menschen in den ärmsten Ländern gibt es deswegen aber noch keine Entwarnung. Das Abkommen ist ein wichtiger Anfang, aber die eigentliche Arbeit beginnt erst danach."*

"Ein Hoffnungsstrahl"

Die internationale Hilfsorganisation **CARE** erklärte, das Abkommen allein werde die Welt nicht auf einen sichereren Weg bringen.

"Das Klima-Abkommen von Paris ist ein Hoffnungsstrahl für die besonders betroffenen Länder dieser Welt und für die Menschen an vorderster Front des Klimawandels. Jetzt ist wichtig, dass die Regierungen auch liefern und ihre Versprechen einhalten. Der Kampf um eine klimasicherere Welt hat gerade erst begonnen", sagte CARE-Klimaexperte Sven Harmeling.

Laut CARE ist es ein großer Gewinn für die verletzlichsten Entwicklungsländer, dass das Bemühen, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, im Abkommen verankert wurde. Nun müssten die Regierungen den Ausstieg aus den fossilen Energien beschleunigen und stärker zusammenarbeiten, um die Beschlüsse auch umzusetzen.

Der Klimawandel verursache bereits jetzt große Zerstörungen. Die Grenzen der Möglichkeiten armer Menschen, sich daran anzupassen, seien vielerorts überschritten, so CARE. *"Die Industrieländer haben die Debatte um den Umgang mit unvermeidbaren Klimaschäden, die arme Staaten durch die Auswirkungen des Klimawandels erleiden, unnötig politisiert. Aus Paris gehen sie mit einer größeren moralischen Pflicht gegenüber den ärmsten Menschen heraus, die Unterstützung für Schutz gegenüber dem Klimawandel drastisch zu erhöhen, und gleichzeitig ihre Emissionen schneller zu senken."*

Laut CARE werden die nächsten fünf Jahre entscheidend sein für verstärktes Vorgehen gegen den Klimawandel, bevor das neue Abkommen im Jahr 2020 rechtskräftig wird und die Vorhaben aus Paris umgesetzt werden.

Trotz eines Versammlungsverbotes waren zum Ende des UN-Klimagipfels am Samstag mehr als 10.000 Menschen in Paris auf die Straße gegangen, um gegen die aus ihrer Sicht unzureichenden Ergebnisse des Gipfels zu protestieren. Zu den Aktionen hatte unter anderem die globalisierungskritische Bewegung Attac aufgerufen.

EPO *ist seit 1995 ein Webportal zur Internationalen Zusammenarbeit im deutschsprachigen Raum „Wir bringen Nachrichten, Hintergrundberichte und Analysen zu entwicklungs- und umweltpolitischen Themen und konzentrieren uns dabei auf den "Süden" - die aufstrebenden Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas und die Politik der "klassischen" Industriestaaten gegenüber diesen Ländern.“*

Wie geht es nach COP21 weiter?

*Zum Klima tut sich einiges innerhalb der **Gewerkschaften**, weltweit wie auch in Deutschland (SiG 117, S. 19). Wir dokumentieren hier einige Forderungen/ Kampagnen von Gewerkschaftsverbänden und hoffen, dass soziale Bewegungen und Gewerkschaftsmitglieder bzw. -verbände mehr als bisher in einen produktiven Dialog treten … und Gemeinsamkeiten entdecken.*

Die drei Kernforderungen vom internationalen Gewerkschaftsbund (IGB)

Die Regierungen müssen ambitioniertere Ziele festlegen und realisieren, dass in Klimaschutzmaßnahmen auch das Potenzial zur Schaffung neuer Arbeitsplätze steckt. Sie müssen konkrete Schritte einleiten, mit denen die Emissionen noch vor und über das Jahr 2020 hinaus erheblich reduziert werden, und einen gerechten Weg zur Erreichung des Zwei-Grad-Ziels einschlagen. Außerdem müssen sie sich auf einen strengen Mechanismus zur regelmäßigen Überprüfung einigen und mit der Zeit immer ambitionierte Ziele anvisieren.
Die Staaten müssen die zugesagte Klimafinanzierung leisten und die von den Folgen des Klimawandels am stärksten betroffenen Länder unterstützen. Dazu gehört auch Klarheit darüber, wie die entwickelten Länder ihre Verpflichtungen einhalten und bis 2020 Gelder in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar aufbringen werden, um die für Anpassungsmaßnahmen nötigen Mittel bereitstellen zu können. Darüber hinaus sollen sie auch Wege aufzeigen, wie diese Beträge nach 2020 erhöht werden können.
Die Regierungen müssen sich verpflichten, in die Durchführungsbestimmungen des Paris-Abkommens Maßnahmen für einen »gerechten Wandel« aufzunehmen, um Arbeitnehmern und ihren Gemeinden die Arbeitsplätze und denjenigen in den emissionsintensivsten Sektoren die Existenzgrundlage zu sichern.
http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/cop21_demands_en.pdf
- *IPG-Journal, Gespräch mit derGeneralsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) Sharan Burrow*
Weitere Beiträge zum Klima: http://www.ipg-journal.de/rubriken/nachhaltigkeit-energie-und-klimapolitik/

Trade unions for energy democraty

http://unionsforenergydemocracy.org/about/about-the-initiative/ (Präsentation in einem 5-minutigen Video)
Help build and strengthen a global trade union community for energy democracy.
- TUED is a platform for trade unions from all sectors and countries to debate, develop and promote real solutions to the climate crisis, land grabs, energy poverty, and pollution generated by fossil fuels — solutions that can build unions, worker and community power, and advance social and environmental justice.
- Develop high-impact union educational materials, distribute an electronic bulletin, and convene meetings and working retreats that encourage debate and help create a shared analysis of key energy and climate issues.
- Connect the energy democracy agenda to union struggles and campaigns in ways that build broad membership engagement, increases worker power, and facilitates solidarity across movements that share similar goals.

The Hard Facts About Coal – Unions and CCS
The potential of deploying CCS—and the support it receives from unions and others —has been used as political cover for the development of new coal infrastructure. It seems increasingly unlikely that CCS will ever be deployed at an adequate level, leaving us with a locked-in carbon infrastructure without the promised mitigation.
Even if CCS is deployed at the levels needed to significantly reduce emissions, the environmental damage done by extracting, transporting, and burning coal will continue. Indeed, the "energy penalty" associated with CCS means that coal's impact on human health and the environment may even be increased. In this context, trade union support for CCS risks alienating frontline communities and other allies who are taking the lead in building a movement for climate and environmental justice.
In this TUED Working Paper, Sean Sweeney, the director of the International Program for Labor, Climate and the Environment at CUNY's Murphy Institute, looks at CCS in the context of coal-fired electricity generation. He argues that rather than supporting CCS within a market-dominated policy debate, the trade union movement should be exploring a "third scenario", one that challenges the neoliberal policy framework and the "growth without end" assumptions that dominates policy discussions on energy use.
The paper is offered for discussion and debate.

Zu den Aktivitäten und Positionen des gewerkschaftlichen Bündnisses: Archive und publications

Gewerkschaften gegen Fracking http://unionsagainstfracking.org

Wir sind nationale Gewerkschaftsverbände, globale Gewerkschaftsföderationen und Einzelgewerkschaften, die Millionen von Beschäftigten im globalen Norden und Süden vertreten.
Wir fordern ein globales Moratorium für Hydraulic Fracturing (Fracking) für Schiefergas, Flözgas und Schieferöl. (...)
Fracking hat zu Angriffen auf Landrechte geführt. Die riesigen Mengen an Wasser, die für das Fracking verbraucht werden, drohen Wasserknappheit in Gebieten zu verschärfen, in denen es bereits schwere Probleme im Zugang zu Wasser und der Wasserversorgung für große Teile der (ländlichen) Bevölkerung gibt. In fast jedem Land, in dem Fracking diskutiert wird oder bereits eingesetzt wird, trifft dies auf entschiedenen Widerstand von einer Vielzahl von Menschen und Organisationen.
Die Erfahrungen mit Fracking in den USA seit 2002 haben gezeigt, dass der Prozess die Gesundheit und die Lebensqualität der Gemeinden in der Nähe der Bohrstellen gefährdet.(...) Die großvolumige Verwendung krebserregender Chemikalien wie Siliziumdioxid/ Kieselsäure ist eine gesundheitliche Bedrohung, besonders für die Arbeiter auf den Bohrstellen und diejenigen, die mit dem Abwasser des Fracking in Berührung kommen. (...)
Wir sind ebenfalls besorgt um die Auswirkungen von diffusen Methanemissionen auf die globale Erwärmung. Aktuelle Studien der Atmosphäre bei Bohrstellen zeigen dass Methan in hohem Grad austritt(...)
Mit der Forderung nach einem globalen Moratorium für Fracking unterstützen unsere Gewerkschaften solidarisch alle Gemeinden, Kommunen, Regionen und Nationen, die bereits Moratorien eingeführt haben oder versuchen dies zu tun.

Asbjørn Wahl: After Paris: Unify Fights Against Austerity/Climate Change
„Only massive pressure from below, from a broad coalition of trade unions, other social movements, environmentalists and others can save us from climate catastrophe."
Asbjørn Wahl is Director of the broad Campaign for the Welfare State in Norway and Adviser to the Norwegian Union of Municipal and General Employees. He is also Chair of the ITF Working Group on Climate Change
https://www.socialeurope.eu/2015/12/paris-unify-fights-austerityclimate-change/

Termine von Sozialen Bewegungen gegen Klimaerwärmung

Aktionswoche "Ende Gelände"
Braunkohlerevier in der Lausitz,
13.-16.Mai 2016

Im Jahr 2016 wird in der Lausitz über die Zukunft der Braunkohle entschieden. Vattenfall will will Gruben und Kraftwerke für möglichst viel Geld verkaufen, anstatt sie stillzulegen. Ein neuer Investor würde riesige Summen in die Braunkohle investieren und neue Tagebaue in die Landschaft reißen. Um den katastrophalen Klimawandel zu verhindern, muss die Kohle im Boden bleiben. Über 1.500 Menschen haben im Sommer bei Ende Gelände in Garzweiler die Kohlebagger blockiert. Doch das war erst der Anfang!

Alternatiba (wichtiger Akteur bei den Aktionen zu der COP 21) organisiert eine **europaweite Versammlung am 20. und 21. Februar in Bordeaux.**

… aber auch gegen Atomenergie

5 Jahre Leben mit Fukushima – 30 Jahre Leben mit Tschernobyl

- ausgestrahlt: Bundesweite Proteste und Aktionswoche im Frühjahr
- Internationaler IPPNW-Kongress 26.-28. Februar 2016, Berlin

Thematisches Weltsozialforum über Atomenergie vom 23. bis 27. März 2016 in Tokyo; Mehr: Attac Frankreich

Yu Lintao, Beijing Rundschau

Risse im „Dach der Welt"

Mit ihrer Politik will die Regierung das unberührte tibetische Hochland vor den verheerenden Auswirkungen des Klimawandels schützen.



Der Berg Qomolangma, im Westen unter dem Namen Mount Everest bekannt

28.Dezember 2015 - Die tibetische Hochebene gilt als die dritte Polarregion der Welt, Veränderungen in der Umwelt wirken sich direkt auf das Ökosystem der ganzen Welt, vor allem in Eurasien, aus.

Die Hindukusch-Himalaya-Region erstreckt sich über eine Fläche von mehr als 4,3 Millionen Quadratkilometern über China, Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Indien, Myanmar, Nepal und Pakistan. Nirgendwo außerhalb der Arktis und Antarktis gibt es mehr Eis und Schnee, daher auch der Name dritte Polarregion. Nach Angaben des International Center for Integrated Mountain Development (ICIMOD) umfasst die Region die höchsten Berge der Welt, darunter sämtliche 14 Gipfel über 8000 Meter, hier entspringen zehn große Flüsse und sie bildet eine gewaltige globale ökologische Pufferzone.

In einem aktuellen Bericht des Instituts zur Erforschung der tibetischen Hochebene (ITP) und der Chinesischen Akademie der Wissenschaften (CAS) über die Umweltveränderungen auf der höchstgelegenen Hochebene der Welt heißt es, dass die Region infolge der globalen Erderwärmung und durch menschlichen Einfluss wärmer und feuchter wird und Naturkatastrophen zunehmen. Trotz der düsteren Prognosen über die langfristigen Auswirkungen des Klimawandels ist die tibetische Hochebene aber weiterhin einer der saubersten Flecken Erde.

Veränderungen werden sichtbar

Der Bericht zeigt, wie sich die Hochebene in den vergangenen 2000 Jahren verändert hat, und stellt Prognosen über die Weiterentwicklung der Umweltsituation im kommenden Jahrhundert auf. Daran mitgearbeitet haben mehr als 70 Spezialisten u.a. aus China, den USA, Schweden und Kanada.

Die Daten zeigen, dass die Hochebene immer wärmer und feuchter geworden ist, das gilt vor allem für die vergangenen 50 Jahre. Die jährliche Durchschnittstemperatur der Region stieg von 1960 bis 2012 alle zehn Jahre um 0,3 bis 0,4 Grad Celsius an, rund doppelt so viel im Rest der Welt. Die Temperaturen erhöhten sich im Winter und im nördlichen Teil der Hochebene besonders stark, wenn man die Zahlen mit den historischen Durchschnittswerten vergleicht.

Aufzeichnungen aus dem Eisbohrkern zeigen, dass der stärkste Temperaturanstieg im 20. Jahrhundert zu verzeichnen war. In den nächsten 100 Jahren könnte sich die Hochebene weiter um bis zu vier Grad Celsius erwärmen.

Gebiete in großer Höhenlage seien anfälliger für die globale Erwärmung, erklärte Xu Baiqing, Forscher am ITP und Autor des Berichts. Es ist daher zwar besorgniserregend, aber nicht überraschend, dass die Temperaturen auf der tibetischen Hochebene schneller als im weltweiten Durchschnitt angestiegen sind. Gravierender ist jedoch, dass der Temperaturanstieg schmelzende Gletscher und auftauenden Permafrost sowie eine Zunahme von Naturkatastrophen mit sich bringt.

Dem Bericht zufolge schrumpfen die Gletscher der Hochebene wegen der steigenden Temperaturen seit dem 20. Jahrhundert, in den 1990er Jahren hat sich die Gletscherschmelze nochmals beschleunigt. Besonders ausgeprägt ist sie im Himalaya und im Südosten Tibets, im Karakorum- und im westlichen Kunlun-Gebirge.

Die Gletscherschmelze hat zu einer starken Vermehrung und Vergrößerung der Seen auf der Hochebene beigetragen. Die Anzahl der über einen Quadratkilometer großen Seen ist von 1081 im Jahr 1971 auf 1236 im Jahr 2010 gestiegen; fast 80 Prozent der Seen in der Region sind größer geworden.

Auf der Website des ICIMOD heißt es, dass Gebirgssysteme besonders empfindlich für den Klimawandel sind und die Menschen in Tibet besonders sensibel auf diese Veränderungen reagieren. Veränderungen von Flüssen und Flussbecken haben direkten Einfluss auf das Wohlergehen von Millionen von Menschen.

Angesichts der globalen Erwärmung sei die Gletscherschmelze keineswegs nur auf das tibetische Hochland beschränkt, sondern betreffe alle Hochebenen, so Xu. Da der Temperaturanstieg in der dritten Polarregion aber deutlich höher ausfällt als im weltweiten Durchschnitt und dieser Wert in extremen Höhenlagen nochmals ansteigt, deutet dies auf eine „größere Anfälligkeit der Kryosphäre für den Klimawandel" hin.

Gefahren aus der Natur

Genauso alarmierend ist die steigende Anzahl von Naturkatastrophen in der tibetischen Hochebene. Laut Bericht werden Unglücke wie Erdrutsche, Überschwemmungen und Lawinen in den nächsten Jahren weiter zunehmen; auch die Prävention und das Löschen von Waldbränden werden schwieriger werden.

Laut Bericht wurden von 1950 bis 2010 rund 1500 Sturzbäche in der Hochebene gezählt, die sich mit rasender Geschwindigkeit und großer Kraft die Berghänge hinunterbewegten. Das schlimmste Jahr war 1998, als mehr als 50 Kreise im Autonomen Gebiet Tibet davon betroffen waren.

Gefrorene Seen und Stauseen stellen ebenfalls eine Gefahr dar, mehr als 20 sind im Verlauf des letzten Jahrhunderts übergelaufen, was zu schweren Überschwemmungen in der Region geführt hat.

Die Region verfügt außerdem über eine der größten Waldflächen in China, wegen der starken Winde und der Abnahme von Schnee- und Regenfällen ist das Brandrisiko hoch. Von 1988 bis 2014 wurden mehr als 370 Waldbrände gemeldet. Auch das Ausmaß der Schneestürme und Lawinen hat sich in den vergangenen 40 Jahren aufgrund des Klimawandels und durch menschlichen Einfluss deutlich vergrößert.

Bemühungen der Regierung
Laut Bericht hat die Luftverschmutzung seit den 1950er Jahren um 200 Prozent zugenommen. Dennoch liegen sowohl die Rußbelastung, eine der Ursache für den Klimawandel, die zur Aufheizung der Atmosphäre und zur Erderwärmung führt, sowie persistente organische Schadstoffe weiterhin auf relativ niedrigem Niveau, in etwa vergleichbar mit der Arktis oder den Alpen. Obwohl die Schwermetallwerte, die im Eis und in Seekernen der Hochebene gemessen wurden, vergleichbar mit den Süd- und Nordpolregionen sind, sind sie deutlich niedriger als in den meisten anderen Gebieten.
Der Bericht zeige, dass das ökologische Umfeld der tibetischen Hochebene trotz der globalen Erderwärmung und des zunehmenden menschlichen Einflusses in der Region sehr gut geschützt worden sei, erklärte Zhang Xianzhou, Forscher am Institut für Geografie und Naturressourcen bei der CAS, gegenüber Reportern. Die gesunde Umwelt der Hochebene sei den Bemühungen der Zentralregierung und der Lokalregierungen zu verdanken, meint Xie Pengyun, stellvertretender Direktor des ITP.
Nach einem Bericht der Nachrichtenagentur Xinhua hat die Regierung des Autonomen Gebiets Tibet 2006 die Förderung von Goldstaub und 2008 den Abbau von Zirkonsand verboten, um die fragile Umwelt zu schützen. Der Bergbau war in Tibet für schwerwiegende Umweltschäden verantwortlich. Seit 2010 sind auf einer Fläche von insgesamt 77,11 Quadratkilometern 56 Sanierungsprojekte durchgeführt worden. 2010 wurden 40 Bergbaugesellschaften, die die Umweltstandards nicht erfüllen konnten, geschlossen. Dank strengerer Kontrollen waren Gebiete, für die es eingetragene Bergbaulizenzen gab, 2010 nur noch 749,62 Quadratkilometer groß, weniger als 0,1 Prozent der Gesamtfläche des Autonomen Gebiets.
Xu erklärte außerdem, dass Tibets Energieverbrauch sich vor allem auf saubere Energien stütze. Das bedeutet weniger Verschmutzung im Vergleich zu dicht bevölkerten Gebieten.
Trotz des abnehmenden Permafrosts und der teilweisen Wüstenbildung in der tibetischen Hochebene sei insgesamt eine Verbesserung der Umweltsituation zu verzeichnen, meinen Experten; die Vegetationsabdeckung nimmt deutlich zu. Die Grenzen zwischen Polar- und Subpolarregionen verschieben sich nach Westen bzw. Norden, die Klimazone vergrößert sich.

Dass die tibetische Hochebene wärmer und feuchter wird, sei sowohl für das Vegetationswachstum als auch für ihre Funktion als Lebensraum und Produktionsort vorteilhaft, erklärte Xu. Seit Mitte der 1970er Jahre hat sich die Ackerfläche vergrößert, die Einkommen von Bauern und Viehhirten haben sich erhöht, heißt es im Bericht.
Dennoch fordert der Bericht von der Regierung mehr Anstrengungen im Umweltschutz. Vorgeschlagen wird eine Modell-Ökozone in Changtang, einem Hochplateau im Westen und Norden des Autonomen Gebiets Tibet. Dort befindet sich das höchstgelegene Ökosystem Chinas, das zu einem sicheren und sauberen Lebensraum für Wildtiere wie tibetische Antilopen und Yaks werden soll.

http://german.beijingreview.com.cn/China/201512/t20151228_800045434_1.html

Weltsozialforum,
vom 9. bis zum 14. August 2016 in Montréal (Kanada)
https://fsm2016.org



Das erste Treffen dieser Art fand vor 15 Jahren in Porto Alegre in Brasilien statt.
Wieder in Porto Alegre fand vom 19. bis zum 23.Januar 2016 das thematische Forum zum Jubiläum unter dem Motto **"Für Frieden, Demokratie sowie die Rechte der Menschen und der Erde";** über zehntausend Aktivisten versammelten sich. Berichte: Amerika21, JungeWelt

Attac gehört zu den Gründungsorganisationen der Weltsozialforumsbewegung. Das Europäische Attac Netzwerk hat den Aufruf zur Teilnahme am WSF in Montréal unterzeichnet (Text: SiG-Werkstatt) und wird mit eigenen Veranstaltungen in Montréal vertreten sein.

Infos über die thematischen Achsen und die Organisierung des WSF veröffentlichen wir erst in SiG 119.
Berichte über frühere Weltsozialforen und die Debatten über seine Aufgaben in SiG 102, 115 und in der Liste früherer Artikel.

Trauer um Andreas Buro
Prof. Dr. Andreas Buro, Friedensforscher und jahrzehntelanger Vordenker der deutschen Friedensbewegung, ist am Dienstag, dem 19.1.2016, im Alter von 87 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit im Kreise seiner Familie friedlich eingeschlafen und verstorben.

Attac Deutschland:
Wir trauern um Andreas Buro. Andreas war für Attac in Fragen von Krieg und Frieden, Grundrechten und Demokratie immer ein Partner, der uns inspiriert und mit seiner Erfahrung bereichert hat. Vielen von uns hat Andreas schon lange vor Attac durch sein Engagement in der Friedensbewegung oder als Mitherausgeber der Zeitschrift "links" Orientierung in unserer politschen Entwicklung geboten. Andreas Buro hat auch in schwierigen Zeiten Mut und Hoffnung bewahrt, die Verhältnisse zum Besseren zu wenden. Darin bleibt er uns Vorbild.

/Es ist notwendig, neue Passatwinde zu holen,//
//und in Kauf zu nehmen - manchmal -//
//dass es der Kompass ist, der uns verrückt macht..
Roque Dalton
http://www.friedenskooperative.de/Andreas_Buro.pdf

Attac trauert um Georg Frigger - Er fehlt an allen Ecken und Enden
Georg Frigger, Attac-Aktivist und langjähriges Mitglied des bundesweiten Attac-Koordinierungskreises, ist am 9. November an den Folgen seiner Krebserkrankung gestorben. Wir trauern um ihn.
Zur Traueranzeige
Georg fehlt. Er fehlt an allen Ecken und Enden. Es fehlt der Mensch, der so ganz nebenbei, fast belanglos, fragt und deshalb immer wusste, wie es dir geht. Es fehlt der Kollege, der sich im Attac-Kokreis, bei Blockupy, in der AG Genug für alle so unauffällig um die Finanzen kümmerte, dass kaum jemand das überhaupt wahrgenommen hat. Es fehlt der Mensch, mit dem du Absprachen treffen konntest und dich dann nie mehr fragen musstest, ob das Verabredete auch geschah. Es fehlt der Kollege aus der AG Soziale Sicherungssysteme und eine tragende Säule der Projektgruppen Krise und Wachstumskritik. Es fehlt der Mensch, der Aufgaben übernahm, wo immer es nötig war, und nicht nur da, wo es Spaß machte. Dem Attac-Trägerverein fehlt ein Vorstand und der Ad-hoc-AG Gemeinnützigkeit ein kreativer Kopf. Dem Büroteam fehlt der Mensch, der den Arbeitgeber Attac durch seine Präsenz und seine stete Ansprechbarkeit so positiv verkörperte. Es fehlt der Mensch, der nie ungeduldig wurde, der allen Menschen gerecht wurde, und alle Dinge stets positiv anging. Georg, Du fehlst uns an allen Ecken und Enden.

Europa

Debatten überEuropa

Wir begrenzen uns in SiG 118 auf einen Verweis auf einige Dokumente und Konferenzen.
In einer Sondernummer im März werden wir mehrere Beiträge vorwiegend aus dem nicht deutschsprachigen Raum übersetzen und veröffentlichen, sowohl zum Kampf gegen Austeritätspolitik als auch zu der Einschätzung der Europa-Verfassung und -Verträge, zum Euro und zu der diesbezüglichen Strategiedebatte.

Konferenzen:
in Paris (23.-24. Januar 2016 https://www.euro-planb.eu)
und **in Madrid** (19.- 21. Februar 2016
http://planbeuropa.es/jornadas-febrero/?lang=en)

Eine (nicht vollständige aber informationsreiche) **Übersicht über Debatten und Aktionen** in Neues Deutschland
Brauchen wir einen Plan B? Wie weiter mit Euro und EU?
Sozialdemokratin Gesine Schwan und Linkenpolitiker Oskar Lafontaine im Gespräch über Alternativen zur neoliberalen EU – Übertragung der Debatte in Berlin am 9. Januar 2016

Walter Baier (transform)
Über die radikale Rechte - Die reaktionäre Rebellion

Kritische Anmerkungen gegenüber **Varoufakis** (sein Projekt: Democracy in Europe Movement 2025); Varoufakis antwortet.

AlterSummit
Erklärung von Dezember 2015; Treffen am 21. und 22. Februar

Blockupy-Ratschlag am 6. und 7. Februar in Berlin *„Den nächsten Schritt gemeinsam gehen gegen Austerität und autoritäre Krisenlösungen."*

Europaweiter Aktionsaufruf : 1. März
24h ohne uns! Aufruf für einen 1. März gegen Grenzregime und Prekarisierung. Für einen transnationalen sozialen Streik!

Europa – kurz notiert

Klassenjustiz in Frankreich

Acht Goodyear Arbeiter zu je 9 Monaten Gefängnis verurteilt – wegen angeblicher Entführung
Über den Kampf der Goodyear-Belegschaft aus Amiens um die Erhaltung ihres Werkes bis 2013 ist im LabourNet Germany ausführlich berichtet worden, inklusive über das dabei praktizierte Bossnapping. Für diese Aktion wurden jetzt 8 damals streikende Kollegen zu je 9 Monaten Gefängnisstrafe ohne Bewährung verurteilt. (…) Neben dem Thema weitere Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte auch in Frankreich ist in diesem eklatanten Fall von Klassenjustiz eins zu beachten: In dem Kompromiss, den die CGT am Ende des mehrjährigen Arbeitskampfes mit der Unternehmensleitung abschloss, war die Nichtverfolgung von Streikenden unterschriebener Bestandteil. Weswegen es auch der Aktion des obersten Staatsanwaltes der Republik bedurfte, der sich über dieses Abkommen hinweg setzte und von seiner Seite aus das Verfahren eröffnet hatte, in dem nun der Richter alle Anträge der Staatsanwaltschaft treulich zum Urteil machte – 24 Monate Gefängnis für alle, davon 9 Monate ohne Bewährung.
CGT-Stellungnahme vom 12. Januar 2016
http://www.labournet.de/category/internationales/frankreich/
*Am **4. Februar** wird es in Frankreich landesweit zahlreiche und verschiedenste **Aktionen zur Solidarität** mit den verurteilten Kollegen von Goodyear Amiens geben, wozu – außer der CFDT – alle wesentlichen Gewerkschaftsverbände des Landes aufrufen. Mehr: Labournet*

Portugal

Die sozialistische Partei hat, im Parlament gestützt von mehreren kleineren linken Parteien, bereits **Mindestlohn und Renten erhöht**, ein Gesetz gegen Zwangsräumungen auf den Weg gebracht und Privatisierungen gestoppt. Allerdings ist Premierminister António Costa mit seinem Kurs großem **Druck von Seiten der EU** ausgesetzt. Brüssel drängt den Staat, der immer noch unter der Finanz-Aufsicht der EU-"Post Programme Surveillance" steht, immer wieder zur Fortsetzung der Sparpolitik. (…) EU-Kommission und Europäische Zentralbank haben für den 27. Januar ihren dritten Besuch im Rahmen der "Post-Programme Surveillance" angekündigt und dem Land schon vorab einen 18 Punkte umfassenden Forderungskatalog zukommen lassen. Die Inspektoren verlangen unter anderem weitere Deregulierungen, einen Abbau des Kündigungsschutzes und zusätzliche Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Zudem kritisierten die Kontrolleure die Anhebung des Mindestlohns von 505 auf 530 Euro (brutto).
22. Januar 2016, Mehr hier

Spanien

Spanien nach den Wahlen ; zur wirtschaftlichen und sozialen Situation : Artikel im Theorie-Blog von Attac Deutschland

Spaniens rebellische Kommunen:
Was Bürgerplattformen in städtischen Regierungen verändern - zwischen Politik der Gesten, Protestpolitik und Wahlpolitik. Artikel in Neues Deutschland

Spanien entscheidet, *Transform!-Seite*

Schweiz

Auch in der Schweiz gibt es Widerstand gegen Kürzungsmaßnahmen im Öffentlichen Dienst, die mit den zu hohen Staatsschulden begründet werden (Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 42 Stunden; Streichung von Stellen und von Zuschlägen;...): Im November fand im öffentlichen Dienst ein dreitägiger Streik statt.
Parallel sollen die Unternehmenssteuern „vereinheitlicht", sprich für die meisten gesenkt:
Bericht von Attac Schweiz



AMAZON

Gemeinsam für gutes Geld und gute Arbeit: http://www.amazon-verdi.de/

„Der lange Kampf der amazon-Beschäftigten" (pdf), Broschüre von Jörn Boewe und Johannes Schulten, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2015.

http://arbeitsunrecht.de/**11-gruende-nicht-bei-amazon-zu-bestellen/**

Video-Film (2014) über die Arbeitsbedingungen bei Amazon: Labournet

Griechenland Solidaritäts-Gruppen in Deutschland

Trotz Troika Erpressungen: Europas Süden bleibt rebellisch

Solidarität ist wichtiger denn je!

Abschlusserklärung beim Treffen der Griechenland Solidaritätsgruppen am 21./22. November 2015 in Kassel

Als am 25. Januar Syriza in Griechenland die Wahlen gewann, löste dies nicht nur in Griechenland, sondern in ganz Europa eine Welle der Hoffnung aus. **Hoffnung** darauf, dass nun die Zeit der gnadenlosen Kürzungspolitik vorbei sei und die Zeit reif ist für eine Politik, die die Verbesserung der Lage der sozial Schwachen im Fokus hat. Den europäischen Machthabern in Berlin und Brüssel war dies ein Horror. Von Anfang an ging es ihnen darum, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln den Erfolg des „Experiments Syriza" zu verhindern. Nicht von ungefähr erklärten sie immer wieder, dass man die Syriza-geführte Regierung in Schranken weisen müsse, weil ja sonst das griechische Beispiel in Europa Schule machen könnte. Mit ihren ökonomischen Gewaltmitteln würgten sie den Athener Frühling 2015 ab.

Ihr ökonomisches Diktat, das „Dritte Memorandum", sollte bei allen Gegnern der neoliberalen Gewaltpolitik Angst und Schrecken und vor allem ein nachhaltiges, lähmendes Gefühl der Ohnmacht bewirken. Mit jeglichen Träumen von einer demokratischen und sozial gerechten Welt, nicht nur in Griechenland sondern in ganz Europa, sollte Schluss gemacht werden.
Wir müssen einräumen: Leider ist es uns in Europa und insbesondere in Deutschland im ersten Halbjahr 2015 **nicht gelungen, eine breite Solidaritätsbewegung mit den Menschen in Griechenland zu entwickeln** und jene massenhaften Proteste gegen die Regierung von Merkel, Schäuble und Gabriel zu organisieren, die erforderlich gewesen wären, um der Syriza geführten Regierung und der griechischen Bevölkerung in ihrem Kampf gegen die Troika spürbar den Rücken zu stärken und zusätzliche politische Spielräume zu eröffnen.

Tatsächlich löste die **Unterwerfung von Syriza** unter das Diktat der europäischen Machthaber in Griechenland unmittelbar einen **Schock** und tiefe Niedergeschlagenheit aus. Auch im übrigen Europa hatte dies ein Platzen der Hoffnungen und ein Anwachsen der Resignation zur Folge.

Hier in der BRD haben seither die Regierenden den Eindruck zu erwecken versucht, als sei jetzt nach dem Sieg der Troika alles in 'trockenen Tüchern' und die Voraussetzungen für eine Besserung der Lage geschaffen. Obwohl sich durch die im Dritten Memorandum vorgesehenen Kürzungsmaßnahmen die humanitäre Krise in Griechenland noch weiter verschärft, finden sich seit Juli 2015 in den „Qualitätsmedien" der BRD kaum mehr Berichte über die soziale Not in Griechenland.

Jetzt, fünf Monate nach dem Sieg der Troika über Syriza, zeichnet sich ab, dass es den europäischen Eliten mit ihrer Angst und Schrecken verbreitenden Politik des ökonomischen Terrors **nicht gelungen ist, eine nachhaltige Friedhofsruhe herzustellen -** weder in Griechenland, noch im restlichen Europa. Der Allgemeine Streik in Griechenland am 12. November, der erste Generalstreik nach Erzwingung des Dritten Memorandums und der erste unter einer Syriza geführten Regierung, zeigt, dass beträchtliche Teile der griechischen Bevölkerung das Kämpfen nicht verlernt haben und die von der Troika angestrebte Friedhofsruhe in Griechenland wohl ein unerfüllter Wunsch von Schäuble, Juncker, Draghi und Lagarde bleiben wird.

Gleichzeitig tut sich ausgerechnet in dem Land, das den Griechen von den Euromachthabern immer als Musterbeispiel für Troika-konformes Verhalten präsentiert wurde, Erstaunliches. In **Portugal** wurde am 4. Oktober faktisch die Troika-gefällige Regierung Passos Coelho abgewählt. In Portugal ist die Regierungsübernahme einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung in den Bereich des Möglichen gerückt, die – abhängig von der Tolerierung durch die portugiesische KP und den „Linksblock" – erklärt hat, die Politik der Austerität nicht fortführen zu wollen. Auch wenn wir in unserer Einschätzung der politischen Lage in Portugal gewiss unterschiedlicher Meinung sind, so zeigt das aktuelle Beispiel Portugal doch eines: Trotz ihrer gewaltigen Machtfülle haben die Eliten in Berlin und Brüssel Europa nicht so im Griff, wie sie sich das gerne wünschen.

In dieser Situation ist die **Fortsetzung, ja Intensivierung unserer Solidaritätsarbeit** mit den Menschen in Griechenland wichtiger denn je.
Zum einen, weil das Dritte Memorandum die humanitäre Lage in Griechenland noch weiter verschärfen wird und für die Menschen unsere Unterstützung wichtiger ist denn je.
Zum anderen, weil das Andauern des Widerstands in Griechenland und der mögliche Bruch mit dem Regime der Austerität in Portugal zeigen, dass Widerstand gegen den neoliberalen Irrsinn nicht nur nötig, sondern auch möglich ist.

Wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, **den Mantel des Schweigens zu durchbrechen**, den die tonangebenden deutschen Medien über die von der Troika angerichteten Verwüstungen zu hüllen versuchen.

Wir werden die **politische und praktische Solidarität mit den Menschen in Griechenland fortsetzen,** die unter den Folgen der Kürzungspolitik schwer zu leiden haben. Das betrifft – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die **Gesundheitspolitik**, die **Bildungspolitik** in all ihren Ausprägungen (von den Kindergärten bis zu den Universitäten), die Frage der **Massenarbeitslosigkeit**, des **Mindestlohns**, des **Arbeits- und Tarifrechts**, Situation der **Frauen**, der **alten Menschen** und der **Flüchtlinge**.

Wir wenden uns **gegen die Privatisierungen** von öffentlichen Einrichtungen und öffentlichem Eigentum.

Wir wenden uns in aller Schärfe gegen die Versuche der führenden Mächte in der Europäischen Union, in Griechenland riesige Internierungslager für **Flüchtlinge** einzurichten, um die Weiterreise der Flüchtlinge in Richtung Kerneuropa zu verhindern.

Wir werden auch in Zukunft die Themen **Reparationen**, individuelle Entschädigungen und **Zwangskredit** im Zusammenhang mit den, während der Nazibesatzungszeit in Griechenland begangenen, Massaker und Verwüstungen auf die Tagesordnung setzen.

Nach wie vor steht für Griechenland das Thema der **Schuldenstreichung** ganz oben auf der Tagesordnung. Wir verstehen uns als Teil einer europaweiten Bewegung für Schuldenaudits und Schuldenstreichungen.

Nach der Niederlage der Syriza-geführten Regierung drängt sich natürlich die Diskussion über **europäische Perspektiven des Widerstands** auf. Die Organisierung einer europaweiten Anti-Austeritätsbewegung und die solidarische gemeinsame Weiterentwicklung unserer Vorstellungen darüber, wie ein anderes Europa aussehen kann, sind weitere wichtige Schlussfolgerungen, die wir aus dem Kampf und der Niederlage in Griechenland ziehen.
Wir erklären: Trotz des Dritten Memorandums und erfolgreicher Erpressung der Syriza-geführten Regierung durch die Troika: Der Widerstand gegen die antisoziale, menschenfeindliche Politik der Troika geht weiter. **Ein Bruch mit der Politik der Austerität ist unverzichtbar - in Griechenland und allen anderen Ländern Europas**.

https://griechenlandsoli.files.wordpress.com/2015/11/abschlusserklc3a4rung-kassel.pdf

Griechenland: Auswege aus der Krise?

Rundreise zur Wahrheitskommission, 14. bis 19. Februar 2016 in Deutschland

Thanos Contargyris, Mitglied von attac Hellas und von der griechischen „Wahrheitskommission für die Staatsverschuldung“ spricht über die Ursachen dieser Staatsverschuldung und über Wege aus der Krise.

Mit der **Einsetzung der „Wahrheitskommission für die Staatsverschuldung“** kam das griechische Parlament 2015 einer Verpflichtung der EU nach, eine umfassende Prüfung der öffentlichen Finanzen durchzuführen und die Bilanz der Bevölkerung vorzulegen. Diese international besetzte Kommission präsentierte im Juni 2015 ihren ersten Bericht, der mittlerweile auch in deutscher Sprache vorliegt.

Darin werden die **komplexen Ursachen der Verschuldung Griechenlands vor dem Eingreifen der Troika 2010** benannt – in erster Linie die extrem hohen Zinszahlungen an die internationalen Gläubiger, übermäßige Militärausgaben, sinkende Steuereinnahmen und die Rekapitalisierung der Privatbanken durch den Staat.

Die Arbeit der Wahrheitskommission zeigt außerdem auf, dass die sogenannten Rettungsprogramme mit ihren Umstrukturierungen der von vielen Ökonomen als nicht tragfähig eingeschätzten griechischen Schulden, ein **„gigantischer Rettungsschirm für die privaten Gläubiger“** sind. Eine Einschätzung, die auch in Veröffentlichungen des IWF oder des Haushaltsausschusses des Europa-Parlaments geteilt wird.

Die **Verlierer** der diversen Umschuldungsprogramme sind öffentliche Einrichtungen (Krankenhäuser, Schulen) und Institutionen (Rentenversicherung), sowie große Teile der griechischen Bevölkerung (massive Renten- und Gehaltskürzungen, Massenentlassungen, Abbau der Arbeitnehmerrechte). Die Folge ist eine bis heute andauernde schwere Rezession der griechischen Wirtschaft, die – betrachtet man die unzähligen Einzelschicksale – nur als humanitäre Katastrophe bezeichnet werden kann. Ein Ende dieser Entwicklung ist bei weiterer Umsetzung der Troika-Auflagen nicht abzusehen.

Die Wahrheitskommission zieht ihre Schlussfolgerungen und macht **eigene Vorschläge zum Umgang mit der Krise.** Unter anderem fordert sie eine Schuldenstreichung.

Wie geht die griechische Regierung mit den Erkenntnissen und Vorschlägen der Wahrheitskommission um? Wie können die Erkenntnisse von der europaweiten Bewegung gegen Austeritätspolitik genutzt werden? Welche Kämpfe werden gegen die zerstörerischen Auflagen der Gläubiger geführt, mit welchen Perspektiven?

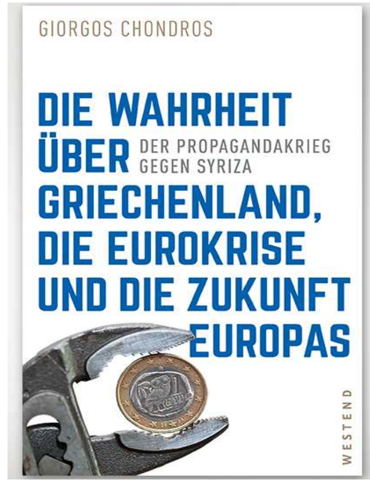
Hamburg: 14.2., 11Uhr, Centro Sociale
Berlin: 15.2.2016, 19 Uhr, Haus der Demokratie (Robert-Havemann-Saal)
Leipzig: 17.2., 19 Uhr, im Neuen Schauspiel, in der Lützner Straße 29
Mainz: 18.2.,
Frankfurt: 19.2., 18 Uhr im Gewerkschaftshaus (Wilhelm-Leuschner-Saal A)

Hinweis: **SiG-Texte zu den Schulden**
Artikel über Griechenland **in SiG 114-117**

Infoblätter der Soli-Gruppen

“Wir Deutschen zahlen für die Griechen”, “Die Griechen müssen endlich den Gürtel enger schnallen.” “Wer Schulden hat, muss sie auch zurückzahlen.” “Fraport investiert in Griechenland.” Ob als Stammtischbeitrag oder Wirtschaftskommentar: Parolen wie diese prägen die bundesdeutsche Diskussion über die Krise in Griechenland – und sind doch leicht zu widerlegen. Unsere Griechenland-Infoblätter nehmen sich die gängigsten Glaubenssätze vor und setzen ihnen die politischen und ökonomischen Fakten entgegen: kurz-knackige Argumentationshilfen gegen allzu einfache “Wahrheiten”! Sie können unsere Infoblätter gern herunterladen und verbreiten.

Drei Bücher über Griechenland



Giorgos Chondros



Karl Heinz Roth



Paul Kleiser

Zur aktuellen Situation in Griechenland verweisen wir auf einige Internetseiten:

http://griechenlandsoli.com/ , http://www.transform-network.net/de/fokus/griechenland-entscheidet.html

Dossiers http://www.neues-deutschland.de/dossiers/351.html , http://www.zeitschrift-luxemburg.de/europaeischer-fruehling/

Kriegsschulden-Tilgung an Griechenland ist überfällig!

An die deutsche Bundesregierung und an Bundespräsident Gauck

Wir wollen, dass Deutschland Griechenland schnell und unbürokratisch alle Zwangskredit-Schulden bezahlt und es für erlittene Gräueltaten und Verwüstungen während des 2. Weltkriegs entschädigt.(...) **Petition**

Deutsche Kriegsschulden und Reparationen:
Artikel in SiG 114 und 115

Reparationen: Offene Rechnungen seit über 70 Jahren: *Ioannis Skouras traf unter anderem den Widerstandskämpfer Manolis Glezos, Opfer der Nazi-Greuel, die ehemalige Parlamentspräsidentin Zoe Konstantopoulou, aber auch den Bürgermeister von Thessaloniki Ioannis Boutaris.Sendung hier*

Griechenland-Solidarität Frankfurt-Rhein-Main

Gewerkschaftsrechte und Tarifautonomie in Europa und in Griechenland verteidigen!

Den EGB, DGB und seine Einzelgewerkschaften im Kampf für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gewerkschafts- und Arbeitsrechte sowie der Tarifautonomie unterstützen und befördern.

Frankfurt, Januar 2016

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in der Griechenland-Solidarität Rhein-Main **bitten Euch anhängenden Aufruf zu unterstützen.**
Wir wollen den DGB und unsere Gewerkschaften bestärken, sich in den Prozess der Wiederherstellung der Gewerkschafts- und Arbeitsrechte sowie der Tarifautonomie in Griechenland aktiv einzumischen und den griechischen Gewerkschaften zu helfen.

Nach der Wahl im Januar 2015 hat die **Syriza geführte Regierung** versucht die in den letzten Jahren vorgenommenen **Eingriffe in Arbeitsgesetze und das Tarifvertragsrecht rückgängig zu machen** und den Stand der Gesetzgebung vor der Krise wiederherzustellen. **Dies wurde von der Troika jedoch untersagt.**
In dem im August letzten Jahres verabschiedeten **dritten Memorandum** wurde vereinbart, dass die Regierung Griechenlands einen von unabhängigen Experten – darunter auch Experten der ILO – geführten Konsultationsprozess einleitet, um unter Berücksichtigung von »best practices«, also auf internationaler und europäischer Ebene bewährter Verfahren, die heute existierenden Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes und von Tarifverhandlungen zu prüfen. **Ziel der griechischen Regierung ist, die Einschränkungen des Tarifrechts und die negativen Eingriffe in das Arbeitsrecht rückgängig zu machen.**

Für uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter geht es dabei nicht nur um Griechenland. Denn **die Politik der Einschränkung und des Abbaus von Gewerkschaftsrechten in der EU betrifft uns alle:** Wenn in einigen Ländern damit begonnen, wird Rechte abzubauen, werden auch weitere Länder folgen.
Es handelt sich um einen europaweiten Angriff auf die Standards europäischer Beschäftigungsverhältnisse. Er kurbelt die Abwärtsspirale der inneren Abwertung weiter an. Zudem ist die Aushebelung erkämpfter Rechte durch die Troika ein **Bruch des EU Rechts.**
Dies darf nicht unwidersprochen bleiben. Der DGB betont, dass **die Maßnahmen der Troika Artikel 28 der EU-Grundrechtscharta verletzt hätten.** Artikel 28 garantiere das "Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen", also die Tarifautonomie, als Grundrecht. (…) Um dieses europäische Grundrecht zu verteidigen, bitten wir Euch **den anhängenden Aufruf zu unterstützen** und unsere Vorstände zur offensiven Unterstützung der griechischen Regierung und der Gewerkschaften aufzufordern. Eine **umfassende Öffentlichkeitsarbeit ist wichtig** damit der Prozess der Wiederherstellung der Tarifautonomie gelingen kann. Dabei könnt ihr mithelfen und Euch einbringen.
Die Gewerkschaftsvorstände und ihre Stäbe sind gefordert, sich mit ihren Vorstellungen eines entwickelten Tarifvertragssystems und starken Flächentarifverträgen in diese Auseinandersetzung einzumischen um die griechischen Kolleginnen und Kollegen beim Wiederaufbau ihres Tarifsystems zu unterstützen.
Zur Vertiefung und Verbreitung dieser Thematik regen wir zudem an in eurem Organisationsbereich Veranstaltungen durchzuführen. Für die Ausgestaltung dieser Veranstaltungen stehen wir euch gerne zur Verfügung.
Mit kollegialen Grüßen
Griechenland Solidaritätskomitee Frankfurt/Rhein-Main

Aufruf: Stoppt den Coup: Tarifverträge jetzt!

9. Dez. 2015 - ***Eine Initiative im Kampf für Tarifverträge in Griechenland. Solidaritätsaufruf an die Menschen Europas.***

Die Finanzkrise hat sich nun zu einem umfassenden Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmer_innen entwickelt. Den neoliberalen Kräften ist es gelungen, die Krise als Gelegenheit für die Umsetzung ihrer aggressiven Vorhaben zu nutzen. Wir stehen nun vor der **umfassenden Deregulierung von Arbeitsverhältnissen** und damit vor einem Prozess der **Umverteilung von Reichtum und Macht zugunsten von Kapital und zum Nachteil der Arbeit**.
Um an der Wurzel des Problems anzusetzen, müssen wir einen grundsätzlichen Widerspruch verstehen: Den **Widerspruch** zwischen dem gigantischen Reichtum, der von den heutigen Gesellschaften produziert wird und den wachsenden Ungleichheiten. Unserer Ansicht nach müssen zur Bewältigung der Krise diese Ungleichheiten reduziert und den politischen Maßnahmen zur Entwertung von Arbeit entgegengewirkt werden; kurzum: **Macht und Reichtum müssen zugunsten von Arbeit umverteilt werden.**

In **Griechenland** hat es die neoliberale Politik geschafft, die Arbeitnehmer_innenrechte auszuhöhlen. Zahlen zur aktuellen Situation illustrieren das Ausmaß des Problems auf anschauliche Weise: So führte die Abschaffung der Tarifverträge zu **Lohnkürzungen von bis zu 40%.** Nahezu einer von drei Arbeitnehmer_innen im Privatsektor verdient einen Nettolohn von 300 Euro (bis zu 440 Euro brutto) und ist in einem flexiblen Arbeitsverhältnis beschäftigt (z.B. Teilzeit und ausgelagerte Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitsplatzrotation).

Aktuell liegen die Löhne von 45% der Arbeitnehmer_innen unter 751 Euro, was dem Mindestlohnniveau vor der gewaltsamen gesetzlichen Reduktion der Mindestlöhne entspricht. Im Jahr 2012 belief sich diese Zahl auf nur 17%, einschließlich der Vollzeit-Mindestlöhne und Teilzeitbeschäftigungen. Gemäß bestimmten Schätzungen beläuft sich die Anzahl der Arbeitnehmer_innen der **Schattenwirtschaft** bzw. der nicht angemeldeten Arbeitnehmer_innen auf mehrere hunderttausend. Ganz allgemein sind die **Verletzungen der Arbeitnehmer/-innenrechte** ins Unermessliche angestiegen. Außerdem wird eine große Anzahl von Arbeitnehmer_innen im Privatsektor mit bis zu zwölfmonatiger Verspätung bezahlt, während die Anzahl der **Arbeitslosen** auf 1,5 Mio. angestiegen ist.

In einer solchen Situation dürfen wir nicht auf ein rettendes Wunder hoffen. Wir wissen, dass wir unsere Würde nur durch **gesellschaftliche Kämpfe und Selbstorganisation** zurückgewinnen können.
Wir kämpfen, um das Recht auf **Tarifverträge** zurückzuerlangen, damit sich Arbeitnehmer_innen organisieren und ein würdevolles Leben fordern können; um alle Maßnahmen außer Kraft zu setzen, die von den **Memoranden** betreffend die Tarifverträge diktiert werden, sowie gegen Schlichtungsverfahren, die einer umfassenden Deregulierung der Löhne Tür und Tor öffneten, was zu 80% ein Ergebnis von Individualverträgen darstellt. Die Abschaffung des Rechts auf Tarifverträge in einem Land berührt ein Thema, das alle europäischen Arbeitnehmer_innen betrifft: Die **Demokratie** selbst. Diesem Coup der Institutionen müssen wir entgegenwirken. Der Kampf der griechischen Arbeitnehmer_innen für Tarifverträge ist ein **gemeinsamer Kampf der europäischen Arbeitnehmer/-innen** für Arbeit, Rechte und ein würdevolles Leben.

Dieser Aufruf steht in vielen Sprachen hier: http://mayday.gr/en/home/ - Deutsche Übersetzung **Bitte unterschreiben!**